



33. Jahrgang · 2006 · Heft 4

Franz Steiner Verlag

Vierteljahresschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst



Christian Welzbacher

Wiederaufbau des Frankfurter Goethehauses

Gerd Albers

Altstadt wohin? Die Jahre um 1970

Rainer Prewo

Die alte Stadt als Erlebniskaufhaus?

Martin Richard

Die Altstadt als Event

Martin Klumpp

Kirche in der alten Stadt heute

Laura Calbet i Elias

Stadtentwicklung zum Beispiel: Barcelona

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Begründet von Otto Borst

Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) – Prof. Dr. AUGUST
GEBESSLER (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft
Die alte Stadt e.V.) – Dr. WINFRIED MÖNCH (Bespre-
chungen).

Prof. Dr. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut für
Sozialwissenschaften – Prof. Dr. DIETRICH DENECKE,
Universität Göttingen, Geographisches Institut

– Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fach-
bereich Geschichte – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER,
Universität Stuttgart, Institut Wohnen und Entwer-
fen – Dr. HELMUT HERBST, Galerie der Stadt Waiblingen
– Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart,
Städtebau-Institut – Prof. Dr. RAINER JOOSS, PH
Schwäbisch Gmünd, Historisches Seminar – Prof.

Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie
und Stadtplanung – VOLKER ROSCHER, Architektur
Centrum Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM SCHULTIS,
Heidelberg – Prof. Dr. DIETER SCHOTT, University
of Leicester, Dep. of Economic and Social History
– Prof. Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart,
Historisches Institut.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexem-
plare werden an die Redaktionsadresse erbeten: Die
alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a.N.,
Marktplatz 16, 73728 Esslingen a.N., Tel.: (0711)
3512 3242,
Fax: (0711) 3512 2418.

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mitglied-
zeitschrift der ca. 140 Städte umfassenden Arbeits-
gemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise: Jährlich 4 Hefte
zu je 88 Seiten

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 79,- Einzelheft EUR 24,-,
jeweils zuzüglich Versandkosten. Vorzugspreis für
Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen
Studienbescheinigung € 60,- zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des
Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres
erfolgen und müssen bis zum 15. November des
laufenden Jahres beim Verlag eingegangen sein.

Verlag: Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Sitz
Stuttgart

Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart; Postfach
101061, D-70009 Stuttgart
Tel.: (0711) 2582-0, Fax: (0711) 2582-408 (390),
Internet: <http://www.steiner-verlag.de>, E-mail:
cfelmik@steiner-verlag.de

Anzeigenleitung (verantwortlich): Susanne Szoradi
(sszoradi@steiner-verlag.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingereich-
te Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen
Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in anderen
Publikationen veröffentlicht werden. Mit der Annah-
me zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem
Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit
bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen
sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung
elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in
Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfälti-
gung und Verbreitung online und offline.
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge
sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil dieser
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Ur-
heberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung
des Verlags in irgendeiner Form reproduziert oder in
eine von Maschinen, insbesondere von Datenverar-
beitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen
werden.

Druck: Printservice Decker & Bokor, München

© 2006 Franz Steiner Verlag
Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart
Printed in Germany. ISSN 0170-9364



Abhandlungen

CHRISTIAN WELZBACHER, Der Wiederaufbau des Frankfurter
Goethehauses. Altstadtsanierung – Schöpferische Rekonstruktion –
Kulturpessimismus - Symbolpolitik 317

GERD ALBERS, Altstadt wohin? – Zwischen Zukunftseuphorie und
Rückbesinnung. Die Jahre um 1970. 331

RAINER PREWO, Die alte Stadt als Erlebniskaufhaus? 345

MARTIN RICHARD, „Ab in die Mitte!“ Die Altstadt als Event. Initiativen,
Beispiele, Eindrücke 355

MARTIN KLUMPP, Alte Kirche – Zentrum oder Unterbrechung unserer Stadt? . 359

Reihe: Stadtentwicklung zum Beispiel

LAURA CALBET I ELIAS, Avantgarde des Stadtumbaus? Neueste Projekte
aus Barcelona. 364

Forum

DIETER MARTIN, Neuerscheinungen zu den Themen Städtebaurecht, Stadt-
und Dorferneuerung und Denkmalschutz in der kommunalen Praxis 380

FRANZISKA PUHAN-SCHULZ, Tagungsbericht: „Kultur als Motor der
Stadtentwicklung“, Hamburg 16.-17. Juni 2006 383

HEIKE DELITZ, Tagungsbericht: „Die Architektur der Gesellschaft. Architektur
der Moderne im Blick soziologischer Theorien“, Dresden 28.-29. April 2006. 385

Autoren

Besprechungen

- EVAMARIA ENGEL / FRANK DIETRICH JACOB, Städtisches Leben im Mittelalter (Hiram Kümper) 392
- MONIKA ESCHER-APSNER, Stadt und Stift. Studien zur Geschichte Münstermaifelds (Immo Eberl) 393
- ROLF HAMMEL-KIESOW / MICHAEL HUNDT (Hrsg.), Das Gedächtnis der Hansestadt Lübeck. Festschrift Antjekathrin Graßmann (Max Plassmann) 394
- CAROLIN WIRTZ, Köln und Venedig. Wirtschaftlicher und kulturelle Beziehungen im 15. und 16. Jahrhundert (Robert Jütte) 396
- HARALD BODENSCHATZ / JOHANNES GEISENHOF, Eine Vergangenheit für unsere Zukunft. Planen und Bauen historische begründet (August Gebeßler) 397

Christian Welzbacher

Der Wiederaufbau des Frankfurter Goethehauses *Altstadtsanierung – Schöpferische Rekonstruktion – Kulturpessimismus – Symbolpolitik*

Über sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs werden die Diskussionen um Zerstörung und Wiederaufbau deutscher Städte noch immer intensiv geführt. Deutlich spürbar ist dabei, dass der zeitliche Abstand neben einer Vielzahl von wissenschaftlichen Erkenntnissen auch eine gewisse seelische Distanz mit sich gebracht hat. Dennoch schrieben sich bestimmte Deutungsmuster fest. In Bezug auf den nationalsozialistischen Untergangswahn hält sich etwa die Legende einer „Theorie des Ruinenwertes“ hartnäckig,¹ der zügige Neuaufbau nach 1945/49 wird oft als „zweite Zerstörung“ dargestellt. Auch über jene Bauten, die wiederaufgebaut wurden, herrschen dezidierte „Meinungen“ vor, die die Kontroversen angesichts ähnlicher aktueller Vorhaben bestimmen, etwa der Dresdner Frauenkirche oder dem Berliner Schloss. Wenn im folgenden der Wiederaufbau des Geburtshauses Johann Wolfgang Goethes in Frankfurt am Main untersucht werden soll, das am 22. März 1944 bis auf die Grundmauern zerstört wurde, so geschieht dies nicht allein unter Einbeziehung bisher unbekannter Quellen, sondern zwangsläufig auch vor dem Hintergrund aktueller Debatten.² Das berühmte Fallbeispiel verdeutlicht dabei, dass es für „Rekonstruktionen“ keine Paradigmen und Referenzobjekte geben kann, so unterschiedlich und besonders ist jeder Einzelfall in Anspruch, Genauigkeit, städtebaulichem, kulturellem, historischem und politischem Kontext.

Der Direktor des Freien Deutschen Hochstiftes, der Germanist Ernst Beutler (1885-1960), in seiner Funktion seit 1925 für Goethehaus und -Museum verantwortlich, machte direkt nach der Zerstörungsnacht den Wiederaufbau zu seinem erklärten Ziel. Noch im April 1944 kündigte er seine Absicht öffentlich an.³ Rechtfertigung für diese Entscheidung bot nicht nur die kulturelle Bedeutung der Stätte, sondern – dies

1 C. Welzbacher, „Ruinenwert“ und „Reichsehnenmal“, in: Kritische Berichte, 2 (2005), S. 69-72.

2 Mit dem Bau beschäftigte sich zuletzt P. Hagen Hodgson, Wandlungen, Verwandlungen. Zur Architektur-Geschichte der Frankfurter Goethestätten, in: Goethehaus – Goethe-Museum. Gegenwärtige Vergangenheit. Das Freie Deutsche Hochstift hundert Jahre nach der Gründung des Frankfurter Goethe-Museums, Frankfurt a. M. 1997, S. 52-79.

3 Vgl. das unpublizierte Tagebuch Beutlers im Besitz des Freien Deutschen Hochstifts, in dem er notiert, die Wiederaufbauabsicht bereits am 9. April 1944 mit dem Architekten des Hochstifts, Fritz Jousseaux, besprochen, die Absicht am 14. April gegenüber Vertretern der Stadt geäußert zu haben. Am 26. April erschien der Aufruf an die Mitglieder des Freien Deutschen Hochstifts, der das Vorhaben offiziell verkündete. Vgl. auch E. Beutler, Dank an Willy Lauer, Frankfurt a. M. 1960, S. 14.

versicherte Beutler den Gegnern einer Rekonstruktion – die spezifische Vorgeschichte des kriegszerstörten Baus. „Man muss sich ja immer vergegenwärtigen, dass alle diese historischen Häuser mehr oder weniger Wiederherstellungen sind“,⁴ urteilte Beutler mit Blick auf andere Gedenkstätten, wie das Schillerhaus Marbach, Schillers Sterbehaus in Weimar, das Bonner Beethovenhaus und das Goethehaus in Weimar. Auch das zerstörte „alte“ Goethehaus bildete für ihn dabei keine Ausnahme.

Seit dem 19. Jahrhundert, angefangen mit der Erwerbung durch das Freie Deutsche Hochstift 1863, war versucht worden, das mehrfach umgebaute Haus in den Zustand der Goethezeit zurückzusetzen. Diese Sichtweise verdeutlicht auch ein Zitat aus dem Jahr 1939: „Goethe hat in ‚Dichtung und Wahrheit‘ und in der ersten Fassung von ‚Wilhelm Meister‘ sein Elternhaus so eingehend beschrieben, dass seine Wiedereinrichtung durch das Freie Deutsche Hochstift nicht schwierig war. Sie dürfte der des Goetheschen Hauswesens sehr nahe gekommen sein, zumal zahlreiche Stücke aus Goetheschem Besitz in das Haus zurückkamen.“⁵ Ohne das Wort direkt zu gebrauchen, legt die Beschreibung nahe, dass es sich beim Goethehaus formal um eine Rekonstruktion gehandelt habe, die mit Hilfe schriftlicher Quellen den Eindruck der Goethezeit modellhaft nachvollziehbar zu machen suchte. Diese Einschätzung ist von zentraler Bedeutung, denn sie sollte wenige Jahre später, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, auch die zweite Nachschöpfung legitimieren. Im offiziellen Führer durch das Goethehaus, den Ernst Beutler nach der Wiedereröffnung 1952 vorlegte, erscheint daher die Zerstörung lediglich als Zwischentappe vor einem verbesserten, „schöpferischen“ Wiederaufbau.⁶ Bevor die berühmte Wiederaufbaukontroverse untersucht werden soll, gilt es zunächst, die spezifischen Vorbedingungen zu klären, welche die Idee einer Rekonstruktion erst möglich machten: den Umgang mit der Frankfurter Altstadt und die Position des Architekten Theo Kellner.

Die Wahrnehmung des Goethehauses ist von den Musealisierung- und Historisierungstendenzen der Frankfurter Altstadt ab 1900 nicht zu trennen. Das urbane Umfeld des Bauwerks hatte sich durch die Ausdehnung der Stadt, die Verdichtung der City und zahlreiche städtebauliche Interventionen bis zum Ersten Weltkrieg stark verändert.⁷ Gerade in Reaktion auf diese Entwicklungen, die die prosperierende Me-

4 E. Beutler, Goethehaus Frankfurt am Main. Freies Deutsches Hochstift. Frankfurter Goethemuseum, Frankfurt a. M. 1955, S. 2.

5 F. Lübbecke, Frankfurt am Main, Leipzig 1939, S. 218. Vgl. auch C. Perels, Bauen und Wiederaufbauen, in: ders. (Hrsg.), Ernst Beutler 1885-1960. Frankfurt a. M. 1985, S. 17-41, der Ernst Beutler 1926 zitiert: „Die Wiedereinrichtung des Goethehauses gilt als abgeschlossen.“ (S. 18).

6 Die neue Zeitung, 9. Mai 1951: „Funkelnagelneu, in beängstigendem Kontrast zu seiner Umgebung, erhebt sich das fertige Goethehaus aus dem Großen Hirschgraben, von dem im übrigen kein Stein mehr auf dem anderen stehengeblieben ist. Die Bauherren selbst... kennzeichnen ihr Werk als eine ‚schöpferische‘ Nachbildung des Geburtshauses.“

7 Empfindlichster Einschnitt war der Durchbruch der Braubachstraße 1903-1909. Vgl. E. Klar, Die Entwicklung des Wohnungswesens von 1890-1914, in: Das Wohnungswesen 1930, S. 55-91, hier: S. 72-75.

tropole Frankfurt zunehmend prägten, erfolgte der Historisierungsprozess der Altstadt, getragen von Heimatforschern mit ausgeprägten publizistischen Ambitionen, die sich im „Bund tätiger Altstadtfreunde“ zusammenschlossen. Die Gruppe beeinflusste die lokale Politik genauso, wie die Rezeption der Frankfurter Altstadt als bedeutendstes und größtes zusammenhängendes Altstadtgebiet Deutschlands, das damals aus vier- bis fünftausend Wohnungen in etwa 2.000 Fachwerkhäusern bestand, errichtet vom 15. bis zum 18. Jahrhundert.⁸ Nach dem Ersten Weltkrieg, besonders seit Ludwig Landmanns Tätigkeit für den Magistrat, erlangte der Umgang mit diesem Erbe zentrale politische Bedeutung. Die teilweise Entsiedlung auf einen hygienisch „volksgesundheitslich“ verträglichen Maßstab und die sukzessive Sanierung des historischen Stadtkerns bildeten nun das direkte Pendant zu den Wohnungsbauvorhaben vor den Toren der Stadt, die unter dem Schlagwort „Das neue Frankfurt“ als Musterbeispiel für die Moderne im Wohnungsbau gelten.⁹ Erst dieser integrative Ansatz, der die soziale Problematik in den Vordergrund stellte und durch eine planerische Kopplung von Zentrum und Peripherie zu lösen suchte, machte auch die Neucodierung einer sanierten „Altstadt“ möglich: den Wandel vom düsteren Charme des einst zwielichtigen Milieus hin zur bildhaften Chiffre großer städtischer Vergangenheit. „Die Altstadt existiert nicht, sie ist vielmehr eine große Ideologie des Bundes tätiger Altstadtfreunde“, polemisierte daher der Feuilletonist Siegfried Kracauer 1925, als die erste Sanierungswelle der Altstadt begann.¹⁰ Trotz Kritik konnte der „Bund tätiger Altstadtfreunde“ schon 1931 weitreichende Veränderungen dokumentieren: die düsteren Ecken, Bordelle und Spelunken, die engen Hinterhöfe, der abblätternde Putz und nicht zuletzt die armen Menschen, die Carl Abt kurz nach der Jahrhundertwende fotografisch gebannt hatte, waren verschwunden. Jetzt, da der Fotograf Paul Wolff erneut Plätze und Gassen observierte, erschienen die Quartiere sauber, die Bauten frisch verputzt, die Schriftzüge über den Läden vereinheitlicht und manche neue Malerei auf die Fassaden angebracht, darunter etwa ein expressionistischer Totentanz am Pesthaus am Fünffinger-Plätz-

8 Einen Überblick bietet C. Mohr, Versöhnliche Moderne. Die neue/alte Altstadt, S. 26-37, in: D. Bartetzko (Hrsg.), Sprung in die Moderne. Frankfurt am Main in den fünfziger Jahren.

9 Landmann, 1917 Dezernent im Wohnungsamt, 1919 im Wirtschaftsamt, gründete für die organisatorische Bündelung des Stadtumbaus ein städtisches Siedlungsamt. W. Nobsch (Hrsg.), Das Wohnungswesen in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1930; C. Mohr / M. Müller, Funktionalität und Moderne. Das Neue Frankfurt und seine Bauten 1925-1933, Frankfurt 1984, S. 25-34; G. Kuhn, Wohnungskultur und kommunale Wohnungspolitik in Frankfurt am Main 1880-1930. Auf dem Wege zu einer pluralistischen Gesellschaft der Individuen, Bonn 1998.

10 „Die Nichtexistenz der Altstadt. Eine philosophische Deduktion“, in: B. Elkan (Hrsg.), Römer-Maske. Eine Festschrift phantastischer Satire und satirischer Phantasie, Frankfurt a. M. 1925, abgedruckt in: W. Klötzer (Hrsg.), Die Frankfurter Altstadt. Eine Erinnerung, Frankfurt a. M. 1983, S. 115-117, hier S. 116. Zum Umgang mit Altstädten: C. Meckseper, Wie historisch ist die Altstadt?, in: S. Bock (Hrsg.), Denkmal, Raum und Zeit. Neue Beiträge zur Denkmalpflege. Hermann Wirth zum 60. Geburtstag, Schwerin 2000, S. 83-90 und F. Kaspar, Altstadt - wissenschaftliche Fiktion oder sentimentales Bild?, in: Die alte Stadt (4/1999), S. 300-315.

chen, der wie das Dekor zu einem Stummfilm wirkte.¹¹ Wenngleich das Goethehaus von diesen Maßnahmen zunächst nur indirekt betroffen war, bekam es doch in Paul Wolffs Altsstadtdokumentation mit sieben Einzelabbildungen den größten Raum für ein einzelnes Bauwerk. Dies repräsentierte auch die Bedeutung, die ihm mittlerweile auch auf wissenschaftlicher Ebene innerhalb der altstädtischen Denkmaltopographie zugerechnet wurde. Neben kulturgeschichtlicher Bedeutung, musealer Funktion und seiner schieren Größe galt das Goethehaus auch als wichtiges typologisches Beispiel für die Entwicklung des Frankfurter Wohnungswesens: Als Hauptrepräsentant bürgerlicher Verhältnisse der Zeit um 1750 wurde es gleichzeitig Höhe- und Endpunkt der Entwicklung des lokalen Fachwerkbau angesehen.¹²

Dieser Rang blieb auch unangezweifelt, als 1934 mit dem „Wettbewerb Altsstadtsanierung“ eine zweite Welle altstädtischer Neustrukturierung begann, die nun vor großflächigen und wesentlichen Eingriffen nicht mehr zurückscheute. Was in den 1920er Jahren eher die Ausnahme war, wurde nun, ähnlich wie auch in anderen deutschen Großstädten,¹³ zur Norm. Straßendurchbrüche, Entkernung der Innenhöfe und vereinfachende Renovierungen wurden genauso durchgeführt wie die Freilegung des Fachwerks an den Fassaden, nachschöpfender Neubau oder Abbruch und Translozierung ganzer Bauten. Dieses systematische Ausschälen der Altstadt führte dazu, dass das Quartier als Wohnort unter weitgehend zeitgemäßen Bedingungen zurück gewonnen werden konnte. Gleichzeitig war jedoch die endgültige Musealisierung erreicht. Die Frankfurter Altstadt war zu einer Art Freilichtparcours geworden, mit einzelnen, besonders herausgestellten Exponaten, unter denen das Goethehaus in einem historischen Rundgang den Abschluss bildete. Dabei war durch die Maßnahmen mittlerweile auch das Umfeld des Großen Hirschgrabens tangiert. Auf dem Deutschen Städtetag in Halle 1937 erklärte Oberbürgermeister Krebs, dass die „Gesundung des Häuserviertels in der Nähe des Goethehauses, also einer durch die Geschichte und das Wirken unseres Olympiers geweihten Gegend..., allen Bedenken zum Trotz“ nur durch den vollständigen Abbruch zweier ganzer Straßenzüge zu erreichen sei, dass „Erneuerungen und Ausbesserungen in diesen zum größten Teil verfallenen und zur Bewohnung ungeeignet gewordenen Häusern keinen Zweck mehr haben, und dass nur

11 F. Lübbecke, *Alt-Frankfurt. Ein Buch für seine Freunde in der Heimat und in der Fremde*, Frankfurt a. M. 1931, S. 43.

12 W. Nosbisch (Hrsg.), *Das Wohnungswesen in Frankfurt am Main*, Frankfurt 1930, S. 9-54, hier S. 48. J. Hülsen, *Die Baudenkmäler Alt-Frankfurts*, in: *Lehrerverein zu Frankfurt* (Hrsg.), Frankfurt. Einst und jetzt, Frankfurt a. M. 1931, S. 70-83, hier S. 81.

13 Beispiele sind Danzig, Hamburg (Sanierung der „Gängeviertel“) oder Köln. B. Pusback, „Heimatspflege in der Stadt. Denkmalpflegerische Konzepte der Altstadterhaltung und -wiederherstellung in den Jahren 1933 bis 1939“, in: A. Langer (Hrsg.), *Der Umgang mit dem kulturellen Erbe in Deutschland und Polen im 20. Jahrhundert*, Warschau 2004, S. 107-129.

ein Neubau in Frage kommt.“¹⁴ Die zunehmende Freistellung des Goethehauses durch die Veränderungen des städtebaulichen Umfeldes wurde damit gebilligt – sie sollte noch positiv in Ernst Beutlers Äußerung von 1952 mitschwingen, wenn er betonte, der Wiederaufbau sei gegenüber dem Vorkriegszustand „heller und heiterer“, da der Bau nun „kein Gegenüber mehr hat.“¹⁵

Nach ihrer nahezu vollständigen Zerstörung 1944 wurde die Frankfurter Altstadt nicht wieder aufgebaut. Für das Goethehaus, das rekonstruiert werden sollte, bedeutete dies die vollständige städtebauliche und architektonische Isolierung: Der Hirschgraben, gesäumt von schlichten Nachkriegsbauten, wurde durch die Verkehrsachse Berliner Straße etwa auf die Hälfte gekürzt. In seiner lokalhistorischen Bedeutung wurde der Bau jedoch gleichzeitig aufgewertet, denn das Goethehaus sollte nun als *pars pro toto* für die untergegangene Altstadt begriffen werden, wie Ernst Beutler am 10. April 1947 Oberbürgermeister Walter Kolb nahelegte: „Das alte Frankfurt ist zugrunde gegangen; es stehen von der mittelalterlichen Stadt nur noch einige Kirchen. Was gewesen ist, soll und kann nicht wieder ins Leben gerufen werden. Wir wollen aber in einem einzigen Hause beispielhaft zeigen, wie die Stadt als Ganzes ausgesehen hat, wie eine gotische Fassade aussah, wie Flur und Treppe und die Einrichtung der Zimmer gewesen, in denen unsere Vorfahren vor Jahrhunderten gewohnt haben, und wir wollen dazu diejenige Stätte bestimmen, die dadurch geweiht ist, dass sie der Raum war, in dem sich die Jugend des größten Deutschen abgespielt hat.“¹⁶ Auch in diesem Sinne konnte sich der Magistrat für eine Rekonstruktion des Goethehauses entschließen, während die Innenstadt konsequent nach den Prämissen der Moderne überformt wurde, andere zerstörte Bauwerke als Traditionsinseln verändert oder vereinfacht wiedererstanden.

Während der Diskussion um den Wiederaufbau des Goethehauses entwickelte sich die Paulskirche zum konzeptuellen Antipoden beim Umgang mit überkommener Bausubstanz. Im Falle einer Wahl Frankfurts zur provisorischen Hauptstadt der zukünftigen Bundesrepublik hätte der Sakralbau die Funktionen des Parlamentes aufnehmen sollen.¹⁷ Dieser Funktionswechsel hin zur profanen Versammlungsstätte legitimierte

14 „Altstadtgesundung als Kulturaufgabe deutscher Gemeinden“. Vortrag des Oberbürgermeisters Friedrich Krebs auf der Kulturtagung des Deutschen Städtetages, Halle, 13. Nov. 1937, abgedruckt in: W. Klötzer (Hrsg.), *Die Frankfurter Altstadt. Eine Erinnerung*, Frankfurt am Main 1983, S. 255-264; Zitat S. 262. Zahlreiche Maßnahmen sind auch dokumentiert in: Beilage zum „Baumeister“ (10/1936), S. 205-209; *Deutsche Bauzeitung* 37 (1938), S. 1019-1023; Monatshefte für Baukunst und Städtebau (2/1939), S. 65-72; *Die Siedlung* (2/1938).

15 E. Beutler, *Goethehaus Frankfurt am Main*. Freies Deutsches Hochstift. Frankfurter Goethemuseum, Frankfurt a. M., 1955, S. 2.

16 Magistratsakten. Sign. 8.116. (Alte Aufschrift: Stadtkanzlei. Goethehaus, Goethe-Museum. 1930-1947), Schreiben Freies Deutsches Hochstift an Kolb, 10. April 1947 (unpag. Zit aus Schreiben S. 1 und 2).

17 *Baukunst und Werkform* Heft 2, 2. Jg. 1949, S. 101. Weiterhin: D. Bartetzko, *Denkmal für den Wiederaufbau Deutschlands. Die Paulskirche in Frankfurt am Main*, Königstein 1998.

die interpretierenden, von den älteren Bauteilen unterscheidbaren Veränderungen beim Wiederaufbau, die besonders von den Vertretern der Frankfurter Baubehörde als vorbildlich eingestuft wurden. Ernst Beutler sah für das Goethehaus indes keine Bedeutungsverschiebung vor, der Bau sollte Gedenkstätte und Museum bleiben und daher originalgetreu wiederaufgebaut werden. Bei der Durchführung dieses Projekts entschied er sich für einen Planer, der in Frankfurt völlig unbekannt war. Auf welche Weise Beutler auf den Erfurter Architekten Theo Kellner (1899-1969) aufmerksam wurde, lässt sich nicht mehr ermitteln.¹⁸ Kellner musste jedoch insofern geeignet erscheinen, als er analog zu den „denkmalpflegerischen“ Modi im Umgang mit der Frankfurter Altstadt seit den 1930er Jahren zu den Vertretern einer so genannten „schöpferischen Denkmalpflege“ gehörte.

Zunächst Student am Weimarer Bauhaus bei Lionel Feininger und Mitglied der avantgardistischen Künstlervereinigung „Jung-Erfurt“ hatte Kellner an der Technischen Hochschule Charlottenburg bei Hans Poelzig und Herrmann Jansen studiert und dann ein Jahr für den bedeutenden Kirchenbauer Otto Bartning gearbeitet. Zwischen 1926 und 1930 unterhielt er mit seinem Kollegen Felix Hinssen ein Büro in Erfurt. Die Projekte der Gemeinschaft, mustergültig repräsentiert durch das AOK-Gebäude in der Erfurter Augustinerstraße (1930), adaptierten die kubische Formensprache der „Weißen Moderne“. Trotz dynamischer Fensterbänder, flacher Dächer und aufgeständerter Bauvolumina verstanden es Hinssen und Kellner, ihre Bauten in die Altstadt einzufügen, indem sie mit symmetrischen Fronten und Natursteinverkleidung arbeiteten, das Vokabular der Moderne mit den Grundsätzen der Tektonik verbanden und kontextualisierten.¹⁹ Nach der Trennung von Hinssen begann Kellner seine denkmalpflegerische Arbeit, darunter vor allem die Restaurierung der großen mittelalterlichen Sakralbauten Erfurts. 17 Kirchen wurden unter seiner Leitung gesichert, renoviert und instandgesetzt, wobei Kellner das „historische“ Weiterbauen auf der Basis von Bauforschung als probates Mittel ansah. Hierfür hatte er eine differenzierte, dem jeweiligen Gegenstand angepasste Herangehensweise entwickelt.²⁰ Im Falle der Kirche

18 Beutler verweist in seinem Tagebuch am 23. Februar 1948 auf ein erstes Treffen mit Kellner, bei dem der Architekt Pläne für den Wiederaufbau vorlegte. Ein selbstverfasster Lebenslauf Kellners hat sich in der dünnen Personenakte im Stadtarchiv Frankfurt erhalten. Ein Nachruf erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5. März 1969. Weitere Projekte Kellners in Frankfurt waren der Wiederaufbau der Katharinenkirche (1949-1951), der Peterskirche und der Bau des Goethemuseums (beide 1950-54). Beim Wettbewerb für den Wiederaufbau der Paulskirche hatte Kellner den dritten Preis erhalten.

19 Bauwelt Heft 37, 1930, S. 1-3. Weiterhin: *M.R. Möbius*, Kellner und Hinssen. Aus dem gemeinsamen Schaffen, Wien, Berlin 1930. Hinssen war später maßgeblich am Wiederaufbau der Berliner katholischen Kirchen beteiligt. Siehe: *Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin* (Hrsg.), Berlin und seine Bauten, Teil VI, Sakralbauten, Berlin 1997.

20 *M. Escherich*, Beispiele des Umgangs mit mittelalterlichen Sakralbauten im Erfurt der NS-Zeit – „Auch hier ist also bewusst die Kirche ausgeschaltet“, in: *ders. / C. Misch / R. Müller* (Hrsg.), Erfurt im Mittelalter. Neue Beiträge aus Archäologie, Bauforschung und Kunstgeschichte, Berlin 2003, S.

St. Severi - das kunsthistorisch bedeutendste Bauwerk, dem sich Kellner annahm - und der Klosterkirche der Augustiner, bestand die Arbeit zunächst in der Reaktion auf die historisierenden Überformungen des 19. Jahrhunderts, die als historisch inkorrekt und ästhetisch unbefriedigend galten. Kellners Bereinigung bestand im Rückbau, der Annäherung an einen „mittelalterlichen“ Bauzustand der gotischen Gotteshäuser. Besonders bei der Augustinerkirche schien Kellner auch eine regelrechte „Nachschöpfung“ angemessen, die sich, auf Basis damaliger Erkenntnisse der Bauforschung, gewisse Freiheiten herausnahm. Eine rein spekulative Umformung vorhandener Bausubstanz schlug Kellner 1942 bei der „Ausgestaltung der Festung Petersberg zur Stadtkrone“ vor. Die romanische Kirchenruine sollte unter erheblichen strukturellen Eingriffen zur „Ehrenhalle“ ausgebaut werden. Wenngleich sich die späteren Planungen für die Erfurter Stadtsanierung (1946) und den Wiederaufbau der „Alten Universität“ (1947) wieder am Befund orientierten, zeigt Kellners Bandbreite denkmalpflegerischer Modi deutlich, dass er im Verständnis der 1930er bis 1950er Jahre als Vertreter einer „schöpferischen Denkmalpflege“ einzuordnen ist. In diese Kategorie fällt auch seine Bemühung um den Wiederaufbau des Goethehauses, die im Februar 1948 begann, wenngleich es nach der Zerstörung kaum Substanz zu erhalten gab und der gesamte Bau von Grund auf „eine schöpferische Nachbildung des Geburtshauses“²¹ von Goethe war. Obwohl aus heutiger Sicht an Kellners Ansatz vor allem die zeitgebundene Dimension auffällt, so erstaunt doch die Akribie, mit der er die Nachahmung des Verlorenen betrieb, historische Techniken anwenden ließ und geborgene Spolien einsetzte. So stammte der verwendete Mainsandstein aus dem gleichen Steinbruch in Groß-Heubach wie schon die Materialien des zerstörten Bauwerks.²² Sogar „noch stehende Erdgeschosse alter Häuser... sollen an den Hirschgraben verbracht und dort erstellt werden.“²³

Für die Annäherung an den Zustand vor seiner Zerstörung hätte Kellner allein seine praktische Erfahrung im Umgang mit Denkmälern nicht genügen können. Zwar mochte das Goethehaus in zahlreichen Bildern überliefert gewesen sein – für die zweite Rekonstruktion hatte man also mehr konkretes Material als für die auf Goethes Selbstaussagen beruhende erste. Ohne aber eine planerische Grundlage, die Proportionen, Maße und Details verzeichnete, wäre die Vorplanung zur Rekonstruktion sicher kaum

291-311. Grundlegend: *T. Scheck*, Denkmalpflege und Diktatur, Berlin 1995; *U. Clemens-Schierbaum*, Mittelalterliche Sakralarchitektur in Ideologie und Alltag der Nationalsozialisten, Weimar 1995 und *S. Fleischner*, Schöpferische Denkmalpflege. Kulturideologie des Nationalsozialismus. Positionen der Denkmalpflege, Münster 1999.

21 Kulturamt Frankfurt Sign. 1.004. Freies Deutsches Hochstift. 1948-1955, Pag. 93-94: Wortlaut dervom Magistrat ausgesprochenen Einladung, weitere Kopie pag 121-123, durch Walter Kolb signiert.

22 Allgemeine Zeitung, Mainz, 10.11.1948, „Hirschgraben Nr. 23. Wiedergeburt des Frankfurter Goethehauses“.

23 Brief Beutlers an den Stadtverordneten Josef Auth (Abschrift) vom 15. Oktober 1947, Archiv des Freien Deutschen Hochstifts, Dritter Ordner: „Stimmen für und gegen den Wiederaufbau“.

derart reibungslos verlaufen. Auf „Vorarbeiten und Zurüstungen“ (R.A. Schröder) konnte Kellner tatsächlich zurückgreifen: Bei einer Bauaufnahme 1939 hatte der 1946 verstorbene Architekt des Freien Deutschen Hochstifts, Fritz Jousseaux, Plansätze angefertigt.²⁴ Vor allem aber zahlreiche Detailzeichnungen, die auf Beutlers und Jousseaux' Initiative vor der befürchteten Zerstörung von Studenten der Städelschule angefertigt wurden, hat Kellner auswerten können. Man darf annehmen, dass auch Beutlers Wiederaufbauabsichten ohne das Jousseaux'sche Material niemals konkret hätten werden können. Auf dieser Grundlage ließ Kellner neue Pläne zeichnen²⁵ und überwachte die Ausführung der Wiederaufbauarbeiten, dabei immer unterstützt durch einen umtriebigen Ernst Beutler, der sogar versuchte, „authentisches“ Material für das Goethehaus aus Schweden zu beziehen.²⁶

Die Rekonstruktion verband Kellner mit einer Modernisierung. Unsichtbare Heizkörper, neue Elektrik und Rohrleitungen wurden in das Goethehaus eingebaut, die gesamte Holzfachwerkkonstruktion gegenüber dem Zustand vor der Zerstörung ins Lot gerückt und mit Stahlträgern, die schon einmal 1931 aufwendig eingezogen worden waren, ausgesteift.²⁷ Der Dichter Rudolf Alexander Schröder, der sich frühzeitig für die originalgetreue Rekonstruktion ausgesprochen hatte, sprach dennoch im Oktober 1951 von „Treue im kleinsten“ und lobte „die unermüdliche Hingabe an jedes auch das scheinbar unwesentlichste Detail einer Arbeit, die in ihrer Gänze schweren, verantwortungs- und entsagungsvollen Dienst und Verzicht auf... eigene Willkür bedeutet hat, schweren Dienst, doppelt schwer für den ans eigene Schaffen und Schalten gewohnten Künstler.“²⁸

Die geschilderten Zusammenhänge von Bau und Wiederaufbau des Goethehauses standen freilich nicht für sich, sondern waren beinahe von Beginn an Gegenstand öffentlicher Diskussionen um die Legitimität eines solchen Vorhabens. Während Beutlers Bemühungen um den Stammsitz des Freien Deutschen Hochstifts in den

24 Zu Jousseaux existieren weder im Freien Deutschen Hochstift noch im Stadtarchiv Frankfurt Materialien.

25 Die Pläne befinden sich im Archiv des Freien Deutschen Hochstifts, Konvolut GH 8a. Die Sammlung besteht aus den von Jousseaux gefertigten Plansätzen der Innenräume vom Mai/Juli/August 1944 und der Grundrisse, Aufrisse, Schnitte und Fassadenansichten vom Januar 1945, sowie den von Theo Kellner gefertigten Plansätzen vom August 1947 und Januar/Februar 1948 (mit Marke „Philipp Holzmann“) und den Plänen für den Einbau der Heizung 1950.

26 Brief Beutlers an Prof. Dr. Willi Hartner, 11. Juli 1947 (Abschrift) im Ordner „Stimmen für und gegen den Wiederaufbau“, Archiv des Freien Deutschen Hochstifts. Beutler hatte auch überlegt, Holz aus der Schweiz zu bekommen. Den genauen Materialbedarf listete Fritz Jousseaux im Namen Beutlers am 10. Januar 1946 in einem Schreiben an den Frankfurter Bezirkskonservator Dr. Zimmermann auf, das sich im gleichen Konvolut befindet.

27 Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 10.3.1950: „Das Goethehaus mit Dampfheizung“; Neue Bauwelt, 1949, H. 43, S. 681 und Baukunst und Werkform Heft 2, 2. Jg., 1949, S. 13-15.

28 „Le temps revient“. Zum wiedergekehrten Frankfurter Goethehaus, von R.A. Schröder, aus: Das literarische Deutschland, 20. Okt. 1951, S. 8.

Kriegs- und Nachkriegswirren nur wenig Beachtung fanden, erhielt das Projekt nur allzu bald ungewollte Aufmerksamkeit, als es darum ging, die avisierte Rekonstruktion im bis zu 70% zerstörten Frankfurt in die Planungen des gesamtstädtischen Wiederaufbaus einzugliedern. Zwar war das Freie Deutsche Hochstift von den Stadtbehörden institutionell unabhängig, dennoch aber wäre der planerische Alleingang unmöglich gewesen. Seit dem ersten Aufruf an die Mitglieder des Freien Deutschen Hochstifts im Mai 1944 hatte Beutler beharrlich am originalgetreuen Wiederaufbau festgehalten. Als im Mai 1946 das an achtzehn Standorten außerhalb der Stadt ausgelagerte Inventar des Goethehauses nach Frankfurt zurückkam, um zunächst in einem Bunker zwischengelagert zu werden, erklärte Beutler öffentlichkeitswirksam der Presse, diese Gegenstände könnten für ihn nur in einem neuen Haus an gleicher Stelle unterkommen, einem Haus, wohlgemerkt, das dem zerstörten gleiche.²⁹

Im Weg standen dabei zunächst Formalitäten. Die geplante Rekonstruktion wurde vom Magistrat baurechtlich als Neubau eingestuft, musste daher von den Alliierten und vom Stadtplanungsamt genehmigt werden. Ernst Beutler berief sich dabei nicht auf planerische Kriterien, sondern versuchte, den kulturpolitischen Stellenwert des Goethehauses zu verdeutlichen: „Wir Deutschen haben alle nationalen Gedenkstätten verloren, die das in Zonen zerrissene Volk einen könnten; umso mehr müssen wir pflegen, was uns geblieben ist... Das Goethehaus ist entschuttet, mit dem Wiederaufbau der Rückseite ist begonnen... Um nun über die endgültige Planung Klarheit schaffen zu können, ist es nötig, dass kein Zweifel daran besteht, dass der Große Hirschgraben ebenso wie der Römerberg städteplanmäßig ein Gebiet von geschichtlich so bedeutungsvoller Überlieferung ist, dass an ihm als an einer via sacra der Stadt nicht gerührt werden darf.“³⁰ Während die Amerikaner die Bedeutung des Projektes gerade für einen demokratischen Neuaufbau Deutschlands erkannten, standen die Stadtplanungsbeamten dem Vorhaben von Anfang an skeptisch gegenüber. Mit Baudirektor Werner Hebebrand und Stadtbaurat Eugen Blanck beherrschten zwei entschiedene Vertreter der Avantgarde die Planungspolitik; beide hatten schon in den 1920er Jahren unter dem damaligen Magistratsbaurat Ernst May für die Stadt Frankfurt gearbeitet, Hebebrand war Ende der 1920er Jahre mit May nach Moskau gegangen.³¹ Nun erneut in die Stadtplanung eingebunden, förderten sie einen Städtebau der Moderne, wie er beispielhaft in der „Charta von Athen“ (1933) formuliert worden war.³² Die funktionale,

29 Frankfurter Rundschau vom 11. Januar 1946: „Pläne um das Goethehaus. Die Heimkehr des Geretteten“.

30 Archiv des Freien Deutschen Hochstifts, Ordner „Stimmen für oder gegen den Wiederaufbau“. Brief Ernst Beutlers an Baudirektor Hebebrand, 21. Oktober 1946. Siehe auch den Brief Beutlers an Eugen Blanck vom 14. März 1947 im gleichen unpaginierten Konvolut.

31 H. Bodenschatz / C. Post (Hrsg.), Städtebau im Schatten Stalins. Die internationale Suche nach der sozialistischen Stadt in der Sowjetunion 1929-1935, Berlin 2003.

32 Zum Verhältnis von Moderne und Wiederaufbau: C. Welzbacher, Die stilisierte Moderne, in: T. Scheer / J.P. Kleihues / P. Kahlfeldt (Hrsg.), Berlin – Stadt der Architektur 1900-2000, Berlin 2000, S. 271-279.

infrastrukturelle Entflechtung, eine umfassende Restrukturierung von Stadtkern und Randgebieten, ging von großflächigen idealen Überlegungen auf der entrümmerten Altstadt aus, die eine kulturhistorische „Via sacra“ nicht vorsah.

Schnell waren die Fronten zwischen dem engagierten Geisteswissenschaftler Beutler und den Architekten verhärtet. Es kam zur offenen Eskalation. Mit Hilfe des wieder gegründeten Deutschen Werkbundes versammelten die Planer prominente Stimmen gegen einen Wiederaufbau. In der Zeitschrift „Baukunst und Werkform“, 1947 als Sprachrohr progressiver Architekten eingerichtet, erschien ein manifestartiger Aufruf, der kategorisch feststellte: „Der Zusammenbruch hat die sichtbare Welt unseres Lebens und unserer Arbeit zerstört. Mit einem Gefühl der Befreiung glaubten wir damals, wieder ans Werk gehen zu können. Heute nach zwei Jahren erkennen wir, wie sehr der sichtbare Einsturz nur Ausdruck der geistigen Zerrüttung ist, und könnten in Verzweiflung verharren. Wir sind auf den Grund der Dinge verwiesen, von da aus muss die Aufgabe neu begriffen werden.“ Die physische Zerstörung als bildhafter Ausdruck moralischer Zerrüttung durch den Nationalsozialismus sollte daher zu einer grundsätzlichen Revision des abendländischen Wertekanons führen - die affirmative Rückkoppelung auf Goethe musste sich in jeder Weise verbieten. Die Schlussfolgerung lautete daher: „Das zerstörte Erbe darf nicht historisch rekonstruiert werden, es kann nur für neue Aufgaben in neuer Form entstehen.“³³ Neben Blanck und Hebebrand unterzeichneten diesen Aufruf auch weitere Personen, die mit dem Frankfurter Geschehen vertraut waren, darunter der Publizist und Theologe Walter Dirks, dessen berühmter Text „Mut zum Abschied“ die Position der Rekonstruktionsgegner entscheidend beeinflusst hatte.

Die Frankfurter Stadtverwaltung bat Walter Dirks selbst noch einmal um eine unabhängige Stellungnahme. Eindringlich fasste er seine Thesen zusammen, nach der der Wiederaufbau eine „zentrale Lüge“ sei:

„Lassen Sie sich durch die Zustimmung vieler, auch guter Stimmen nicht täuschen. Die Haltung, die wirklich groß und Goethes würdig ist, heißt: das Schicksal annehmen, Ja dazu sagen; gefallen sein lassen, was gefallen ist; die Kraft zum Abschied haben, zum unwiderruflichen Abschied, sich selbst und niemanden in frommer Täuschung vorschwindeln wollen, dass das Goethehaus eigentlich doch noch da sei: *es ist nicht*

Zum Wiederaufbau von Frankfurt am Main: K. von Beyme, Frankfurt. Stadt mit Höhendrang, in: K. von Beyme, W. Durth u.a. (Hrsg.), Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit, München 1992, S. 197-216.

- 33 Baukunst und Werkform. Heft 1. Ein Querschnitt. 1947, S. 29. Die Antithese zu dieser Argumentation – die Bedeutung Goethes als humanes Bildungsgut, das durch den Nationalsozialismus nicht korrumpiert werden konnte und daher für die geistige und moralische Restitution Deutschlands grundlegend sein sollte – fasst zusammen: M. Nutz, Restauration und Zukunft des Humanen. Zur westdeutschen Goethe-Rezeption von 1945 bis 1949, in: K. Richter / J. Schönert (Hrsg.), Klassik und Moderne. Die Weimarer Klassik als historisches Ereignis und Herausforderung im kulturgeschichtlichen Prozess, Stuttgart 1983, S. 457-481.

mehr da, und wenn es nachgeahmt wird, so ist es nicht einmal mehr im Geiste da... Man braucht keinen Betonkasten hinzusetzen. Man kann sich die überaus heikle Aufgabe gut überlegen. Man kann auch im Planen selbst behutsam, ja zärtlich vorgehen, - aber zugleich wahrhaftig. Man kann einen noblen Bau in den Proportionen des alten errichten und alles, was *wirklich* erhalten ist, darin verwenden: das wäre gültig und recht und hätte Bestand und ließe sich auch denen zumuten, welchen die Pietät über alles geht. Es wäre ehrfürchtig und ehrlich zugleich.“³⁴

Ernst Beutler hatte nahezu gleichzeitig seinerseits versucht, in einer groß angelegten Rundfrageaktion prominente, internationale intellektuelle Fürsprecher zu gewinnen, um sich die geeignete Rückendeckung für das Wiederaufbauvorhaben zu verschaffen. Ihre Antworten erreichten das Freie Deutsche Hochstift zwischen März und April 1947, darunter das Schreiben des Nobelpreisträgers von 1946, Hermann Hesse, der sich ähnlich wie André Gide enthusiastisch für die Rekonstruktion aussprach. Als der Frankfurter Magistrat am 19. April 1947 zusammentraf, um endgültig über den Wiederaufbau des Goethehauses zu beschließen, hatte Beutler sämtliche schriftlichen Reaktionen auf seine Umfrage bereits der Stadtverwaltung zur Kenntnis gegeben.³⁵ Damit konnte er, so legt die Entscheidung nahe, verdeutlichen, dass das Goethehaus nicht als Gegenstand lokaler Planungspolitik sondern internationaler kulturpolitischer Relevanz zu behandeln sei - mithin eine dezidiert symbolische Entscheidung fordere. Das Protokoll zur Abstimmung im Magistrat vermerkt: „Es wurde beantragt zu beschließen: das Goethehaus wird wieder aufgebaut an der alten Stelle und in der alten Form unter Beibehaltung des Grossen Hirschgrabens bis zum Jahre 1949. Es wurde festgestellt, Bauherr sei das Hochstift, dem allein die Wahl des Architekten zusteht. Herr Stadtbaurat Blanck wünschte die Auslassung der Worte ‚in der alten Form‘. Trotzdem wurde der Beschluss in der alten Weise gefasst. Die einzige Stimme dagegen war die des Stadtbaurats Blanck.“³⁶

Dass es tatsächlich symbolpolitische Gründe waren, die zur Aufgabe eines ganzheitlichen Wiederaufbaus und zur Rekonstruktion des Goethehauses führten, zeigte sich in den frühzeitig etablierten Deutungsmustern des Projektes. Das Bauwerk wurde

34 Stadtarchiv Frankfurt, Magistratsakten. Sign. 8.116. (Alte Aufschrift: Stadtkanzlei. Goethehaus, Goethe-Museum. 1930-1947) Schreiben von Walter Dirks an den Oberbürgermeister Walter Kolb vom 18.4.1947 (handschriftlich und Abschrift).

35 Das Konvolut, in dem zahlreiche Meinungsbekundungen gesammelt sind, ist in mehreren Abschriften enthalten im Stadtarchiv Frankfurt. Kulturamt. Signatur 859, Korrespondenz des Stadtrats 1945-58, beginnend mit pag. 35. Beutler band die Befürworter des Wiederaufbaus umgehend in das Vortragsprogramm des Hochstifts ein; B. Meier, Goethe in Trümmern. Zur Rezeption eines Klassikers in der Nachkriegszeit, Wiesbaden 1989, S. 28-43 wertet einen Teil der Stimmen für und wider den Wiederaufbau aus.

36 „Bericht über die Sitzung des Magistrats am 19. April 1947 in der Lindenstraße“, Abschrift im Archiv des Freien Deutschen Hochstifts, Ordner III. Siehe weiterhin das Dankeschreiben Beutlers an Kolb vom 25. April 1947 im Stadtarchiv Frankfurt. Magistratsakten. Sign. 8.116. (Alte Aufschrift: Stadtkanzlei. Goethehaus, Goethe-Museum. 1930-1947).

zum Zeichen eines gesellschaftlichen Wiederaufbaus erklärt, der den Traditionslinien des bürgerlich geprägten Humanismus eingedenk bleiben und ein historisches Fundament der Demokratie bilden sollte. Drei Monate nach der Entscheidung im Magistrat, am 5. Juli 1947, formulierte Walter Kolb anlässlich der Neuweihe des erhalten gebliebenen Grundsteins: „Dieses Haus [möge] eine Stätte des Friedens, der Verständigung der Nationen im Geist sein..., im Zeichen Johann Wolfgang Goethes und seines Glaubens an die völkerverbindende Kraft der Kunst und der Gesinnung reiner Menschlichkeit.“³⁷

Die Weihe war zugleich Auftakt der Vorarbeiten für den Wiederaufbau, die unter anderem durch Spenden der Alliierten und der Philipp Holzmann AG und aus Mitteln des Freien Deutschen Hochstifts bezahlt wurden. Nach zügigem Baufortschritt konnte das Bibliotheksgebäude seit 1947 wieder benutzt werden, Gartensaal, Ausstellungsräume und Lichthof waren bis 1949 aufgebaut worden. Im Februar 1947 stand auch das erste Stockwerk des Goethehauses, bis Ostern sollte es unter Dach sein, damit im Herbst oder Winter mit dem Ausmauern des Fachwerks begonnen werden konnte. Am 30. Juni 1948 war jedoch das Budget erschöpft, eine von Beutler erhoffte Unterstützung durch den Magistrat blieb aus und die Rekonstruktion geriet ins Straucheln.³⁸ Nach der doppelten Staatsgründung 1949 aber, in der auch das geteilte Erbe instrumentalisiert zu werden drohte, wirkten sich noch einmal politische Überlegungen auf den Bau aus. Wieder war es Ernst Beutler, der die Befürchtungen aufnahm, indem er am 31. Dezember 1949 beim Kulturpolitischen Ausschuss in Bonn um Bundesmittel warb: „In Weimar sind alle Goethestätten, die auch weithin zerstört waren, unter dem Einfluss der russischen Regierung wieder hergestellt worden. In Frankfurt liegen die Verhältnisse noch sehr im Argen. Der Grund ist der, dass die Weimarer Institute Staatsinstitute sind, das Freie Deutsche Hochstift aber eine gemeinnützige private Stiftung ist. In der Ostzone wird jetzt der größte Wert darauf gelegt, Goethes Bild so zu zeigen, dass es in die kommunistische Ideologie sich einfügt.“³⁹ Die Rivalitäten um Goethe zwischen Frankfurt und Weimar, die seit dem 19. Jahrhundert bestanden, betrafen nun auch den Wiederaufbau. Die Rekonstruktion des „Urbino-Zimmers“ im teilzerstörten Goethehaus am Weimarer Frauenplan konnte mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsbehörden rasch vorangetrieben werden. Beutler versuchte, die Symbolwirkung dieser Aktivitäten innerhalb der Konkurrenz der Systeme zu verdeutlichen, um die Deutungshoheit des historischen Erbes für die Demokratie zu

37 Vgl. hierzu Kolbs Geleitwort in der offiziellen Broschüre: Frankfurt a.M. baut auf. Frankfurt a. M. 1947, S. 12.

38 Stadtarchiv Frankfurt. Kulturamt Frankfurt Sign. 1.004. Freies Deutsches Hochstift. 1948-1955, pag. 2. Schreiben Ernst Beutlers an den Magistrat vom 30. Juni 1948. Der Magistrat hatte 67.800 Mark für die Goethe-Ausstellung 1949 freigegeben. Stadtarchiv Frankfurt. Kulturamt Frankfurt Sign. 1.004. Freies Deutsches Hochstift. 1948-1955, pag. 37-39. 14. Oktober 1948.

39 Stadtarchiv Frankfurt. Magistratsakten Sign. 8.117. Schreiben Ernst Beutlers vom 31. Dez. 1949 an den kulturpolitischen Ausschuss in Bonn.

beanspruchen. Das Kalkül ging auf: Die Bundesrepublik übernahm einen Teil der Baukosten des Frankfurter Goethehauses. Gleichzeitig wurde, als Ausdruck des neuen Paktes, zum 28. November 1949 Bundespräsident Theodor Heuss die Ehrenschirmherrschaft über das Freie Deutsche Hochstift und das Goethemuseum übertragen. Noch zwei Jahre später, bei der feierlichen Einweihung des fertig gestellten Baus am 10. Mai 1951, kam Heuss auf die deutsch-deutschen Rivalitäten zu sprechen: „Heuss lenkte in seiner Ansprache den Blick auf das Goethehaus in Weimar (Sowjetzone), in dem den Besucher ein Gefühl des Frostes befallt, Goethe in einer Umgebung zu wissen, in der der Mensch genormt werden soll. Demgegenüber müsse das Frankfurter Goethehaus eine Stätte sein, die die seltene Tugend des Denkenkönnens zur Herberge wähle.“⁴⁰ Der kalte Krieg hatte damit einen letzten Anstoß zum Wiederaufbau des Goethehauses geliefert.

Theodor Heuss besiegelte in seiner Rede nicht allein das Verhältnis von Goethe-Gedenkstätte, humanistischer Tradition und bundesdeutscher Demokratie, sondern nutzte die Gelegenheit, um auch die Wiederaufbau-Kontroverse zu resümieren: „Ich kenne einen Teil der polemischen Diskussion über all solches Restaurierungsbedürfnis mit seiner Gefahr, das einmal Lebendige im bloß Musealen zu banalisieren. Man muss die Motive im Grundsätzlichen wie im Konkreten durchaus würdigen. Aber ich glaube, die Dinge, die einmal lebhaften Streit verursachten, sind schon ‚den Bach hinunter‘ und schon Stück der Vergessenheit geworden. Aus einem ganz einfachen Grund: Das Haus steht da, die Leistung spricht und wirbt für sich selber.“⁴¹

Dieses Schlusswort zur kulturpolitischen Auseinandersetzung um die Möglichkeiten und Grenzen des Wiederaufbaus beendete frühzeitig eine Debatte, die auch auf allgemeiner Ebene in Deutschland nie geführt wurde. Gerade deshalb wirkt der „Fall Goethehaus“ bis heute nach und wird nach Interessen verschieden beurteilt und interpretiert. Die genaue Untersuchung zeigt jedoch, dass der Frankfurter Wiederaufbau nicht ein Paradigma darstellt, sondern als Einzelfall zu werten ist, zu sehr war das Projekt mit den spezifischen Vorbedingungen, der Institution Freies Deutsches Hochstift, dem Architekten, dem Umgang mit der Altstadt und nicht zuletzt den politischen Rahmenbedingungen verknüpft. Paradigmatisch mag das wiederaufgebaute Goethehaus einzig auf der Rezeptionsebene erscheinen, wird es doch von zahlreichen Besuchern nicht als museal und architektonisch rekonstruierte Stätte, sondern als authentischer Ort der Goethezeit aufgefasst. Nur wohlfeil erscheint es daher, die Hintergründe des heutigen Bauwerks am Ort kenntlich zu machen, auf die Bedeutung

40 Freie Presse, Buenos Aires, 28. Mai 1951 und Messezeitung Frankfurt am Main, 10.5.1951. Beide in der Sammlung des Stadtarchivs Frankfurt, S 3/G 14.064, Goethehaus, Wiederaufbau und Wiedereröffnung 1951. Heuss' Rede abgedruckt in: *Freies Deutsches Hochstift (Hrsg.)*, Einweihung des Goethehauses. Ansprachen, Frankfurt am Main 1951. Die Gewährung von 100.000 Mark Bundesmitteln meldet die Offenbach Post, 12. September 1950.

41 Stadtarchiv Frankfurt. Magistratsakten Sign. 8.117. Protokoll der Feierstunde Einweihung am 10. Mai 1951. Maschinenabschrift. Unpag. Das Zitat Heuss' auf S. 19-20 des Protokolls.

des Ursprungsbaues genauso hinzuweisen, wie auf die neue historische Schicht im Gewande einer älteren. Denn viel stärker als vom ausgehenden 18. Jahrhundert zeugt das Haus von der Nachkriegszeit des 20. Jahrhunderts. Als Zeugnis und eigenständiger Beitrag dieser Epoche verdient der Bau Anerkennung, als solches verkörpert er in sich selbst einen eigenen Wert.⁴²

42 Dank an Dr. Dietmar Pravida und Dr. Joachim Seng vom Freien Deutschen Hochstift Frankfurt am Main für die Möglichkeit der Auswertung des bisher unpublizierten Plan- und Quellenmaterials zum Goethehaus.

Gerd Albers

Altstadt wohin? – Zwischen Zukunftseuphorie und Rückbesinnung

Die Jahre um 1970

Die Themenwahl für dieses Referat geht auf den Wunsch zurück, sich einiger Ereignisse zu erinnern, die das Anliegen unserer Arbeitsgemeinschaft wie auch der „alten Stadt“ im allgemeineren Sinne vor rund drei Jahrzehnten gefördert haben. Gemeint ist damit das vom Europarat ausgerufenen „Denkmalschutzjahr“, das „Heritage Year“ – von 1975 und die Aktivitäten in seinem Gefolge, vor allem der Wettbewerb „Stadtgestalt und Denkmalschutz im Städtebau“, der zunächst auf der Ebene der Länder, dann unter deren Siegern als bundesweiter Wettbewerb ausgetragen wurde.

Wenn man mir diesen Bericht anvertraut hat, so mag das damit zusammenhängen, dass ich diese Entwicklung nicht nur als „Zeitzeuge“ miterlebt habe, sondern auch mehrfach als „Akteur“ gefordert war – so als Vorsitzender eines 1972 von der deutschen UNESCO-Kommission gebildeten Arbeitskreises „Historische Stadtkerne“ wie auch als einer der beiden Vorsitzenden in dem erwähnten Bundeswettbewerb; der andere war Gottfried Kiesow, damals Landesdenkmalpfleger in Hessen und heute bei der Stiftung Denkmalschutz und deren Zeitschrift tätig. Der doppelte Vorsitz könnte als Reminiszenz an die römischen Konsuln gedeutet werden, sollte aber wohl in erster Linie das Gleichgewicht der beiden Arbeitsbereiche Städtebau und Denkmalschutz zum Ausdruck bringen.

Zum Zeitpunkt jenes Wettbewerbes konnte ich bereits auf ein gutes Vierteljahrhundert Planungspraxis zurückblicken – und damit auf eine Reihe von Veränderungen des Zeitgeistes, in denen sich die Rangfolge der Werte und Ziele ebenso wie das Verhältnis zur Geschichte und deren Zeugnissen gewandelt hatten. Indessen will ich mich hier auf einen enger begrenzten Zeitabschnitt beschränken: auf die anderthalb Jahrzehnte, die dem „Europäischen Denkmalschutzjahr“ vorangingen und in denen gleichsam der Boden für jene Kampagne bereitet wurde, die auch der alten, der historisch geprägten Stadt zugute kam.

1. Zum Planungsdenken in den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts

Dem Verständnis der Situation um 1960 dürfte ein kurzer Rückblick auf die Zeit um die vorige Jahrhundertwende dienlich sein, eine Zeit, in der wesentliche Beiträge zur Konstituierung der neuen Disziplin des Städtebaues entstanden: erste Zeitschriften wie „Der Städtebau“ 1904 oder die „Town Planning Review“ 1909, erste große Ausstellungen wie in Berlin und in London 1910, erste internationale Vereinigungen wie

die internationale Gartenstadtgesellschaft, noch heute als „Internationaler Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung“ aktiv. Und im Zusammenhang damit internationale Kongresse wie 1913 im belgischen Cent; über ihn berichtet der britische Planer Patrick Abercrombie, der drei Jahrzehnte später eine wegweisende Planung für London entwickeln sollte. „Die Trinksprüche zu diesem Anlass, ausgebracht von den Vertretern der wichtigsten Länder Europas, bezeugten die herzliche Verbundenheit zwischen denen, die sich um das Wohlergehen der Städte bemühen.“¹

Abercrombie war es auch, der 1936 in seiner Schrift „Town and Country Planning“ das Grundverständnis des Städtebaues in jener ersten Jahrhunderthälfte treffend kennzeichnete: „Die Planung von Stadt und Land sucht der natürlichen Entwicklung eine lenkende Hand zu bieten, gestützt auf eine sorgsame Untersuchung der Örtlichkeit und ihrer äußeren Beziehungen. Das Ergebnis sollte mehr sein als eine gute technische oder wirtschaftliche Leistung; es sollte ein sozialer Organismus sein und ein Kunstwerk.“²

Dabei sollte man nicht übersehen, dass dieser Aufbruch in die frühe Moderne um 1900 auch von einer neuen Würdigung des historischen Bestandes begleitet war: Mit der wachsenden Kritik an der „Gründerzeit“ und ihren schematischen Bebauungsplänen gewannen auch Denkmalschutz und Heimatpflege deutlich an Gewicht. Gleichwohl blieb „Sanierung“ weit überwiegend auf vollständigen Abbruch des Altbestandes und umfassende Neuplanung gerichtet; nur wenige Stimmen erhoben sich zugunsten dessen, was man später „erhaltende Erneuerung“ nannte. Eine der gewichtigsten war die von Cornelius Gurlitt, Professor in Dresden und nachmals erster Präsident der „Freien deutschen Akademie des Städtebaues“ mit der Frage, „ob es nicht besser ist, die alten Stadtteile stehen zu lassen und sie von innen heraus zu gesunden, statt sie zu zerstören. Ich sehe hierbei zunächst ganz ab von den antiquarischen Werten, die gerade in diesen Stadtteilen liegen, und wende mich dem Gedanken zu, wie der verkommene Stadtteil wieder gesundet werden kann unter Erhaltung der alten Bauten.“³

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ergab sich aus den schweren Zerstörungen in den Städten eine eigentümlich ambivalente Situation – einerseits beklagenswerte Verluste an historischer Substanz, die den Wunsch nach Rettung, Sicherung, Instandsetzung auslösen mussten, andererseits die Öffnung neuer Perspektiven, wie sie Churchill für die englischen Städte aufgezeigt hatte: „A great disaster – but a great opportunity.“ Das Spannungsverhältnis zwischen diesen Anliegen prägte die Aufbauarbeit der 1950er Jahre. Zunächst ging es natürlich vor allem um die Beseitigung der Kriegsschäden, um den Aufbau der Stadt, die Wiederherstellung ihrer Funktionsfähigkeit – und wenn es auch eine erhebliche Bandbreite zwischen „Wiederaufbau“ und „Neuaufbau“ gab, so

1 P. Abercrombie, The First International Congress of Town Planning and Organisation of City Life, in: Town Planning Review (4/1913), S. 207.

2 P. Abercrombie, Town and Country Planning, Oxford 1936/43, S. 27.

3 C. Gurlitt, Handbuch des Städtebaues, Berlin 1920, S.246.

bestand doch ein breiter Grundkonsens über die Rolle der Stadtplanung: den Rahmen setzend, aber auch Impulse gebend für das bauliche Gefüge der Stadt, in dem sich dann eine positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung vollziehen könne.

Diese Grundstimmung änderte sich in den frühen 1960er Jahren. Man erkannte und betonte einen engeren Zusammenhang zwischen der Steuerung sozialen, wirtschaftlichen und räumlichen Geschehens und fand dafür den Schlüsselbegriff der „Entwicklungsplanung“. An sie knüpften sich hohe Erwartungen, wie der Titel einer Planungsbroschüre belegt: Man meinte, „die Zukunft im Griff“ zu haben. Doch bald zeigte sich, dass das Handeln der verschiedenen Verwaltungsbereiche schwerer zu koordinieren war als erwartet, so dass sich auch die in die Steuerbarkeit der Entwicklung gesetzten Hoffnungen nur sehr bedingt erfüllten. In den frühen 1970er Jahren trugen dann auch die Öl(preis)krise und die Einsicht in die „Grenzen des Wachstums“⁴ zum Abbau überhöhter Erwartungen bei. So tauchte auch bald das neue Schlagwort von der Zukunft auf, die „auch nicht mehr ist, was sie mal war!“

In dieser Situation fand nun die Besinnung auf die Vergangenheit, wie sie im Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 postuliert und zugleich in hohem Maße gefördert wurde, einen günstigen Nährboden. Indes sollte man darüber nicht die Bemühungen vergessen, die bereits seit den 1960er Jahren auf die Bewahrung und Pflege des historischen Erbes hingewirkt hatten, wobei die internationale Ebene – Europarat, UNESCO, ICOMOS – eine wichtige Rolle spielte. Solchen Bemühungen soll in diesem Bericht nachgegangen werden.

2. Bestrebungen auf internationaler Ebene

Dass die UNESCO mit ihrem Themenfeld von Bildung, Wissenschaft und Kultur auch den Denkmalschutz im Blick hatte, versteht sich; in ihrer 10. Generalversammlung 1958 ermächtigte sie ihren Generaldirektor, „die Mitgliedsstaaten dazu zu ermutigen und darin zu unterstützen, technische und rechtliche Maßnahmen zum Schutz, zur Erhaltung und zur Instandsetzung von Kulturgütern und zur Bewahrung landschaftlicher Schönheit und Eigenart zu ergreifen“ und zu diesem Zweck eine „internationale Kampagne zur Erhaltung geschichtlicher Denkmäler“ einzuleiten. Nach einiger Verzögerung wurde hierfür das Jahr 1963 bestimmt, doch blieb der Widerhall damals noch recht bescheiden.

Inzwischen war auch von anderer Seite – dem bereits erwähnten „Internationalen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung“ – ein Appell ausgegangen, die historischen Spuren der Stadtentwicklung zu sichern. In der Schlussresolution seines 1961 in Santiago de Compostela abgehaltenen Kongresses wurde auf den Entwicklungsdruck in den Städten und die dadurch bedingte Gefährdung des historischen

4 Club of Rome, Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972.

Bestandes hingewiesen; dessen Bewahrung wurde als „Nachweis der kulturellen Reife der Gesellschaft“ bezeichnet. Die Ausdehnung des Denkmalschutzes vom Einzelgebäude auf größere Bereiche – insbesondere Wohngebiete – wurde ebenso erörtert wie die Notwendigkeit, angemessene Nutzungen für den zu erhaltenden Bestand zu finden; darauf sei auch bei der Stadt- und Regionalplanung Bedacht zu nehmen. Auch potentielle Interessenkonflikte zwischen Eigentümern, Bewohnern und der Stadtverwaltung wurden diskutiert, ebenso wie die unterschiedlichen Möglichkeiten des Umgangs mit kriegszerstörten Bereichen – vom originalgetreu kopierenden Wiederaufbau des historischen Bestandes bis zur voraussetzungslosen Neubebauung. Zugleich wurden die Notwendigkeit geeigneter Rechtshandhaben, die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit und der Nutzen eines internationalen Erfahrungsaustausches betont.

1963 veröffentlichte der Europarat unter dem Titel „The preservation and development of ancient buildings and historical or artistic sites“ mehrere einstimmig gefasste Beschlüsse und Empfehlungen zu diesem Themenkomplex, gestützt auf eine Reihe programmatischer Artikel über die Bedrohung des kulturellen Erbes und über Maßnahmen zu dessen Schutz.⁵ Ergänzend wurde über weitere Bestrebungen in diesem Sinne berichtet – so unter anderem über die Institution des „National Trust“ in Großbritannien und über die oben erwähnte Resolution des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung. Im gleichen Jahre beschloss der Europarat „im Bewusstsein des Ernstes der Situation und des dringenden Handlungsbedarfs“, das Thema der Bewahrung in den folgenden Jahren durch eine Reihe von Symposien weiterzuverfolgen, so 1965 in Barcelona mit der Erörterung von Kriterien und Methoden zur Erfassung erhaltenswerter historischer Gebäude und Anlagen wie auch in Wien mit der Frage nach der Möglichkeit, neue Nutzungen für Baudenkmale zu finden, die ihrem ursprünglichen Zweck nicht mehr dienen könnten. 1966 folgte ein Symposium in Bath, mit dem sich der Themenschwerpunkt vom Einzelgebäude auf den städtebaulichen Zusammenhang verlagerte; im Titel ist das Erhaltungsziel von – bisher – „buildings“ auf „groups and areas of buildings“ ausgeweitet. Zwei weitere, deutlich praxisorientierte Symposien folgten in den beiden folgenden Jahren.

In den Dokumentationen der Tagungen wurden jeweils die Texte der Fachreferate, die Ergebnisse der anschließenden Diskussionen und die darauf gegründeten Empfehlungen zusammengefasst. So richteten sich die Empfehlungen des Symposions in Bath überwiegend an den zuständigen Ministerausschuss des Europarates, aber auch an den Europäischen Rat der Gemeinden und schließlich generell an die „für die Planung von Stadt und Land Verantwortlichen“. Diesen wird ans Herz gelegt, für eine dauerhafte Verknüpfung von Denkmalpflege, Stadtplanung und Wirtschaftsplanung zu sorgen, um deren Zusammenwirken zur Förderung von Erhaltungsmaßnahmen zu sichern.⁶

5 *Council of Europe*, The preservation and development of ancient buildings and historical or artistic sites, 1963.

6 *Council of Europe*, Council for Cultural Co-operation: Principles and practice of active preservation and rehabilitation of groups and areas of buildings of historical or artistic interest, Strasbourg 1967.

Einen weiteren Beitrag zur Diskussion lieferte ein „Internationaler Kongress der Architekten und Techniker für historische Denkmäler“ im Jahre 1964, dessen Ergebnis als „Charta von Venedig“ weithin Beachtung fand; allerdings fasst diese Charta zur „Pflege und Restaurierung von Denkmälern und historischen Stätten“ allein das Einzelmonument ins Auge und nimmt noch keinen Bezug auf städtebauliche Aspekte und Zusammenhänge.⁷

1969 verabschiedete eine „beratende Versammlung“ des Europarates eine Entschließung über die Verantwortung der Gemeinden für die Erhaltung und Instandsetzung alter Gebäude und historisch oder künstlerisch bedeutender Stätten. Sie betonte dabei die unlösbare Verknüpfung der Orts- und Regionalplanung mit der Denkmalpflege und die zentrale Rolle örtlicher und regionaler Behörden für die Durchsetzung einer Erhaltungspolitik.

Im gleichen Jahre fand eine Konferenz der für den Schutz des kulturellen Erbes zuständigen Minister der Europarat-Länder statt, die sich mit Fragen des Denkmalschutzes auseinandersetzte und in eine Bitte an den Europarat mündete, „in nächster Zukunft die Proklamation eines Denkmalschutzjahres vorzunehmen, welches darauf abzielt, die Europäer über die Gefahren zu unterrichten, denen ihr gemeinsames Erbe ausgesetzt ist sowie über die dringende Notwendigkeit, Schutzmaßnahmen zu treffen und das wertvolle Erbe in die Umwelt der Gesellschaft von heute und morgen zu integrieren.“⁸

Der Rat folgte dieser Empfehlung und veranstaltete 1971 – ganz im Sinne einer Vorbereitung auf das inzwischen angekündigte Denkmalschutzjahr ein „Symposion der Städte von historischer Bedeutung“ in Split, an dem außer den Vertretern von mehr als hundert Städten aus Ländern des Europarates auch Vertreter Jugoslawiens, Finnlands, Tunesiens und Kanadas teilnahmen. Die dabei verabschiedete umfangreiche Resolution forderte unter anderem, den Schutz der Denkmäler als vorrangiges Ziel einer ausgewogenen Entwicklung anzuerkennen, und betonte die Bedeutung eines interdisziplinären Ansatzes, des ständigen Dialogs mit der öffentlichen Meinung und einer Ausbildung von Architekten, Ingenieuren und Städtebauern, die den Ansprüchen des Denkmalschutzes Rechnung trage. Mit Nachdruck wurde auch auf das Erfordernis künftiger Zusammenarbeit der historisch geprägten Städte hingewiesen.⁹

Auf der internationalen Ebene wurde um diese Zeit auch das Wirken des 1965 gegründeten „International Council of Monuments and Sites“ – ICOMOS – spürbar. 1966 veröffentlichte er als Ergebnis eines Symposions in der Slowakei eine Resolution „on the regeneration of historic urban sites“; 1967 folgte eine gemeinsam mit dem bereits erwähnten „Internationalen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und

7 *Deutsches Nationalkomitee für das Europäische Denkmalschutzjahr 1975*, Praxis des Umgangs mit erhaltenswerter Bausubstanz, Bonn 1975, S. 77 f.

8 Ebda., S.79 f.

9 Ebda., S. 80 ff.

Raumordnung“ in Spanien abgehaltene „Erste Konferenz über den Schutz und die Wiederbelebung von Zentren mit historischer oder künstlerischer Bedeutung.“ Bis zum Jahre 1975 sind elf weitere derartige Veranstaltungen dokumentiert, darunter einige, die regionale Besonderheiten behandelten. So ging es in Tunis 1968 um Sanierung, Wiederherstellung und „Inwertsetzung“ – *mise en valeur* – „alter nordafrikanischer und asiatischer Städte im Mittelmeerraum“, 1972 in norwegischen Sandefjord um die „hölzernen Städte in Skandinavien“ und 1973 im litauischen Vilnius um den „Schutz historischer Stadtzentren und das Problem ihrer Anpassung an neue Nutzungen in sozialistischen Ländern“.

Im Rahmen der dritten Generalversammlung von ICOMOS in Budapest 1972 fand ein Symposium über die Einfügung zeitgenössischer Architektur in Gruppen alter Gebäude statt; im Denkmalschutzjahr 1975 diente Rothenburg ob der Tauber als geeignete Stätte für ein Symposium über die Erhaltung historisch geprägter Kleinstädte, auf das noch zurückzukommen sein wird.

Eine weitere wichtige Rolle in der Förderung internationaler Kontakte spielte die Organisation „Europa Nostra“ – definiert als eine „internationale Vereinigung nicht-staatlicher Verbände für den Schutz von Bau- und Kunstdenkmälern sowie natürlicher und historischer Landschaften“. 1968 hielt sie ihre fünfte Generalversammlung in Bamberg ab, bei der das Thema „Wiederherstellung und Erhaltung historischer Stadtkerne“ im Mittelpunkt stand. Der die Tagung ausrichtende Deutsche Heimatbund vertraute mir das Einführungsreferat zum Thema „Stadterneuerung und historisches Erbe“ an. Weitere Vortragende aus Großbritannien, Frankreich und Italien berichteten zum Generalthema jeweils aus der Sicht ihres Landes; das Schlussreferat hielt der damalige bayerische Generalkonservator Thorsten Gebhard. Wie nicht anders zu erwarten, ergab sich ein breiter Konsens hinsichtlich der Bedeutung des historischen Erbes und seiner Sicherung auch und gerade angesichts einer künftigen Stadtentwicklung, die man von technischen und ökonomischen Erwägungen beherrscht sah.¹⁰

3. Entwicklungen in Deutschland

Richten wir den Blick wieder auf die deutsche Situation, so verdient zunächst eine zwar örtlich begrenzte, aber in ihrer Signalwirkung weitreichende Aktion Erwähnung: die Einrichtung des Stadterneuerungsseminars in Regensburg durch den Kulturkreis im Bundesverband der deutschen Industrie im Jahre 1963. Es wurde zunächst von Hamburgs gerade pensioniertem Oberbaudirektor Werner Hebebrand geleitet, der gemeinsam mit Sep Ruf als Berater des Kulturkreises diesen für ein solches neuartiges Engagement gewonnen hatte. Nach Hebebrands Tod 1966 übernahm Walther Schmidt, vormals Stadtbaurat von Augsburg, die Leitung. Das Vorhaben und sein Ergebnis fanden zumindest in Fachkreisen bundesweit Beachtung.

¹⁰ *Europa Nostra*, V. Generalversammlung Bamberg 1968, Tagungsmappe.

Von allgemeineren Fragen der Stadtentwicklung ausgehend, veröffentlichte der Deutsche Städtetag 1966 eine Erklärung zum Thema „Stadtplanung und Denkmalpflege“. Von einer Gruppe prominenter, meist in Stadtbauratspositionen wirkender Mitglieder erarbeitet, beginnt sie mit einer zeittypischen Lagebetrachtung, die deshalb im Wortlaut wiedergegeben sei:

„Nach den Zerstörungen durch den Krieg und einem Neuaufbau, der unter dem Zwang der Verhältnisse nicht immer der Fülle der Anforderungen, auch der denkmalpflegerischen, gerecht werden konnte, ist die Entwicklung der deutschen Städte in einen neuen Abschnitt eingetreten. Die Bedürfnisse der Wirtschaft und des Verkehrs, verbunden mit der Notwendigkeit städtebaulicher und objektbezogener Sanierungen, richten vor allem an die alten Städte und deren Stadtzentren Forderungen, die die überlieferte städtebauliche Struktur und den überlieferten Bestand an Bauten und Anlagen von Denkmalswert mitunter in Frage stellen.“

Wenn der Wandel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse über manche Überlieferung hinweggeht, so wird man einen Teil dieser Entwicklung als unvermeidlich hinzunehmen haben, insbesondere da, wo die Erhaltung des Bestehenden nur mit einer Gefahr für die Funktionsfähigkeit der Stadt oder von Stadtteilen wie für die Gesundheit der Bewohner erkaufte werden könnte.

Aber der Verzicht auf überkommene Werte darf nicht gedankenlos und unkritisch hingenommen werden. Nach den heute unverständlichen Opfern, die in der Zeit um die Jahrhundertwende zugunsten vermeintlicher Notwendigkeiten des Verkehrs und der Wirtschaft oder aus übersteigertem Repräsentationsbedürfnis gebracht worden sind, und mehr noch nach den großen Verlusten an wertvoller alter Bausubstanz im letzten Krieg, ist die Erhaltung von Baudenkmalern und Stadtstrukturen, wo immer sie sinnvoll und möglich ist, zu einer kulturellen Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden, privater und öffentlicher Stellen geworden.

In dieser Lage ist ein unverbundenenes Nebeneinander oder gar Gegeneinander von Stadtplanung und Denkmalpflege nicht zu verantworten. Ihrer Zusammenführung sollen die folgenden Hinweise dienen.“

Daran schließt sich eine ausführliche Darstellung der unterschiedlichen Gesichtspunkte, die im Umgang mit historischer Bausubstanz und überkommenen Stadtstrukturen eine Rolle spielen. Auf die möglichen Konflikte zwischen Stadtplanung und Denkmalpflege wird ebenso eingegangen wie auf Gemeinsamkeiten der Zielsetzung. Auch Mängel in der Gesetzgebung zur Denkmalpflege werden aufgezeigt.¹¹

Mit der wachsenden Wertschätzung der bedrohten geschichtlichen Zeugnisse wurde auch das Spannungsverhältnis zwischen Denkmalpflege und zeitgenössischen Ansprüchen häufig zum Problem. Um zu seiner Klärung beizutragen, schrieb die Bayerische

¹¹ *Stadtplanung und Denkmalpflege*, Mitteilungen des Deutschen Städtetages 1966, S. 161 f.

Akademie der Schönen Künste 1969 einen Wettbewerb „für beide Teile Deutschlands“ aus, der „die Verbindung neuer Bauaufgaben mit historischem Baubestand zum Gegenstand“ hatte. Im Text heißt es weiter, die Akademie beabsichtige damit, „beispielhafte Lösungen herauszustellen für die Aufgabe, neue Bausubstanz in einen wahrnehmbaren historischen Zusammenhang einzufügen, sei es im Sinne eines selbständigen Nebeneinander neuer und historischer Bauten oder neuartiger Ergänzungen von teilweise zerstörter oder abgetragener historischer Bausubstanz.“

Die Jury tat sich mit den eingereichten 58 Arbeiten schwer, wie der Abschlussbericht vom April 1970 erkennen lässt:

„Die wachsende Bedrohung des historischen Baubestandes durch das rapide Vordringen der technischen Zivilisation hat in letzter Zeit verschiedene Initiativen zur Rettung des geschichtlichen Erbes ausgelöst. Dabei geht es nicht nur darum, historische Bauten für sich allein zu erhalten und durch sinnvolle Nutzung zu aktivieren, vielmehr sollen auch benachbarte Bauten und darüber hinaus Stadträume als Teile eines Ganzen gesehen und gestaltet werden. Das Bauen der Gegenwart steht als geplante, berechnete und zunehmend industriell gefertigte Konstruktion vielfach im schroffen Gegensatz zum historischen Bestand. Beides zusammenzustimmen ist ein neues, eminent wichtiges Problem.“

Zur Klärung dieses Problems hatte der Wettbewerb beitragen sollen; bei der Sichtung der eingereichten Arbeiten zeigte sich indessen eine solche Vielfalt der Ansätze – von Neubauten in historischer Umgebung über weitgehende Umbaumaßnahmen bis zur behutsamen Eingliederung neuer Bauteile in alte Bausubstanz –, dass man die vorge-sehene einfache Staffelung der Preise aufgab und für jede derartige Kategorie einen Preis vergab: für das Ingolstädter Theater an Hardt-Waltherr Hämer, für das Rathaus in Bensberg an Gottfried Böhm, für ein Foyergebäude in Hannover-Herrenhausen an Arne Jacobsen und Otto Weitling sowie für die Staatsbank in Braunschweig an Hanne Westermann. Zudem gab es eine Prämie für eine städtebauliche Planung, die durch entsprechende Lenkungsmaßnahmen das Anliegen des Wettbewerbs aufnahm: den Sanierungsplan für Mengen/Württemberg von Peter Breitling.

Um die gleiche Zeit fand auch in der deutschen UNESCO-Kommission das Thema der Erhaltung historischer Stadtstrukturen vermehrtes Interesse. Sie bildete 1972 einen Arbeitskreis „Historische Stadtkerne“, als dessen Vorsitzender ich in die Kommission berufen wurde. Der Kreis hielt im gleichen Jahre drei Arbeitstagungen ab. Um unmittelbare Eindrücke zu gewinnen, wählten wir hierfür jeweils Städte mit markanten historischen Kernen: Bamberg, Lübeck und Trier. Vier weitere Sitzungen folgten in den nächsten beiden Jahren.

Das Arbeitsprogramm war vor allem auf die Gewinnung von Einsichten zur Erstellung von Arbeitshilfen für die Planung, insbesondere die Sanierungsplanung in historischen Stadtkernen gerichtet. Ein Weg dazu war die Untersuchung von beispielhaften Erneuerungsplanungen in anderen Ländern. Ein entsprechender Auftrag ging an Professor Rolf Romero und Lothar Willius (TH Darmstadt); Ende 1974 lag

ein umfangreicher Bericht über die Situation in neun europäischen Ländern vor, der vom Bundesbauministerium in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht wurde und auf über 300 Seiten eine Fülle von Material darbot. Dabei wurde jeweils über die allgemeine Situation und die Rechtsgrundlagen für eine Erhaltungspolitik berichtet, so auch über das französische Gesetz von 1962, die „loi Malraux“ – mit seiner Forderung einer denkmalpflegerisch orientierten Stadtplanung für schützenswerte Bereiche (secteurs sauvegardés). Zahlreiche Fallstudien mit entsprechenden Abbildungen veranschaulichten die Praxis in den verschiedenen Ländern.¹² Weitere Ergebnisse seines Wirkens veröffentlichte der Arbeitskreis 1981 unter dem Titel „Erhaltung, Erneuerung und Wiederbelebung alter Stadtgebiete in Europa“. Eine vergleichende Bewertung von Fallstudien aus elf Ländern führte zu Thesen und Empfehlungen für die künftige Politik der Stadterneuerung.¹³

Kennzeichnend für das neue Gewicht der städtebaulichen Denkmalpflege ist auch der Zusammenschluss der spezifisch historisch geprägten Städte Bamberg, Lübeck und Regensburg zu einer Arbeitsgemeinschaft im Jahre 1973. Einem Plädoyer von Professor Riedl für die Einbeziehung Heidelbergs entstammen die folgenden Sätze: „War Stadtbildpflege jahrzehntlang mehr das Anliegen von kunst- und heimatgeschichtlich Interessierten, hat seit einiger Zeit eine breite Öffentlichkeit die Bedeutung und Dringlichkeit dieser Aufgabe erkannt... Die weltweiten Bemühungen um die Erhaltung alter Stadtkerne beginnen Früchte zu tragen, und die Erkenntnis, dass Denkmalpflege eine genuine Form des Umweltschutzes zu sein vermag, ist zum allgemeinen Informationsbestand geworden.“

Im gleichen Jahre 1973 entschloss sich die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, ihre Jahrestagung 1974 in Lübeck unter das Thema „Historische Stadtkerne und Stadtentwicklung“ zu stellen und bildete dazu eine Arbeitsgruppe, die als Diskussionsgrundlage einen Bericht erstellte. Darin es:

„Die Erhaltung historischer Bausubstanz wurde nach dem Kriege in der Bundesrepublik Deutschland – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern – nicht oder nur in begrenztem Maße als öffentliche Aufgabe von nationalem Rang gesehen... Die fortschrittlichen Kräfte forderten Neuordnung, Neuaufbau – forderten Konzepte für Gegenwart und Zukunft... Für eine gleichzeitige Berücksichtigung historischer Werte blieb in diesem schnellen Entwicklungsprozess wenig Raum. Gerade noch rechtzeitig hat auf breiter Front ein Umdenken eingesetzt. Die Bekenntnisliteratur zur Erhaltung historischer baulicher und städtebaulicher Werte schwillt an. Viele regionale und nationale Fachtagungen widmen sich diesem Thema. Viele Bürgerinitiativen kämpfen für die Erhaltung historischer Bauten und des vertrauten Milieus. Politische Willensbekundungen sind unüberhörbar.“

¹² Bundesbauministerium (02.002), Die Erneuerung historischer Stadtzentren in neun europäischen Ländern, Bonn 1975.

¹³ Bundesbauministerium (02.023), Erhaltung alter Städte in Europa, Bonn 1981.

Die Städtebaugeschichte kennt mehrere Beispiele für solch einen Umschlag in der Bewertung vorhandener Strukturen. Leider führt solcher Meinungswechsel heute wie auch früher leicht zu einseitigem Denken, das einer ausgewogenen, die Vielfalt der Interessen berücksichtigenden Stadtentwicklungsplanung abträglich ist. Wer mehr von den Dingen weiß, wird sich daher um Ausgleich und Abwägung bemühen. Die Akademie muss und will in dieser kontroversen Diskussion eine ausgleichende Haltung einnehmen.“

Daran schließt sich eine ausführliche Darstellung der bei einer auf Bewahrung gerichteten Stadtentwicklungspolitik auftretenden Zielkonflikte, gefolgt von einer Erörterung der zu deren Bewältigung erforderlichen Rechtsinstrumente und Vorgehensweisen. Die Diskussion dieses Vorberichtes und einiger von den Landesgruppen der Akademie erarbeiteter Fallstudien mündete in eine Reihe von Thesen, deren wichtigste zitiert seien:

- Erst eine Stadtentwicklungspolitik, in der die sozialen und gestalterischen Ziele ebenso wie die Wahrung der geschichtlichen Kontinuität ihren angemessenen Platz erhalten, vermag den historisch geprägten Stadtteilen wieder eine sinnvolle Rolle im Stadtgefüge zuzuweisen. Eine langfristige Erhaltung setzt eine bedarfsgerechte Nutzung voraus. Je besser die Einbindung in das soziale und wirtschaftliche Leben gelingt, umso nachhaltiger die Schutzwirkung.
- Alle Bemühungen um Stadterneuerung und um die Bewahrung überkommener Strukturen werden nur wirksam, wenn sie langfristig durchgehalten werden; sie bedürfen in besonderer Weise der Kontinuität.
- Eine solche Stadtentwicklungspolitik ist auf Einsicht und Verantwortungsbewusstsein der politischen Körperschaften angewiesen und wird auf die Dauer nur zum Erfolg führen können, wenn es gelingt, die Anteilnahme und die Mitwirkungsbereitschaft des einzelnen Bürgers zu wecken und lebendig zu erhalten. Die Voraussetzungen hierzu sind heute günstiger als in den vergangenen Jahrzehnten; es gilt sie zu nutzen.

Das Jahr 1973 erwies sich als recht fruchtbar für das Anliegen der Bewahrung: So benannte sich eine – vorher auf reichsstädtische Geschichte beschränkte – Vereinigung um in „Arbeitsgemeinschaft für Stadtgeschichtsforschung, Stadtsoziologie und städtische Denkmalpflege e. V.“, wählte indessen bald den griffigeren Titel „Die Alte Stadt“. 1974 hielt sie ihre erste öffentliche Tagung im bayerischen Weißenburg ab. Aus der Ansprache von Dr. Abreß, Staatssekretär im Bundesbauministerium, seien einige Passagen zitiert:

- „Was ist zu tun? In erster Linie... müssen wir unser Verständnis der Siedlungsentwicklung, unsere Politik zur Entwicklung der Städte und Dörfer überprüfen. Siedlungsentwicklung heißt nicht nur, wie bisher überwiegend, Erweiterung unserer Städte und Dörfer, sondern sie schließt ebenso Stadterneuerung, Stadterhaltung, Stadtgestaltung, aber auch Denkmalschutz und Denkmalpflege ein. Siedlungsent-

wicklung bildet den Rahmen, in dem das Spannungsverhältnis zwischen diesen einen vernünftigen Ausgleich finden kann.

- Richtige Stadtentwicklungspolitik führt zur Stadterhaltung, zur planmäßigen Bewahrung eines für die Stadt als Ganzes bedeutsamen sozial und historisch wertvollen Bereiches des vorhandenen Stadtgefüges durch gegenseitige Anpassung, Angleichung und Zuordnung sozialer, funktioneller und baulicher Strukturen.
- Stadtentwicklungspolitik sieht die Stadtgestalt. Diese Entwicklung wird dazu führen, dass bei unvermeidlichen Abbrüchen einzelner Bauwerke innerhalb von Erhaltungsbereichen die Neubauten maßstäblich, material- und formgerecht in den vorhandenen Bestand eingefügt werden.“

Die Vielzahl solcher Veranstaltungen in den frühen 1970er Jahren lässt das wachsende Interesse an Fragen des Denkmalschutzes und der Stadterhaltung erkennen. Es beschränkte sich indessen nicht auf Fachgespräche, sondern erfasste auch die politischen Entscheidungsträger: In der ersten Hälfte der 1970er Jahre wurden in den meisten Bundesländern Denkmalpflegegesetze erlassen oder novelliert. Dem bayerischen Gesetz verdankt auch der dortige Landesdenkmalrat – zur Beratung der Landesregierung gebildet – seine Existenz.

4. Auf zum Denkmalschutzjahr

Im Jahre 1973 setzte auch die Kampagne des Europarates zur Vorbereitung des „Europäischen Denkmalschutzjahres“, des „Heritage Year“, mit der Parole „eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ ein. Als Ziele wurden postuliert:

- das Interesse und den Stolz der europäischen Völker an der ihnen überlieferten Baukultur zu wecken,
- Gebäude und Bereiche von besonderem architektonischen oder historischen Wert zu schützen,
- sicherzustellen, dass sie eine lebendige Rolle in der gegenwärtigen Gesellschaft spielen,
- und den besonderen Charakter und Reiz alter Städte und Dörfer zu erhalten und ihr Erscheinungsbild zu verbessern.

Eine vorbereitende Konferenz fand im Juli 1973 in Zürich mit 330 Delegierten aus 27 europäischen Ländern statt. Die Schlussresolution unterstreicht die Zielsetzung und appelliert an den Europarat, an Regierungen und Kommunalbehörden, ihr Rechnung zu tragen. Ausführlich werden dann drei spezifische Themengruppen behandelt: 1. die Gesetzgebung über die integrierte Sicherung der „Schutzzone von kultureller Bedeutung“, 2. die Erhaltung, Restaurierung und Wiederbelebung alter Stadtteile und 3. die Förderung des öffentlichen Interesses an diesen Anliegen.

Im „Heritage Year“ 1975 waren natürlich zahlreiche Veranstaltungen dem Anliegen des Denkmalschutzes gewidmet; so tagte auch der „International Council of Monu-

ments and Sites – ICOMOS“ im symbolträchtigen Rothenburg ob der Tauber. Als Sachgrundlage für das Tagungsthema „Conservation of smaller historic towns“ diente ein Umfrageergebnis unter den beteiligten Staaten, zu dem außer 15 europäischen Ländern – von Spanien bis zur Sowjetunion – auch Vorderasien mit Israel und dem Libanon, Japan, die USA, Canada, Mexico und Peru beigetragen hatten. Die Umfrage zielte auf folgende Themen: Hauptbedrohung für Erhaltungsmaßnahmen, Reichweite planungsrechtlicher Regelungen hinsichtlich Koordination von Denkmalpflege und wirtschaftlicher Entwicklung, rechtliche und finanzielle Vorsorge zum Schutz kleiner historischer Städte, ausgeführte Schutzmaßnahmen, die Rolle privater Gruppierungen und schließlich die Hauptgründe für den Wunsch nach Bewahrung historisch geprägter Kleinstädte.

Als Antwort auf diese Frage wurde am häufigsten das geschichtliche und ästhetische Interesse genannt, danach die Anziehungskraft für Touristen und die Qualität des Lebensraumes für die Bewohner. Gefährdungen wurden vor allem in der Verkehrsbelastung und in der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen – einerseits infolge Expansion neuer Nutzungen im alten Stadtgefüge, andererseits durch dessen wirtschaftliche Schwächung infolge Abwanderung von Funktionen, die im alten Gefüge keinen Platz mehr finden – wie etwa Supermärkte und andere Einrichtungen von wirtschaftlicher Bedeutung, die dem kleinstädtischen Maßstab nicht entsprachen.¹⁴

Zu den wichtigsten Ereignissen des Denkmalschutzjahres gehörte der vom Europarat ausgerichtete Kongress in Amsterdam zum Thema des europäischen Architekturwesens, der eine Reihe wesentlicher Einzelthemen – von der Einbindung in die Stadt- und Regionalplanung bis zu finanziellen und technischen Aspekten – behandelte und die Ergebnisse in der umfassenden „Erklärung von Amsterdam“ zusammenfasste. In der Vorbemerkung wird diese Erklärung als ein bedeutender Markstein in der Entwicklung des europäischen Denkens über die Erhaltung des baulichen Erbes bezeichnet. Als auffälligster Wesenszug dieser Entwicklung gilt die Erweiterung des Denkmalbegriffs vom bedeutenden Einzelbauwerk auf Gruppen alter Gebäude, die aus baulichen wie aus gesellschaftlichen Gründen eine Einheit bilden. Die Erklärung betont die Bedeutung des Erbes für das europäische Selbstverständnis und fasst ihre Empfehlungen in sechs thesenartig überschriebenen Kapiteln zusammen:

- Die Bewahrung des Architekturwesens: eines der Hauptziele der Stadt- und Regionalplanung.
- Integrierte Erhaltung gehört zur Verantwortung der Gemeinden und verlangt bürgerschaftliche Mitwirkung.
- Der Erfolg jeder Erhaltungspolitik hängt davon ab, dass soziale Faktoren mit in Betracht gezogen werden.
- Integrierte Erhaltung erfordert einen entsprechenden Zuschnitt von Maßnahmen der Gesetzgebung und der Verwaltung.

14 ICOMOS, Symposium on the conservation of smaller historic towns, 1975.

- Integrierte Erhaltung erfordert angemessene Finanzmittel.
- Integrierte Erhaltung verlangt die Förderung von Methoden, Techniken und Fähigkeiten zur Restaurierung und Nutzbarmachung historischer Anliegen.¹⁵

Wie stark der Widerhall des „Denkmalschutzjahres“ unter den Stadtplanern war, zeigt sich auch daran, dass die 1965 gegründete „Internationale Gesellschaft der Stadt- und Regionalplaner“ ihre Jahrestagung 1975 im geschichtsträchtigen Edinburgh dem Thema „Planung und kulturelles Erbe“ widmete. In der Schlusserklärung wird die den historischen Bauten und Stadtstrukturen zugewandte Aufmerksamkeit angesichts der bedrohlichen Veränderungskräfte der Gegenwart als vollauf gerechtfertigt bezeichnet. Es bedürfe aber einer ausgewogenen Politik, um modischen Übertreibungen zu begegnen. Bewahrung erfordere die Integration des alten Bestandes in die lebendige Gegenwart; dazu gehöre auch das Finden neuer Nutzungen für historische Bauten. Eine dauerhafte Sicherung geschichtlich bedeutsamer Elemente setze eine städtebauliche Gesamtplanung voraus, die dieser Aufgabe das gebührende Gewicht zumesse. Abschließend wird das Erfordernis betont, auch die Bevölkerung für das Ziel der Erhaltung zu gewinnen.

Auch die UNESCO erarbeitete im Denkmalschutzjahr 1975 eine umfangreiche EntschlieÙung, die allerdings erst 1976 unter dem Titel „Die Erhaltung historischer Stadtteile, Städte und Stätten und ihre Integration in eine moderne Umwelt“ verabschiedet wurde. Inhaltlich geht es dabei um bereits bekannte Themen: politische Verantwortung, Recht, Finanzen, Berücksichtigung sozialer Probleme; als Randnotiz mag es interessant sein, dass die EntschlieÙung von 1976 einen Punkt enthält, den der Entwurf von 1975 noch nicht auführte: „Entsprechend dem Geist und den Grundsätzen dieser Empfehlung sollte ein Mitgliedsstaat keine Maßnahmen zur Zerstörung oder Veränderung des Wesens historischer Quartiere oder Städte vornehmen, die in von ihm besetzten Gebieten liegen.“ Die bedrohlichen Entwicklungen im Nahen Osten dürften diesen Zusatz ausgelöst haben.

Soweit also mein Versuch, den Aufbruch in die Vergangenheit nachzuzeichnen, für den das Denkmalschutzjahr 1975 zu Recht als Markstein gilt. Der Bericht sollte vor allem die Entwicklung im vorangegangenen Jahrzehnt nachzeichnen, in dem das Ziel der Bewahrung gleichsam gegen den Geist der Zeit allmählich Raum und Gewicht gewann. Besonders bemerkenswert scheint mir dabei, dass sich das bisher weitgehend auf das einzelne Baudenkmal gerichtete Interesse ausweitete auf den städtebaulichen Zusammenhang – das „Ensemble“, um das bayerische Denkmalschutzgesetz zu zitieren.

Die weiteren Auswirkungen des Denkmalschutzjahres 1975 in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere die daraus erwachsene Wettbewerbsfolge – erst länderweise, dann bundesweit – zum Thema „Stadtgestalt und Denkmalschutz im Städtebau“

15 Council of Europe, Amsterdam Declaration 1975.

mit einer Fülle interessanter Ergebnisse verdienen eine ausführliche Würdigung, für die die „Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt“ gewiss eine spätere Gelegenheit finden wird.

Gleichwohl seien noch einige Bemerkungen zur weiteren Entwicklung und ihrer späteren Bewertung angefügt. Mein Münchner Hochschulkollege, der Kunsthistoriker Norbert Huse, hat dieses Geschehen 1990 auf eine knappe Formel gebracht: „Von der Gegenwart enttäuscht und ohne Vertrauen auf das Kommende, befriedigte die Gesellschaft ihr Utopiebedürfnis durch Geschichte. ‚Eine Zukunft für unsere Vergangenheit‘ lautete konsequenterweise 1975 die Parole. Der Erfolg übertraf alle Erwartungen, und schon bald entwickelte die Denkmalbegeisterung eine Eigendynamik, deren negative Spätfolgen sich erst jetzt, allmählich, in ihrem ganzen Umfang zu erkennen geben.“¹⁶

In diesem Zusammenhang mag man sich daran erinnern, dass in der rückschauenden Beurteilung der Nachkriegsentwicklung zweimal von „verpassten Chancen“ die Rede war. In der Zukunftseuphorie der 1960er Jahre hatte man dem „Wiederaufbau“ vorgeworfen, die Chancen einer großzügigen Neuordnung nicht ausreichend genutzt zu haben, zu wenig verändert und zu viel erhalten zu haben. Und zwei Jahrzehnte später sah man das Versäumnis in der Rücksichtslosigkeit gegenüber historischen Substanzen und Strukturen – zu viel verändert, zu wenig erhalten zu haben. Buchtitel wie „Die gemordete Stadt“ oder „Die zweite Zerstörung Münchens“ sprechen für sich.¹⁷

Zweifellos hatte die damals einsetzende „Bewahrungswelle“ ihre Übertreibungen und Überzeichnungen wie auch ihre inneren Widersprüche. Von der Kopie der alten Römerberg-Ostzeile in Frankfurt bis zu den Auseinandersetzungen um den „Palast der Republik“ und den Wiederaufbau des Berliner Schlosses gibt es eine Fülle von Belegen dafür, dass die Auffassungen über Wert und Unwert der historischen Zeugnisse – und über den angemessenen Umgang mit ihnen – sich nicht nur mit dem Zeitgeist wandeln, sondern auch unter Zeitgenossen umstritten sein können. Und vielleicht sollte man das nicht einmal bedauern, denn seit Heraklit wissen wir, dass der Widerstreit der Vater aller Dinge ist.

Aber auch wenn das distanziert klingen mag – ich bin doch soweit Partei, als ich in jener „Bewahrungswelle“ vor drei Jahrzehnten einen großen kulturellen Gewinn sehe, so dass ich mich meiner Mitwirkung daran gern erinnere. Bei der erwähnten Tagung von „Europa Nostra“ in Bamberg vor fast vier Jahrzehnten habe ich meine Ausführungen – vielleicht ein wenig pathetisch – mit einem Wort von Hölderlin geschlossen, das heute gleichwohl wiederholt sei: „Und immer ins Ungebundene geht eine Sehnsucht. Vieles aber ist zu behalten. Und Not die Treue.“

16 N. Huse, Denkmalschutz, in: *Th. Sieverts* (Hrsg.), *Zukunftsaufgaben der Stadtplanung*, Düsseldorf 1990, S. 87 f.

17 *W.J. Siedler*, *Die gemordete Stadt*, Berlin 1964; *E. Schleich*, *Die zweite Zerstörung Münchens*, München 1978.

Rainer Prewo

Die alte Stadt als Erlebniskaufhaus?

„Stadt ist, wo die schönen Geschäfte sind.“
Hansmartin Decker-Hauff¹

1. Vorbemerkungen

Zur Aura alter Städte gehört ihre Kontinuität. Für ihre Bürger wie für Besucher sind sie wie Tresore bleibender und gültiger Werte, die die Flüchtigkeiten des Lebens mit einer festen, vertrauten Fassung gebauter Umwelt umgeben. Von diesen Qualitäten der „longue durée“ unserer alten Städte geht noch heute eine gerade Linie bis zum Selbstbewusstsein der Bürgerschaft und ihrer heimatlichen Identifikation mit der Stadt und dem ganzen Gemeinwesen. Ganz anders die durée der neueren Stadt-Diskurse. Sie lösen einander in kurzlebigen Konjunkturen ab, obwohl sie doch nur im Faszinosum der alten Städte ihren gemeinsamen Bezugspunkt, ihre intellektuelle Nahrung und den Stachel ihres demiurgischen, fortkonstruierenden Ehrgeizes finden. Von der Charta von Athen mit ihren Funktionstrennungen, die oft die Nachkriegsplanungen bestimmte, bald ergänzt durch die Parole der autogerechten Stadt, über die Bekehrung zum Denkmalschutz in den 1970er Jahren, fast parallel mit der Entgrenzung der Ränder und Außenbereiche durch Einkaufszentren und Konglomerate von Märkten, in den 1980er Jahren die Sehnsucht nach beruhigten, verkehrsfreien Innenstädten; in den 1990er dann der Schwanengesang auf die Innenstädte angesichts sichtbarer Schwächungs- und Verödungstendenzen. Und nun – eine anschwellende Kunde von der „Renaissance der Städte“. Freilich, es gibt viele Städte, und vieles ist daher möglich.

Nicht immer war deutlich, was an den wechselnden Begriffen und Szenarien normatives Leitbild, empirische Prognose, nostalgische Beschwörung oder Schreckensbild mit Warnfunktion sein sollte. In der Praxis fließt das ohnehin zusammen.² Wie gut, dass die alten Städte der Schnelllebigkeit der Stadtdiskurse doch ein wenig trotzen und mit der List der Vernunft (oder der Langsamkeit der Planungsverfahren) ein retardierendes Moment einbringen.

Das Niedergangsszenario der Innenstädte ist freilich nicht aus der Luft gegriffen. Die Auswanderung der Lebensmittelbranche fing vor über zwanzig Jahren an und

1 Festrede zur 1200-Jahr Feier der Stadt Nagold 1986.

2 Der Verfasser erlebte in der 1990er Jahren manche Stimmen in kommunalen Debatten, die es als verlorene Mühe und nostalgische Illusion bezeichneten, die Innenstadt zu stärken: Den „Kräften des Marktes“ (vermeintliche empirische Prognose) könne man sich nun einmal nicht entgegen stellen, besser richte man sich gleich auf neue Ziele aus.

ist inzwischen bis auf kleine Reste abgeschlossen.³ Investoren neuer Betriebe finden im Zentrum selten Flächen, die groß genug und logistisch geeignet sind. Obwohl der Gesamtumsatz des Handels zurück geht oder stagniert, setzt sich die Flächenausweitung fort, die daher nur in Außenbereichen stattfinden und effizient sein kann. Eine rabiate Nachfrage richtet sich auf autobahnahe Gewerbeparks oder andere städtisch nicht integrierte Lagen. Die eingesessenen inhabergeführten Fachbetriebe in den Städten haben, so scheint es, den schlechtesten Platz, sie verzeichnen die größten Umsatzrückgänge. Kein Wunder, dass sie mit Investitionen und Modernisierungen zögern. Im Stadtkern sinkt folglich die Qualität des Angebots. Zunächst füllen noch mancher Billigfilialist, Fastfoodladen oder manche Spielhalle die Lücken, langsam und merklich breiten sich Leerstände aus.⁴ Neben Discountern und Fachmärkten mit ihrem dürftigen Ambiente (doch genügend Parkplätzen) auf der grünen Wiese sind es die zunehmenden externen Erlebnis-Einkaufszentren, neuerdings auch um Möbeleinkaufswelten gruppiert, die, shop-in-shop, direkt die alten Zentren (meist mehrerer Städte der Umgebung) schwächen.

Die Stadtkerne verlieren damit die Fähigkeit, Kaufkraft an sich zu binden. Diese Fähigkeit hatte sie über Jahrhunderte geprägt, sie ist grundlegend für ihren Charakter als Zentren, und sie war (auch hier folgt Form der Funktion) die Basis des zentren-typischen Städtebaus. Wenn Hansmartin Decker-Hauff's Wort, dass Stadt dort ist, wo die schönen Geschäfte sind, zutrifft, dann ist der Verlust von Handel und Kaufkraft in den Städten der Verlust von Stadt.

Natürlich lässt sich die Entwicklung nicht allein durch planungsrechtliche Prohibition der grünen Wiese umkehren oder gar durch ihre Dämonisierung in der öffentlichen Rhetorik. Die Gründe liegen tiefer - in einem grundlegenden Wandel der ökonomischen Position der Städte. Früher, als der Verkehr zu Fuß, mit Fuhrwerken oder Postkutschen erfolgte, war die Stadt, in der die Verkehrswege zentral zusammen liefen, mit einer natürlichen Lagegunst gesegnet. Die Leute aus Stadt und Umland hatten keine Wahl, denn Mobilität war teuer und langsam. Um sich zu versorgen, musste man in das nächste Zentrum - zum Arzt, zur höheren Schule, zur Behörde, oft auch, um zu arbeiten, vor allem aber, um sich mit Gütern des laufenden und des besonderen Bedarfs zu

- 3 Die Stadt Nagold stellt, um die Entwicklung in den Außenbereichen zu stoppen und im Stadtkern einen Frequenz wahren Angebotsmix zu sichern, im Außenbereich grundsätzlich kein Planungsrecht mehr zur Verfügung. Wenn irgend möglich, sollten auch Handelsflächen für Lebensmittel entgegen dem Trend wieder in den Kern gesteuert werden. Es dauerte dennoch vier Jahre (1998-2002), bis für ein Brachgelände direkt am Stadtkern (ehemalige Brauerei) ein Investor gefunden wurde. Inzwischen ist das volle Lebensmittelsortiment wieder in der Innenstadt vorhanden.
- 4 Mieten und Grundstückspreise fungieren bei immobilien (Standort-)Gütern in Phasen des Niedergangs nicht ohne weiteres als marktwirtschaftliches Korrektiv. Wer würde schon bei sinkenden Mieten in einen Standort investieren? Damit erklärt sich, warum Eigentümer bei Wertverlust des Standorts versuchen, die Mieten hoch zu halten. Anpassungen erfolgen irgendwann ruckartig und überzogen, und es dauert lange bis eine Stabilisierung (auf niedrigerem Niveau) erreicht ist.



Abb. 1: Vorstadtplatz, früher Verkehrsknoten.



Abb. 2: Geöffnete Waldach, früher unter Betondeckel.

versorgen. Die Stadt, der die Rolle des ländlichen Zentrums zukam, hatte damit eine langfristig verlässliche Positionsrente durch ihre geographische Monopolstellung. Sie war überhaupt die ökonomische Basis des Aufstiegs der Städte und ihrer Verteilung im Raum. Das hat sich grundlegend gewandelt. Heute ist Mobilität technisch leicht, jedermann verfügbar und (im Vergleich) sehr billig. In der Folge wurden die Zentren einerseits verkehrsmäßig überlastet, andererseits austauschbar. Wer auf dem Land sein Auto startet, braucht nicht in das nächstgelegene Zentrum zu fahren. Seine Optionen sind zahlreich, einige Kilometer weiter oder in eine andere Richtung zu fahren, ist kein Problem. Man wendet sich dort hin, wo man (auch auf den Arbeitswegen) seinen Bedarf am besten decken kann, und das möglichst schnell und komfortabel. Damit verlieren die städtischen Zentren ihre sichere Klientel und ihren Standortvorteil. Sie müssen sich nun (wie andere Unternehmen im marktwirtschaftlichen Feld) im Wettbewerb

um die Gunst von Kunden und Besuchern (und selbst der eigenen Bürger) bemühen. Der Verkehr wird zum schwierigsten, und zweiseitigen Faktor der Entwicklung, als Grundlage der Erreichbarkeit und zugleich Achillesferse der Stadtqualität durch Lärm, Abgase und Gefahren. Staus und fehlende Parkplätze kommen oft hinzu und mindern beides, Erreichbarkeit und Komfort. Die Aufgabe gabelt sich in die gegensätzlichen Fragen: Wie viel Verkehr braucht die Stadt? Wie viel Verkehr verträgt die Stadt? Fällt die Antwort auf die erste Frage höher aus als auf die zweite, dann gibt es ein Problem.

Nagold stand vor diesem Dilemma und löste es durch eine Stadtführung, die eng um den Altstadtkern führt und dabei Parkieranlagen anbietet, die die Umfahrung über kurze Fußwege mit dem Altstadt- und Geschäftszentrum verbinden (Abb. 1). Die Umfahrung betont den Stadtkern, den sie gleichsam nachzeichnet und dabei verkehrsberuhigte Eingänge und Sichtbeziehungen in das Zentrum bietet. Die Stadtmitte selbst, nun vom Verkehr deutlich entlastet, konnte neue Aufenthaltsqualität gewinnen, indem öffentliche Räume – Straßenzüge, Plätze, Seitengassen – neu und freundlich gestaltet wurden, mit neuen Pflasterbelägen, durch Bewirtschaftungsflächen im öffentlichen Raum, durch Wasser (Brunnen und den geöffneten Flusslauf der Waldach) sowie ein neues Lichtkonzept. Mit dem neuen Omnibusbahnhof und dem Einkaufszentrum Waldachpassage auf dem Gelände der ehemaligen Gambrinusbrauerei hat sich das Geschäftszentrum nach Westen hin erweitert. Das Zentrum ist wieder zur Flaniermeile für Kunden und Besucher geworden. Der Handel investiert, Leerstände gibt es nicht, die Flächennachfrage übersteigt das Angebot.

2. Erlebniseinkauf: In der Stadt oder draußen?

Interessante Einsichten liefert gerade der vergleichende Blick zu den künstlichen Erlebniseinkaufs-Centern, den shopping malls. Sie werden oft nicht nur als Widersacher der Stadtkerne im Wettbewerb betrachtet (was sie zweifelsohne sind), sondern auch, der städtebaulichen Grundkonzeption nach, als deren konträrer Gegensatz - ja, als die Erscheinungsform einer bedenklichen „Amerikanisierung“, also einer Art Gegenkultur zur „europäischen Stadt“. Diese allzu einfache Auffassung verstellt die Erkenntnischancen, die ein nüchterner Vergleich bieten kann. Nicht mit einem glatten Gegensatz haben wir es zu tun, eher mit zwei etwas entfremdeten Brüdern.

Die erste shopping mall wurde 1954 bei Southdale, Minnesota, errichtet. Ihr Schöpfer war der Wiener Architekt Victor Gruen, der in der Nazizeit aus Österreich in die USA auswandern musste. Die Idee der shopping mall erläuterte er damit, dass er in Amerika ein Einkaufserlebnis wie in europäischen Innenstädten vermisste – Flanieren zwischen verschiedenen Geschäften in einem dichten öffentlichen Stadtraum. Genau das wollte er künstlich nachschaffen – die Mall als Kopie des europäischen Kleinstadtzentrums!



Abb. 3 und 4: Auch Wasser, Pflanzen und Events machen die Städte anziehend.

Drehen wir den Spieß dieses Vergleichs und Ideenexports „Stadtkern – Mall“ einfach logisch um und fragen: Was könnten denn europäische Städte von den erfolgreichen amerikanischen Malls lernen? Wäre es nicht verwunderlich, wenn die Imitation das Original gar nichts lehren könnte? Und nicht ebenso verwunderlich, wenn das Original bei ordentlicher Pflege seiner fundamentalen Vorzüge mit der Kopie nicht mindestens Schritt hielte? Ein (eher kleines) Stadtzentrum bietet nicht wie eine Mall dreißig oder vierzig Shops, sondern mindestens achtzig bis hundert Läden. Diese Läden stehen nicht nur in einem center-funktionalen Ergänzungsverhältnis zu einander, sondern im Wettbewerb - es gibt mehrere Bäcker, Metzger, Apotheken, Buchläden etc., was die Leistung steigert, die Preise zähmt und den Kunden Auswahl bietet. Dazu kommt in den Innenstädten die große Bandbreite der Gastronomie, ferner die Ärzte aller Fachrichtungen, weitere Dienstleistungen freier Berufe (Anwälte, Steuerberater etc.) und des Handwerks, und obendrein die öffentlichen Dienstleistungen (Rathaus, Bürgerbüro, Stadtbibliothek, Kindergärten, Schulen, Schwimmbad, Museum u.v.a.).

Und, nicht zuletzt, das städtische Ambiente selbst. Bei Merkmalen wie Sauberkeit und Sicherheit muss die Innenstadt freilich gleichziehen, könnte es aber auch bei entsprechenden Anstrengungen. In anderen Merkmalen wie: Architektur, Vielfalt der Bauformen, Schönheit, historische Tiefe (moderne Häuser neben Fachwerkbauten, Repräsentationsbauten, Kirchen, Rathaus, Stadtwohnungen über den Geschäften) und unverwechselbarer Stadtgrundriss, sind die gewachsenen Zentren weit überlegen. Während eine Mall nach 20 Jahren unansehnlich ist und völlig erneuert werden muss, wird in belebten Innenstädten ständig irgendwo renoviert, und nicht gleichzeitig überall und im Einheitsstil. Die Stadt lebt in einem kontinuierlichen Erneuerungsprozess, das hält sie dynamisch und spannungsreich. Städte sind wie gebaute Geschichtsbücher, und sie sind menschlicher durch ihre Unregelmäßigkeiten. Für Wasser, florale Installationen (Tageslicht!) und wechselnde Events (Sport, Musik, Straßentheater) bietet sie Platz. Und Städte sind, auch wenn sie (cum grano salis) Einkaufscenter sind, mehr, weil sie nicht nur Einkaufscenter sind. Städte müssen mit ihren schönen Geschäften schön sein (dürfen), auch im öffentlichen Raum.

Der Vergleich erlaubt es auch, die Handicaps der Stadtzentren schärfer ins Auge zu fassen: Flanierzonen in Malls sind frei von Autoverkehr und bieten daneben großzügige Parkieranlagen. Hier stellt sich die Frage, ob und wie die Stadt diese Handicaps beseitigen kann.

Als starker Vorteil von Einkaufscentern gegenüber Innenstädten zeigt sich, dass sie ein einheitliches Management aufweisen. Öffnungszeiten sind für die ganze Mall einheitlich und bindend, kein Shopkeeper kann ausscheren. Auch Gestaltungsstandards sind vorgegeben, gemeinsame PR- und Marketingaktionen, Programme und Medien der Kundenbindung sowie gemeinsame Serviceangebote sind üblich. Überall stecken, über den Mehrwert für die Kundschaft hinaus, Rationalisierungsreserven. All das könnte eine Innenstadt im Prinzip zwar auch,⁵ in der Praxis jedoch sind die Grenzen leider enger gezogen - die Grenzen gemeinsamen Handelns, die sich zugleich als Grenzen der Kundenfreundlichkeit erweisen (Öffnungszeiten!). Dennoch, Innenstädte können vieles. Ihre Handicaps könnte man bei genauem Hinsehen als unausgeschöpfte Reserven lesen. Wollen sie nicht weiter Boden verlieren, dann müssen sie sich einerseits an den Centern manches Beispiel nehmen und sich andererseits auf die Stärken besinnen, die ihnen unnachahmlich eigen sind.

5 In Nagold gab die Stadt einen Gestaltungsleitfaden für den Handel heraus, an dessen Einhaltung z.B. die Erlangung von Sondernutzungserlaubnissen (Nutzung von Außenflächen) gebunden ist. Außerdem wurde ein City-Verein gegründet, der sich indes noch schwer tut, Funktionen eines Center-Managements zu erfüllen.

3. Die Produktivität der investiven Denkmalpflege

„Er hat uns sehr viel abverlangt.
Aber wir mögen ihn jetzt sehr.“
*Nagolder Einzelhändler und Bauherr nach
Abschluss seines Sanierungsvorhabens
über den zuständigen Denkmalpfleger*

Zu den wichtigen Akteuren des Städtebaus in alten Stadtzentren, bei großen, kleinen und auch kleinsten Veränderungen, gehört der Denkmalschutz. Unter mancherlei denkwürdigen Erfahrungen im Interessenverhältnis von Denkmalschutz, Investoren und Kommunalpolitik scheint mir die paradoxeste: Der Denkmalschutz, der in diesem Verhältnis, seinem Auftrag gemäß, die am meisten wirtschaftsfremde Rolle spielt, führt schließlich fast immer zu einem städtebaulichen Ergebnis, das auch wirtschaftlich tragfähig, manchmal sogar sehr gut ist. Und dies nicht, weil er nachgibt, im Gegenteil, weil er auf seiner fachlichen Expertise besteht (die in der Regel auf stupendem Fachwissen beruht, das auch der betroffene Laie schätzen lernt) - freilich nicht dogmatisch. Denkmalpflege sichert nicht nur kulturelle, sondern auch wirtschaftliche Werte. Für unsere immobilen Standort-Güter, die unsere alten Städte sind, ist sie von höchster Produktivität. Dies im Ganzen so segensreiche Ergebnis führt indes oft nur über spannende und spannungsvolle, für alle Seiten manchmal auch frustrierende Dialoge.⁶ So muss es wohl sein, wenn auf schwierigem Terrain Gutes entstehen soll. An dieser gleichsam prästabilierten Ergebnisharmonie sollte man eigentlich nicht rühren. Dennoch erlaube ich mir ein paar Bemerkungen, die umso unschädlicher sein sollten, als sie sich, wo sie irrig sind, aus der vorsorglich eingestandenem Bornierung des Kommunalpolitikers selbst relativieren.

Denkmalschutz leidet manchmal unter einem „konservatorischen Selbstmissverständnis“. Konstitutive Voraussetzung seines Handelns ist nämlich die Veränderung (und zwar bewusste Veränderung, man könnte auch sagen, die kreative Zerstörung eines Bestands). Unhaltbar ist die Vorstellung, Denkmalschutz könne einen schutzbefohlenen Gegenstand statisch „schützen“, gleich einem verschlossenen Schatz, wie tote Käfer und Schmetterlinge in der Vitrine aufgespießt und still gestellt. Nur wenn einem Bestand Veränderung droht oder blüht, schlägt die Stunde der Denkmalpflege, und nur wenn die Veränderung stattfindet, kann sie mit ihrer Expertise in das Geschehen eingreifen. Denkmalpflege ist eigentlich „Regulierung und Qualitätssicherung von Veränderungen“.

6 Es gab auch in Nagold Fälle, in denen Investitionen unterblieben, weil „die Auflagen des Denkmalschutzes zu hoch waren“. Freilich war es in den mir bekannten Fällen letztlich doch nur ein zeitlicher Aufschub der Investition.



Abb. 5: Für Außennutzungen gilt ein städtischer Gestaltungsleitfaden.



Abb. 6: Die Alte Vogtei wurde privat aufwendig saniert und ist heute ein außergewöhnliches Schmuckgeschäft.

Da Städte sich fortwährend verändern müssen, kann die Bausubstanz trivialerweise nicht statisch bleiben. Gerade alte Städte sind so alt nur geworden, weil sie immer wieder (nicht zu oft, aber rechtzeitig) in den Jungbrunnen gestiegen sind. Verzicht auf Investitionen heißt schleichender Verfall, und das widerspricht dem Ziel der Bewahrung. Paradoxe Weise ruft der schleichende Verfall, die interventionslose Veränderung, den Denkmalschutz praktisch nicht auf den Plan. Wo nichts passiert außer der Entropie des Verfalls, wo kein Geschäft, keine Intervention, kein kreativer Zerstörungsimpuls vorliegt, findet der Denkmalschutz kein rechtes Betätigungsfeld (obwohl es viel zu schützen gäbe); er müsste den Impuls, gerade in Zeiten der Stagnation, sehnlich herbeiwünschen. Der zerstörende Investor ist sein Mäzen. Für den muss die Substanz zunächst interessant sein, im ökonomischen Sinn. Erst wenn ein

Bauherr die vorhandene Substanz zur Ressource seiner Absichten und seiner Wertschöpfung kürt – wenn man will: zugleich degradiert und erhebt – haucht er, eo ipso, dem Denkmalschutz das Leben ein. Dieser selbst kann den Bestand gar nicht schützen: Die Energie des Fortbestehens kann er ihm nicht wirklich zuführen. Das kann allein der verändernde Investor, indem er den sonst sterbenden Bestand als ökonomische Ressource behandelt.

Nicht nur gegenwärtige Veränderungen braucht der Denkmalschutz, um sein Recht und sein Reich zu behaupten. Der historische Bestand selbst verdankt sich der Veränderung. Die großen städtebaulichen Wertschöpfungen, das Schutzgut der Gegenwart, sind meistens aus oder mithilfe von Zerstörungen entstanden. Im Allgemeinen gilt sogar die Korrelation: Je dynamischer die Zeiten waren, umso mehr Zerstörung und Ersatz des Bestands und umso mehr Wertvolles, nun Schützenswertes, konnte entstehen. Wieviel weniger könnte die Denkmalpflege schützen, wenn es die rasante Gründerzeit nicht gegeben hätte? Nur wirtschaftliche Dynamik konnte die Überschüsse hervorbringen, die nötig sind, den Bestand abzuschreiben und abzurechnen, ihn durch neue Werte zu übertreffen. Von diesen Früchten der Zerstörung, je dynamischer, desto üppiger, nährt sich nun der Denkmalschutz.

Soweit er sich nur konservatorisch versteht, verkennt er - das ist sein blinder Fleck -, dass er prinzipiell nicht auf eigenem festem Boden, sondern nur auf dem Treibsand der wirtschaftlichen Dynamik stehen (oft mehr balancieren) und agieren kann. Von ihr allein kann ihm Kraft zuwachsen, ohne sie verkümmert er selbst.

Er braucht daher nicht nur den Investor, sondern (idealiter) den Investor mit überschüssiger Investitionskraft. Einen, der die in seiner Kalkulation werttragenden Funktionen seines Investments plus die Anforderungen des Denkmalschutzes finanziert.⁷ Investitionen sind nicht nur konstituierende Bedingung für das Eingreifen des Denkmalschutzes, sie lassen sich grundsätzlich auch nicht wirtschaftlich überfordern.⁸ Nur die gelingende Investition lässt auch den Denkmalschutz gelingen. Da der grundsätzlich ein Investitions-Additiv erfordert, wird er sich oft nur graduell durchsetzen können. Neben Fällen, in denen die alte Substanz ganz oder dominant gewahrt wird, stehen andere, die sich mit signifikanten Teilen, Reminiszenzen oder nur Zitaten begnügen müssen. Das scheint mir völlig in Ordnung, und: jede nach den Umständen gute Lösung hat Anspruch darauf, als Pflege des städtebaulichen Erbes zu gelten.

⁷ Einen solchen Idealfall erlebt gegenwärtig die Stadt Frankfurt am Main, indem der Neubau der Europäischen Zentralbank (hier sind die Überschüsse) durch Coop Himmelb(l)au die partielle Bewahrung des Elsässer-Baus der alten Großmarkthalle ermöglicht.

⁸ Außer etwa durch Betrug: Die Sanierungsorgien des Baulöwen Jürgen Schneider wären wirtschaftlich kaum darstellbar gewesen. So zeigt sich die konservatorische Bewahrung der Leipziger Mädlar-Passage als ein Fall von „private vices turn'd publick benefits“, wie Bernard de Mandeville es nannte.

Damit wird, scheint mir, der Denkmalschutz mehr zu einer Kunst, einer Diplomatie, einem athletischen Kampf jenseits reiner Lehre und positiver Wissenschaft.⁹ Woraus – betrachtet man die Ergebnisse – auch zu ersehen ist, wie groß die Leistung unserer Denkmalspfleger ist. In unserer Stadt haben sie Grandioses geleistet als Fachleute und Diplomaten der regulativen Begleitung von Investitionen – als Athleten des Qualitätsmanagements für unsere alte Stadt.

⁹ Das macht sie dann auch dem dritten Akteur, der Kommunalpolitik, ein wenig ähnlicher und erleichtert das Verständnis für sie.

Martin Richard

„Ab in die Mitte!“ – Die Altstadt als Event *Initiativen, Beispiele, Eindrücke*

1. Idee und Ziele

Im Frühjahr 1999 wurde die Aktion „Ab in die Mitte! – die City-Offensive NRW“ auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen, des dortigen Städtetages, der Landesarbeitsgemeinschaft, der Karstadt AG und der Kaufhof Warenhaus AG – ins Leben gerufen. Im Rahmen der Public Private Partnership wurde vereinbart, dass in ausgewählten Städten dieses Bundeslandes beispielhafte Aktionen zur Steigerung der Altstadt-Attraktivität initiiert und stattfinden können.

„Ab in die Mitte!“ betrat dabei auch inhaltlich Neuland: Wenn Kultur und Freizeit zu den ganz wichtigen Entwicklungsoptionen für die Innenstädte gehören, sollten sie auch in gemeinschaftlichen öffentlichen und privaten Aktionen gefördert werden.

Der Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen schlossen sich im Jahr 2003 die Länder Hessen und Niedersachsen und im Jahr 2004 Sachsen und Berlin an. Ziele dieser Innenstadtoffensive sind:

- Stärkung der kulturellen Identität der Städte
- Erhaltung der Multifunktionalität der Innenstädte
- Öffnung der Zentren für ein breites Besucherspektrum
- Vernetzung von Politik und Verwaltung mit Handel, Gastronomie und Kultur sowie
- Schaffung neuer Impulse für Erlebnisqualität und Verweildauer in der City.

2. Beispiele aus Hessen

Das Bundesland Hessen führt die Initiative „Ab in die Mitte!“ in jedem Jahr in Form eines Wettbewerbes durch. Dabei müssen die jeweiligen Kommunen sowohl die Idee als auch das Konzept verbunden mit einem Finanzierungsplan erarbeiten. Eine Jury – besetzt auch mit unabhängigen Fachleuten – bewertet die eingereichten Ideen und wählt jährlich eine unterschiedlich große Zahl von „Landessiegern“ aus, die im Rahmen einer „Eröffnungsveranstaltung“ ausgezeichnet werden und je nach Konzeption finanzielle Zuwendungen in unterschiedlicher Höhe bis zu 20.000 Euro erhalten. So konnten sich beispielsweise im Jahre 2005 insgesamt 15 Städte über den „Landessieg“ und die Förderung freuen. Einzelne Arbeitstitel wie zeigen beispielhaft die unterschiedliche Ausrichtung und die Vielfalt der Ideen:

- *Friedberg* leuchtet
- Innen – Gewinnen! Ab in die Mitte: Familien erobern *Marburg*
- *Frankfurt* Book Town
- *Hanau* in Gold – mein lieber Schwan
- *Kassel* – auf dem Weg zu einer kinder- und jugendfreundlichen Stadt
- Night Life in *Niddatal*
- *Büdingen* – zum Anbeißen gut oder
- Das blaue Band – *Limburg*

3. Eindrücke und Erfahrungen zu „Ab in die Mitte!“ in Limburg

Die Kreisstadt Limburg an der Lahn wurde in den vergangenen vier Jahren drei Mal als einer der Landessieger ausgewählt. Im Jahre 2003 mit dem Konzept „Stadt(r)t? Klar!“, 2005 mit dem Titel „Das blaue Band“, und 2006 erhielt das Motto „Grüne Wiese findet Innenstadt“ den Zuschlag.

Ziel der einzelnen Veranstaltungen war und ist es, durch Veranstaltungen die Innen- bzw. Altstadt stärker ins Bewusstsein der Bewohner der Stadt und der gesamten Region, aber auch der Besucher zu rücken. Daher wurden nur wenige „Events“ durch auswärtige Künstler gestaltet. Vielmehr haben sich Vereine, Verbände, Werbegemeinschaften, Einzelhandel und Stadtmarketing mit eigenen Initiativen selbst bzw. die Innen- und Altstadt dargestellt. Beispiele aus dem Jahre 2003 – „Stadt(r)t? Klar!“ waren ein Marktplatz der Begegnungen, ein Open-Air-Theaterfestival mit heimischen Laienspielgruppen, eine Klangkunstwerkstatt, die Einbindung von Kindern bei Kunst und Kinderkunst, um nur einige zu nennen.

Besonders hoch waren das Interesse und die Identifikation bei den Aktionen

- Schwebende Vereinswelt
- Offene Keller in der Altstadt
- Nacht der lebendigen Schaufenster

Bei der „Schwebenden Vereinswelt“ wurde Vereinen aller Bereiche ein einheitlicher Fahnenstoff zur Verfügung gestellt, der dann durch die jeweilige Gruppe nach eigenen Vorstellungen gestaltet werden sollte. Diese Fahnen konnten anschließend durch alle Teilnehmer in den Altstadtgassen präsentiert werden. Hierbei haben sich mehr als 60 Vereine beteiligt. Die Folge war eine hohe Identifikation der Mitglieder mit ihrem Banner und ein damit verbundener Besuch der Altstadt.

Auf Idee einer Werbegemeinschaft gestaltete diese gemeinsam mit der städtischen Denkmalpflege und dem Stadtmarketing einen Tag der „Offenen Keller“ in der Altstadt. Insgesamt zwölf größtenteils private Hauseigentümer öffneten ihre großen Gewölbekeller, in die interessierte Besucher durch Denkmalpfleger und Historiker gruppenweise geführt wurden. Die Besuche wurden durch kleine Ensembles der Kreismusikschule vor oder in den Kellern musikalisch umrahmt. Die Resonanz war

überwältigend. Viele Limburger haben in ihrer Altstadt vollkommen neue Blickwinkel kennen- und schätzen gelernt.

Bei der „Nacht der lebendigen Schaufenster“ handelte es sich nicht um einen verkaufsoffenen Abend. Vielmehr präsentierten sich die kleinen Fachgeschäfte der Altstadt durch einfache Ladenöffnung, Sketche und Pantomimen oder luden, wie z.B. eine Töpferwerkstatt, zum Mitgestalten ein. Ein ausreichendes gastronomisches Angebot fehlte ebenfalls nicht.

Höhepunkte von „Ab in die Mitte!“ im Jahre 2005 unter dem Titel „Das blaue Band“ – damit wurde ein Bezug zur Lahn und den Wasserflächen der Stadt hergestellt – waren eine Papierbootregatta, eine Fotoausstellung mit dem Titel „Stadt, Land, Fluss: Die Lahn von unten“ oder die „Summer Games“.

An der Papierbootregatta haben sich insgesamt zwölf Boote beteiligt, die durch Vereine, Jahrgänge, Jugendfeuerwehren, aber auch Unternehmen ausschließlich aus Pappe und Papier gestaltet wurden. Zunächst erfolgte eine „Schönheitsprämierung“ der teilnehmenden Boote, bevor sie dann nacheinander zu Wasser gelassen wurden, um nach Zeitnahme einen Parcours auf der Lahn schnellstmöglich zu bewältigen.

Die genannte Fotoausstellung wurde durch einen Limburger Fotografen gestaltet, der einen Einblick des gesamten Lahnbettes von der Quelle bis zur Mündung unterhalb und oberhalb der Wasserfläche präsentierte.

Bei den „Summer Games“ herrschte in der Bevölkerung zunächst große Verwunderung, als insgesamt 700 Tonnen Sand auf einen zentralen Platz der Innenstadt geschüttet und verteilt wurden. In der Nähe eines Brunnens mit entsprechender Wasserfläche bestand die Möglichkeit zu einem lebendigen Strandleben in oder außerhalb von Liegestühlen unter einer Palmenlandschaft. Benachbart fanden in einer Arena unter anderem Beachvolleyball und Beachsoccerturniere statt. Bei herrlichem Sonnenschein waren insgesamt 30.000 Besucher und Schaulustige an vier Veranstaltungstagen zu Gast. Diese Aktivität wurde fast ausschließlich durch Sponsoren finanziert.

Die Umsetzung des Konzeptes „Grüne Wiese findet Innenstadt“ im Jahre 2006 sieht die Gestaltung von temporären Grünzonen, das Auslegen von Rollrasen in der gesamten Stadt, Minigolf und Picknick mitten in der Stadt, eine Kuhparade, Caddy-Shopping, Golfabschlag usw. vor.

4. „Business Improvement District“ (BID)

Ergänzend zu dem Erfahrungsbericht „Ab in die Mitte!“ sei auf eine neue Initiative für die Innenstädte hingewiesen, nämlich auf „Business Improvement Districts“ oder „INGE“ (Gesetz zur Belebung und Steigerung der Attraktivität von Innenstädten), wie es in Hessen genannt wird. Diese Idee, mit Hilfe von „innerstädtischen Geschäfts- und Dienstleistungsquartieren“ die Stadtzentren zu beleben, stammt aus Nordamerika. Dort wurde seit Anfang der 1970er Jahre der Begriff der so genannten „Business Improvement Districts“ (BID) geprägt. In Kanada gibt es derzeit rund 300, in den USA rund

1.400 BIDs. Alleine in New York existieren über 40 innerstädtische Geschäftsquartiere mit einem Budget von fast 770 Mio. Dollar. Dabei können BIDs eine zentrale Rolle zur Positionierung im interkommunalen Wettbewerb oder zur Revitalisierung von Innenstädten und innenstadtnahen Standorten spielen. BIDs erscheinen ein geeignetes Mittel, um den vielfältigen Herausforderungen zeitgemäßer Stadtentwicklung zu begegnen. Dabei geht „Freiwilligkeit vor staatlichen Dirigismus“. Die Eigeninitiative von Gewerbetreibenden und Grundstückseigentümern wird mit solchen BIDs unterstützt und mit den gesetzlichen Möglichkeiten, die bisher in Hamburg und Hessen geschaffen worden sind, wird die Selbstverantwortung der Kommunen gestärkt. Dabei sollen alle diejenigen, die von einem BID profitieren, auch zu dessen Finanzierung beitragen, um das „Trittbrettfahrer-Syndrom“ zu verhindern. Die Realisierung des Gesetzes muss keine zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Städte bedeuten. Es kann aber Kommunen und Gewerbetreibenden die Möglichkeit eröffnen, aktiv zur Belebung der Innenstädte beizutragen. Dabei können sich in der praktischen Umsetzung interessierte Gewerbetreibende und Grundstückseigentümer zusammenschließen, um ein Geschäftsquartier zu gründen und einen Antrag mit Maßnahmen- und Finanzplanung sowie Gebietsabgrenzung zu erarbeiten. Beispiele können Gestaltungsmaßnahmen in bestimmten Bereichen, geeignete Marketingkonzepte, gewerbliche Aktivitäten, die Finanzierung von Beleuchtungsmaßnahmen, wie z.B. einer Weihnachtsbeleuchtung, oder die Durchführung weiterer Events sein. Vor der Antragsstellung an die jeweilige Kommune müssen wenigstens 15% aller Betroffenen (Hessisches Landesgesetz) zustimmen, bevor die jeweilige Stadt oder Gemeinde ein Anhörungs- und Abstimmungsverfahren einleitet. Widersprechen weniger als 25% aller Betroffenen der Idee, so wird ein Geschäftsquartier gegründet und vor der Durchführung der Maßnahme ein öffentlich-rechtlicher Vertrag mit der Kommune geschlossen.

5. Schlussbetrachtung

Durch die gravierende Verschlechterung der Finanzsituation von Bund, Ländern und Gemeinden stehen bereits jetzt und auch künftig immer weniger öffentliche Mittel zur Verfügung, um Stadtentwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen finanziell zu fördern. Der alleinige Ruf nach dem Staat hilft nicht mehr. Daher ist verstärkte Eigeninitiative der Betroffenen zur Belebung der Innen- und Altstädte erforderlich. Hierzu können Initiativen wie „Ab in die Mitte!“ oder die Bildung von „Business Improvement Districts“ (BID) einen wesentlichen Beitrag leisten. Ob diese Konzepte dauerhaften Erfolg beschieren, ist noch nicht absehbar. Dennoch zeigen die seitherigen positiven Ergebnisse, insbesondere von „Ab in die Mitte!“, dass die angestrebte Initialzündung rundum funktioniert. Bei den eingebundenen Beteiligten wurde die Erlebniswirkung verstärkt und ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt, wobei die Innen- und Altstädte wieder stärker ins Bewusstsein zahlreicher Menschen gerückt werden konnten.

Martin Klumpp

Alte Kirche – Zentrum oder Unterbrechung unserer Stadt?

Wider die Ökonomisierung unserer Gesellschaft

Ich beginne mit einer für mich einst spannungsvollen Geschichte. Vor etwa 20 Jahren gab es in Stuttgart den Streit um die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen. In Tübingen war die Stiftskirche von Sympathisanten besetzt, die die Aufhebung der „Isolationshaft“ erzwingen wollten.

Als Dekan in Stuttgart hatte ich vorsorglich angeordnet, dass der Turm der Stiftskirche in Stuttgart immer gut abgeschlossen bleiben sollte, so dass er nicht für das Aufhängen von Großtransparenten benutzt werden konnte. Außerdem sollte die Kirche im Falle einer Besetzung an allen Türen sofort geschlossen werden, so dass die Kirche für Fernsehkameras und Journalisten bei dieser Demonstration nicht zur Verfügung stünde. Der Kirchenraum sollte nicht in öffentlicher Inszenierung als Geisel genommen werden können.

Eines Tages rief mich der Gemeindepfarrer an, ich solle kommen, die Kirche sei besetzt, die Demonstranten seien innerhalb der Kirche, diese habe man abgeschlossen und außer der Polizei wäre bislang niemand informiert. Ich eilte etwas aufgeregt hin. Ein Polizist stand unauffällig in der Nähe des Haupteingangs. Ich kannte ihn. Er sagte: Die Polizei sei bereit, auch in der Kirche einzugreifen – aber nur, wenn ich das wollte. Mein Ziel war es, die Besetzung durch Gespräche ohne öffentlichkeitswirksame Parolen und Aktivitäten zu beenden. Die Verhandlungen gingen hin und her. Es gab immer wieder Vorschläge und neue Bedingungen. Die Kontakte wurden unterbrochen, weil die Besetzer unter sich beraten mussten, ehe wir erneut über Bedingungen sprachen.

Nach vier Stunden sagten die Besetzer, sie seien zum Abzug bereit, wenn wir es zuließen, dass ihre großflächigen Transparente mit Parolen übers Wochenende auch im Kirchenraum aufgehängt werden dürften. Kirche als Event – Ort für revolutionäre Aktivität. Sollten wir darauf eingehen und dadurch eine schiedlich-friedliche Einigung erreichen? So war es in einigen anderen Städten geschehen.

Ich ging nach reiflicher Überlegung auf diese Verlockung nicht ein, weil ich mich schon damals mit der soziologischen Problematik unserer Innenstädte befasst hatte. Ich sagte: Leute, die ganze Stadt ist ein institutionalisierter Markt von Meinungen, von Produkten, von Parolen, von Gewinn und Verlust. Die Innenstadt als offizielles Forum eines Wettbewerbs aller gegen alle – das ist noch nicht verwerflich. Kennzeichen von Kirche aber ist, dass genau dies hier unterbrochen wird, dass genau dieser

ökonomisierte und ideologisierte Wettbewerb hier nicht stattfände. Hier läge die Bibel auf dem Altar. Jeder Gottesdienst beginne mit den Worten „Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes“. Hier könne es nicht um all die politischen, ideologischen, ökonomischen Werbeparolen gehen, sondern nur um das eine Wort Gottes; alles andere müsse sich genau hier in Frage stellen lassen. Das gehöre zum Wesen des Kirchenraums. Draußen würde die Kirche durchaus für Arme, Benachteiligte und an den Rand Gedrängte Partei ergreifen.

Es hat mich tief bewegt, dass diese Argumentation von den Besetzern verstanden und akzeptiert wurde. Nach einer weiteren spannungsvollen Stunde wurde vereinbart, dass ich als Geistlicher mich an den Justizminister des Landes, dessen Dienstsitz direkt neben der Stiftskirche liegt, wende und ihm die Einwände und Beschwerden von Angehörigen und Sympathisanten wegen der Haftbedingungen vortrage. Man vertraute mir sogar, dass ich dies allein und ohne Aufpasser machen könnte. Eine solche seelsorgerliche Funktion schien mir angemessen. Vereinbart wurde, dass ich den Vertretern der Gruppe mitteilte, ob ich dort war oder nicht.

Im Folgenden will ich zunächst etwas sagen über die Situation der Innenstädte, danach etwas über die Situation des postmodernen Menschen, um davon ausgehend etwas über die alten Kirchen in den Innenstädten zu sagen.

1. Die veränderte Situation der alten Innenstädte.

Etwa um die gleiche Zeit der soeben erzählten Geschichte wandten sich die wenigen verbliebenen Bewohner einer alten Innenstadtstraße (Calwer Straße) an den damaligen Oberbürgermeister. Sie hielten den Lärm der Straßengastronomie nicht mehr aus, noch weniger die dauernden Sondergenehmigungen für die vielen Events, mit denen die alte Innenstadt belebt werden sollte. Die Auskunft im Rathaus war, da wohne man ja auch nicht mehr.

Mehr als acht Jahre wohnte ich als Pfarrer direkt in der Innenstadt. Nach diesen Erfahrungen beschreibe ich folgende Befunde:

- Die alten Innenstädte der Großstädte werden von Citymanagern und Verbandsfunktionären des Einzelhandels – teilweise mit kommunaler Unterstützung – so mit Events belebt und bepflanzt, dass die alte Wohnbevölkerung flieht.
- Die Innenstädte kleinerer Städte, die marktmäßig nicht so Gewinn verheißend sind, werden zu Ghettos unterprivilegierter Schichten, die wenig Miete zahlen können und in teilweise verwahrlosten Häusern zufrieden sind.
- Dort, wo durch Innenstadtsanierungen teurer Wohnraum entsteht, sehen wir kaum Familien; eher Alleinstehende, die die völlige Anonymität suchen, die sie bisweilen später auch erleiden.
- Es gibt auch zunehmend Zweitwohnungen, damit man über die Woche oder nach Abendveranstaltungen – neben der Villa auf dem Lande – noch eine Absteige hat.

- Viele Singles, die in der Stadt wohnen, verlassen diese nach Dienstschluss am Freitag, um das Wochenende „zu Hause“ zu verbringen.

Wer auf Innenstadtsanierungen stolz ist, sollte fünf Jahre danach die entstandene Bevölkerungsstruktur ungeschminkt und kritisch analysieren. Das Ergebnis wäre: Eine Bürgerschaft, die sich vor Ort mit „ihrer Stadt“ identifiziert, die hier bürgerliche Kommunikation und entsprechendes Engagement entwickelt, gibt es kaum. Die Fachwerkhäuser werden zur romantischen Kulisse einer Kauf-Eventzone, in der eine nicht mehr vorhandene Heimatlichkeit vorgespielt wird. Mit Hilfe eines von Handelsverbänden inszenierten Martinsritts kann man die weihnachtliche Glühweinsaison schon vor Mitte November beginnen lassen. Die Weihnachtsmarktbesucher wollen, dass die alten Innenstadtkirchen perfekt beleuchtet werden. Zusätzlich wichtig ist Ihnen, dass durch eine Innenraumbeleuchtung die farbigen Fenster nach außen hell erstrahlen. Der Adventskalendereffekt ist gut fürs Geschäft. Kirche und Innenstadt werden zum Marketingobjekt.

Die Bewohner der Innenstädte fliehen ihre Straßen noch mehr, wenn die Nächte der geöffneten Geschäfte zelebriert werden. Und zum Jahresende berichten die Einzelhandelsverbände erneut, dass sich die gesamten Jahresumsätze trotz all dieser Events leider wieder nicht erhöhten. Innenstadt als Ghetto oder als volksfestartige Belustigungszone. Wir kennen die Prinzipien der „Athener Charta“ von 1936, nach der die Städte in verschiedene Funktionszonen aufgeteilt werden. Die damit entstehenden Probleme sind bis heute nicht zu Ende diskutiert. Eine kommunale Infrastruktur, die von einer kommunikativen Einwohnerschaft geprägt wird, geht in diesen Eventzonen verloren.

Wir sollten auch kritisch fragen, was mit alter Bausubstanz geschieht, wenn sie zwar erhalten bleibt, dabei aber zum Versatzstück einer einseitig kommerzialisierten Nutzung umfunktioniert werden. Die Bürger wohnen nicht in diesen Innenstädten, sie sind nur noch deren Konsumenten oder „Besucher“.

2. Der postmoderne Mensch.

Aus der Not der „Unbehaustheit“, die bis in die 1970er Jahre beklagt wurde, hat der postmoderne Mensch eine Tugend gemacht. Die Pluralisierung des Wertedenkens, dass es keine Sinnmonopole mehr gibt, wird als Freiheit zur Unverbindlichkeit gepriesen. Der Siegeszug vernünftig-rationalen Denkens in Wissenschaft und Ökonomie wird als Erfolgsrezept verstanden. Die Auflösung der Nachbarschaftlichkeit und das Recht zur Individualisierung erzeugen eine Segmentierung der Gesellschaft, in der zwischenmenschliche Kommunikation und Geselligkeit fast nur noch unter Gleichgesinnten stattfindet. Die Eigengesetzlichkeit der unterschiedlichen Lebensbereiche und Bezugssysteme, in denen wir leben, führt zu einer inneren Pluralisierung der Welten,

in denen Menschen leben – d.h. wir leben gleichzeitig in verschiedenen Wirklichkeiten und haben gelernt, uns in dieser inneren Vielfalt wohl zu fühlen.

Unterhalb dieser managerartig inszenierten Wohlfühl- und Kaufkultur lauert aber in sehr vielen Menschen eine Schicht von Angst und Misstrauen gegen alle Großorganisationen in unserer Gesellschaft: Ist die globalisierte Wirtschaft in der Lage, sozial gerechte Strukturen zu ermöglichen? Sind die Systeme von Verkehr, Fortschritt und Wissenschaft umsichtig genug, für die Bewahrung der Schöpfung zu sorgen? Wovon sollen unsere Kinder leben, wenn sie alt sind? Wohin steuert die Konfrontation der Kulturen und Interessensphären? Wie werde ich psychisch zurechtkommen, wenn die Fassade meines Könnens und Leistens zerbricht? Die einseitige Rationalisierung aller Lebensbereiche drückt solche Gefühle in den Untergrund, unter den schönen Schein dauernden Gelingens.

Viele Menschen fühlen sich in ihren emotionalen Fähigkeiten unterentwickelt und haben große Schwierigkeiten, mit den Grenzerfahrungen in ihrem Leben umzugehen. Wie sollen sie auch, wenn die Gesellschaft ihre Städte zum Schöne-Welt-Paradies aufputzt, als ob es keine Schattenseite gäbe? Als Selbsthilfe schließen sich viele Menschen Bewegungen an, in denen sie auch mit ihren emotionalen Fähigkeiten gefragt sind, z.B. Hospizgruppen, Selbsterfahrung oder in Gruppen mit religiöser Spiritualität. Der Philosoph Jürgen Habermas redet deshalb von der „postsäkularen Gesellschaft“. Der Mensch ist viel religiöser als die Menschenplaner dachten. Könnte es nicht sein, dass große Teile der Bevölkerung dieser säkularisierten und einseitig kommerzialisierten Eventkultur schon überdrüssig sind?

3. Die Kirche in der alten Stadt

Vielleicht staunen Sie über das Ergebnis: Die Kirchen sind so gefragt und belebt wie lange nicht mehr. Nicht alle Kirchen – wohl aber die Innenstadtkirchen. Allerdings hat sich ihre Nutzung ganz stark verändert. Die Stuttgarter Stiftskirche wird täglich von mehr als 2.000 Menschen aufgesucht.

Wo die ganze Innenstadt zu einem dichten Markt an Meinungen, an Parolen, an Waren, an Gelenktheit und Geplantheit wird, wo jede Hausgestaltung und jede Straßenecke davon dominiert wird, wo eine wunderbare Welt vorgespielt wird, hinter deren Fassaden kaum einer wohnen will, wo Menschen mit den Schattenseiten der Individualisierung, der Ökonomisierung, der Anonymisierung allein gelassen sind, da wird die Kirche zum heilsamen Ort der Unterbrechung, in der Menschen zu sich selber kommen wollen. Da gewinnen Symbole der Kunst, der Musik und Liturgie neue Bedeutung. Die Bibel auf dem Altar, die brennende Kerze, das wertvolle Kreuzigungsbild, die Ruhe und Vornehmheit des sakralen Raumes und der Klang der Orgel sprechen an:

nicht aufdringlich, sondern Offenheit gewährend; nicht manipulativ, sondern Suche erlaubend; nicht bedrohend, sondern Sensibilität gewährend, nicht unverbindlich, sondern Gewissheit verheißend; nicht nur künstlich und spaßig, sondern Trauer und Freude erlaubend.

So wie die Innenstadt Esslingen ohne die Sichtpunkte der drei alten Kirchen eher eine Ansammlung alter Häuser wäre, so wird der Kirchen-Innenraum zu einer Zone der Suche nach dem Boden, nach der Freiheit, nach Angenommensein, nach Rechenschaft über sich selbst und nach Umkehrmöglichkeit des Lebens.

In den Innenstädten kehren wir wieder zurück zum bewusst sakralen Raum. Das Beste an Kunst ist gerade gut genug. Doch müssen wir aufpassen, dass die Kunst in den Kirchen nicht einfach nur eine museale Funktion bekommt. In der Begegnung mit ihr öffnen sich die Tiefenschichten des Menschen, so dass in dieser Konfrontation Menschen zu sich und zu dem, der ganz anders ist, finden; dass Menschen in die Tiefe und über sich hinaus, in das ihnen Fremde hinein sich öffnen.

Deshalb ist es richtig und angemessen, dass sich im Raum der Kirche gute Kunst aus ganz verschiedenen Phasen und Jahrhunderten begegnet. Dazu gehört auch ganz bewusst die Kunst unserer Zeit, die genauso in die Kirche gehört. Wir dürfen die Kunst in der Kirche nicht begrenzen auf das, was bestimmte Schichten für „kirchlich“ halten.

Manchmal halte ich mich auch längere Zeit in Innenstadtkirchen auf, um zu sehen, was hier geschieht: eine große Ökumene, Menschen aus verschiedenen Konfessionen und Kulturen auf der Suche nach dem Göttlichen; ein Raum, in den sie ihre ganze Angst und sehr viel Leid hineinbringen. Die Kirche tut gut daran, wenn sie sich gerade in den alten Kirchen ganz auf das Wort konzentriert als Hilfe für Menschen, die von den vielen lauten Worten unserer Zeit zugedeckt werden. Gerade in ihrer Unzeitgemäßheit sind die Kirchen heute zeitgemäß.

Zu diesen Symbolen, die den Menschen heute Raum zum Atmen, Freiheit zu Tränen, Kraft zum Hoffen, Mut zur Umkehr geben, gehört auch die Musik. Es gibt eine Rückkehr aus den Konzertsälen in die alten Kirchen, wo der Raum zum Hören hilft – gerade in der Konzentration des sakralen Raumes.

Die Kirchen zeigen Spuren von Heil in einer unheilen Welt. Das war schon immer so, und wird auch so bleiben. Daher haben die Kirchen mit diesen Räumen eine riesige Verantwortung.

Wir können die Welle der Ökonomisierung des ganzen Lebens nicht abschaffen, Aber wir können sie wenigstens unterbrechen und relativieren, zeigen, dass sie nicht das allein Maßgebende sein kann.

Avantgarde des Stadtumbaus? Neueste Projekte aus Barcelona

Barcelona wurde spätestens mit den Olympischen Spielen 1992 zu einem international beachteten Schauplatz des postindustriellen Stadtumbaus. Die Öffnung der Stadt zum Meer und die Gestaltung öffentlicher Räume fanden weltweite Resonanz, Fachzeitschriften widmeten sich intensiv der Stadt, ihre Umbaupolitik wurde gelobt, ausgezeichnet und nachgeahmt. Mittlerweile scheint Barcelona, zumindest auf den ersten Blick, die Staffel an andere Städte weiter gegeben zu haben. Jedoch sind die aktuellen Umbaumaßnahmen die weitreichendsten, die seit Ende der Diktatur durchgeführt wurden. In den letzten fünfzehn Jahren haben sich die Touristenzahlen in der Stadt vervielfacht, und die internationalen Investitionen sind stetig gestiegen.¹ Die ökonomische Entwicklung wird von drastischen räumlichen Veränderungen begleitet, die nicht nur Folge, sondern häufig auch deren Motor sind. Die Wirkungen der städtebaulichen Aufwertung auf den sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandel stellen den eigentlichen Kern des „Barcelona-Modells“ dar. Zwei Umbauprojekte sind besonders geeignet, die Kernfragen und Probleme der aktuellen Stadtpolitik zu verdeutlichen: Die erneuerte Altstadt gewann ihre zentrale Rolle in der Stadt zurück und fungiert wirtschaftlich als touristischer Magnet. Östlich der Altstadt präsentiert sich der heute zentral gelegene, ehemalige Industriestandort Poblenou als Bühne des Strukturwandels, auf der sich die Dienstleistungsproduktion im 22@Barcelona-Gebiet entfalten soll. Damit scheint die Rolle der beiden zentralen Stadtteile strategisch aufgeteilt zu sein. In der Altstadt wie in Poblenou stellt sich allerdings die Frage des Umgangs mit dem (städte-)baulichen Bestand – dem vorindustriellen bzw. industriegesellschaftlichen Erbe. Eine stark auf Abriss orientierte Politik wird vom Widerstand der Bewohner begleitet, die den mangelnden Respekt gegenüber diesem Erbe, aber auch die ungenügende Beteiligung und die Umbauziele kritisieren.

1 Das Bruttoinlandprodukt pro Kopf stieg zwischen 1996 und 2005 von 83% des europäischen Durchschnitts auf 115%. Die ausländischen Investitionen wuchsen zwischen 2004 und 2005 um 25%. Die Zahl der internationalen Flughafengäste betrug 1992 nur 1 Mio., 2005 dagegen über 27 Mio. Die Zahl der Touristen hat von 1,9 Mio. im Jahr 1992 auf 5 Mio. im Jahr 2005 zugenommen. Die niedrigste Einwohnerzahl der letzten Jahre wurde mit 1,5 Mio. im Jahr 2000 gezählt. Bis 2005 wuchs die Stadt um 100.000 Einwohner.

1. Stadtbaugeschichte

Die Stadtstruktur Barcelonas lässt drei bedeutende Wachstumsperioden erkennen. Den Kern bildet die Altstadt, Ergebnis der mittelalterlichen Blüte der Stadt. Diese wird durch das im 19. Jahrhundert regelmäßig angelegte Stadterweiterungsgebiet umgeben. In den 1960er Jahren erfolgte das stärkste demographische Wachstum der Stadt, und an der Peripherie entstanden Schlafstädte und spekulativer Wohnungsbau.

Die lange Geschichte Barcelonas begann ca. 15 v.Chr. mit der Gründung der römischen Kolonie *Barcino*.² Im 11. Jahrhundert wurde Barcelona Hauptstadt des Königreiches Katalonien. Damit verwandelte sich die Stadt zu einem mittelalterlichen Handels- und Militärzentrum eines wachsenden Reiches, das in prächtigen Bauten wie der Kirche Santa Maria del Mar oder den Werften noch zu heute erahnen ist. Das im 13. Jahrhundert durch eine Mauer befestigte Stadtgebiet wurde ab 1350 durch eine ebensogroße Fläche erweitert, doch der so entstandene Stadtteil Raval sollte mehrere Jahrhunderte nahezu un bebaut bleiben. Denn beim Zusammenschluss Kataloniens mit Kastilien verlor Barcelona seine Bedeutung als Hauptstadt und Handelszentrum.

Die frühe Industrialisierung Barcelonas führte zu einer zweiten Blütezeit der Stadt, die 1859 in dem von Ildefons Cerdà vorgelegten, berühmten Stadterweiterungsplan ihren städtebaulichen Ausdruck fand. Doch die Missbilligung dieses von Madrid durchgesetzten Plans seitens der städtischen Elite und die enorme Spekulation ließen das Stadterweiterungsprojekt nur verzerrt zur Ausführung kommen. Die Fabrikanlagen prägten insbesondere den Stadtteil Poblenou im Osten. Mit dem Fortzug der besser gestellten Schichten in die Stadterweiterung verwandelte sich die alte Stadt in einen Ort der Armut, der Immigration und des Verbrechens. Erst in den 1930er Jahren wurde Barcelona eine Millionenstadt. Der Plan für das Neue Barcelona (1930-1934) der Grupo de Arquitectos y Técnicos Catalanes para el Progreso de la Arquitectura Contemporánea (GATCPAC) unter Führung von Josep Lluís Sert in Zusammenarbeit mit Le Corbusier versuchte, den neuen Anforderungen der Großstadt gerecht zu werden. Doch die Entwicklung der architektonischen Moderne fand mit dem Bürgerkrieg (1936-1939) ihr vorläufiges Ende.

Während der Diktatur wurde Barcelona städtebaulich vernachlässigt. Zentralistische Bestrebungen und die Diskriminierung der katalanischen Kultur seitens des Regimes führten die Stadt in eine tiefe Krise. Trotzdem blieb Barcelona eine der Industriehochburgen Spaniens und war in den 1960er Jahren Hauptziel der Binnenmigration. Wo einst Slums waren, mehrheitlich im Osten der Stadt, wurden große Schlafstädte errichtet. Ihre Bauqualität und Ausstattung mit Gemeinbedarfseinrichtungen und öffentlichen Anlagen waren äußerst mangelhaft. Alle Pläne, die das gewaltige Wachstum der Stadt steuern sollten, wurden so stark von privaten Interessen

2 Zur Stadtbaugeschichte Barcelonas vgl. *J. Busquets*, Barcelona – the urban evolution of a compact city, Rovereto 2005.



Abb. 1: Ansicht von Barcelona um 1550, Daniël Meisner. Vor der mittelalterlichen Stadt ist - eingemauert, aber noch nicht bebaut - der Stadtteil Raval zu erkennen (Quelle: M. Galera u.a., Atlas de Barcelona (Siglos XVI-XX), Barcelona 1972, S. 40).

beeinflusst, dass ihre Verwirklichung vor allem dem Gewinn weniger Regimetreuer diene. Dies änderte sich mit dem Generalbebauungsplan³ von 1976. Dieser bis heute gültige Plan wurde nach Ende der Diktatur Grundlage der neuen Stadtumbaupolitik. Mit dem Tod Francos 1975 begann für Barcelona eine neue Blütezeit, die bis heute anhält.

Als oppositionelle Architekten sich an der ersten demokratischen Stadtregierung beteiligten und Oriol Bohigas die Leitung der Stadtplanung übernahm, war es vorrangiges Ziel, die vernachlässigten Stadtteile mit den dringend erforderlichen Einrichtungen auszustatten. Die durch den Umbruch niedrigen Grundstückspreise wurden genutzt, um Boden für Parks zu erwerben und historische, identifikationsstiftende Gebäude in Einrichtungen des Gemeinbedarfs umzuwandeln. Diese Strategie zielte darauf, durch die Aufwertung ausgesuchter öffentlicher Räume eine positive Entwicklung der umliegenden Gebiete anzustoßen. Kurz zuvor setzte eine Kritik an der Stadtvision der Moderne ein, und bald wurde klar, dass sich Barcelona zwar in einem schlechten Zustand befand, die Grundlage der vormodernen, angesehenen europäischen Stadt jedoch noch gut erkennbar war. Die lange hinsichtlich ihrer Bedeutung ignorierte

³ Der Plan General Metropolità wurde seit 1974 erarbeitet und 1976, nach dem Ende der Diktatur, genehmigt. Dieser sehr detaillierte Plan beinhaltete die Ebenen der Flächennutzungsplanung wie der Bebauungsplanung. Das Planungsgebiet umfasste neben Barcelona 26 weitere Gemeinden.

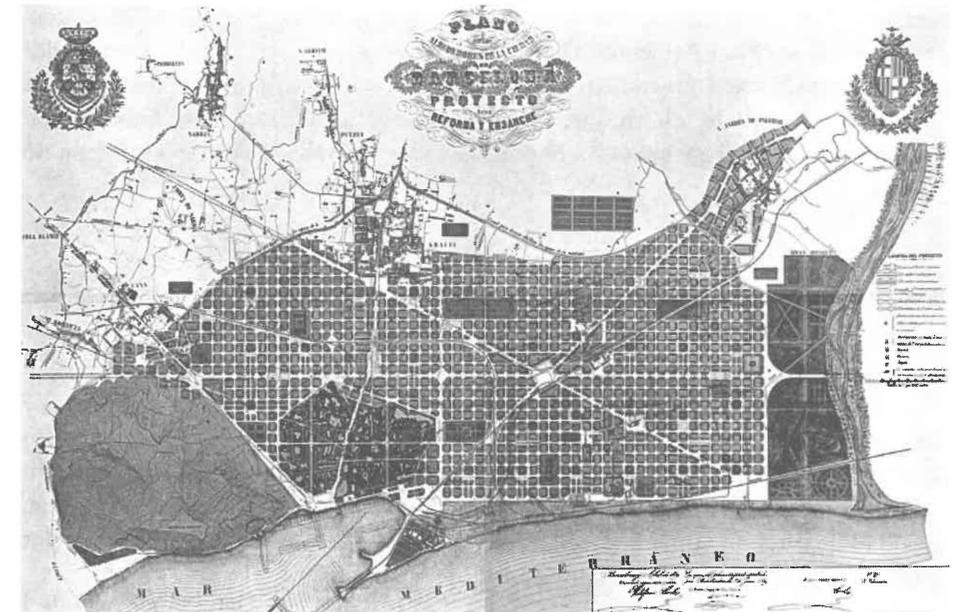


Abb. 2: Plan von Ildefonso Cerdà für die Erweiterung Barcelonas 1859. Im Osten der regelmäßigen Erweiterung erstreckt sich ein gewaltiger viereckiger Platz (heute Plaza de las Glorias), das geplante neue Zentrum der Stadt. Durch die Altstadt werden drei Straßen durchbrochen (Quelle: M. Galera u.a. (s. Abb. 1), S. 192).

Stadterweiterung von Cerdà wurde rehabilitiert, und erste Sanierungsprogramme begannen. Noch schien Konsens zu herrschen über den behutsamen Umgang mit den baulichen Zeugnissen der Geschichte.

1984 begann mit dem neuen Leiter der Stadtplanung Joan Busquets eine zweite Phase des Stadumbaues, die umfangreiche Pläne auf gesamtstädtischer Ebene vorsah. Als zwei Jahre später Barcelona als Austragungsort der Olympischen Spiele von 1992 nominiert wurde, erhielten vier Stadtgebiete besondere Aufmerksamkeit als olympische Standorte. Der Erfolg der Spiele übertraf alle Erwartungen. Zwar gab es nach dem internationalen Großereignis eine kurze Immobilien- und Haushaltskrise, aber die Stadt hatte es geschafft, der Welt ein ausgezeichnetes Bild von Barcelona zu vermitteln, das Tourismus und Investitionen anlockte.

Die dritte Phase des Umbaus Barcelonas setzte 1997 ein. Die Ergebnisse der in den 1980er Jahren eingeleiteten Altstadterneuerung waren nun unübersehbar. Das Vorzeigeprojekt im Westen der Altstadt, die Rambla del Raval, wurde 2000 fertig gestellt, während die spektakuläre Markthalle des Viertels Santa Caterina, im östlichen Stadtteil Casc Antic, 2005 neu eröffnet werden konnte. Die Ansiedlung von

neuen Produktionsbranchen konzentriert sich auf das Umbaugebiet „22@Barcelona“ im östlichen Stadtteil Poblenou. Der Plan 22@Barcelona zielt auf den Umbau der größten verbliebenen innerstädtischen Industriezone, die durch drei strategische Standorte gefasst wird: die riesige, bis heute ungeordnete Plaza de las Glorias, den Hochgeschwindigkeitsbahnhof La Sagrera und das Gelände des heutigen Fórum de las Culturas.⁴

2. Umbau und Aufwertung der Altstadt

Die Altstadt bildet bis heute als politisches Herz und touristisches Ziel das unumstrittene Zentrum Barcelonas und setzt sich aus drei unterschiedlichen Stadtteilen zusammen. Im Gotischen Viertel befinden sich, neben dem Hauptplatz an der Stelle des römischen Forums, die Kathedrale und die meisten Sehenswürdigkeiten. Begrenzt wird es durch die berühmten Ramblas und die Via Layetana. Östlich davon, im Stadtteil Casc Antic, breiteten sich die mittelalterlichen Vorstädte aus, unter anderen das Viertel Santa Caterina. Auf der westlichen Seite der Ramblas erstreckt sich der Stadtteil Raval.

Ildefons Cerdà plante für die Altstadt 1859 lediglich den Durchbruch von drei Straßen. Zwei davon verliefen parallel zu den Ramblas, als Verbindung der neuen Stadtteile mit dem Hafen, während die dritte rechtwinklig dazu geplant war. Die ab 1908 durchgebrochene Via Layetana ist die einzige der drei geplanten Straßen, die tatsächlich zur Ausführung kam. Das Casc Antic verlor durch die damit verbundene Isolierung von der restlichen Altstadt an Bedeutung. Die anderen von Cerdà vorgesehenen Straßendurchbrüche wurden von den meisten späteren Plänen übernommen, die der Erneuerung der Altstadt gewidmet waren.⁵ Selbst der Generalbebauungsplan 1976 setzte die Straßendurchbruchsplanung fort.

Als die erste demokratische Gemeinderregierung die Erneuerung der Altstadt in Angriff nahm, traf sie auf gewaltige Missstände.⁶ In der Altstadt war und ist die Bevölkerung durchschnittlich älter, der Anteil an Immigranten sowie die Analphabetisierungs- und Arbeitslosenquote höher als in jedem anderen Bezirk. Einwohner mit HIV oder Tuberkulose sind hier vier- bzw. sechsmal häufiger als in der restlichen Stadt vertreten. Insgesamt stellt die Altstadt einen der ärmsten Bezirke mit hoher Kriminalitätsrate dar. Zusätzlich sind Wohnfolgeeinrichtungen und Grünanlagen kaum vorhanden. Ziel der 1980 eingeleiteten Sanierung war es, die Lebensqualität in der

4 Darüber hinaus wurden im Westen der Stadt die Erweiterung des Flughafens wie des Hafens sowie die Errichtung eines neuen modernen Messegeländes geplant.

5 Nur der Plan der GATCPAC 1934 wich davon ab. Er schlug den Abriss von Altbauten in ausgewählten Blöcken sowie Grünanlagen und soziale Einrichtungen vor. Eine Übersicht der Pläne befindet sich in: *J. Busquets, The old town from Barcelona – a past with a future, Barcelona 2004.*

6 Vgl. *M. Abella, Ciutat Vella – el centre històric reviscolat, Barcelona 2004, S. 29-40.*

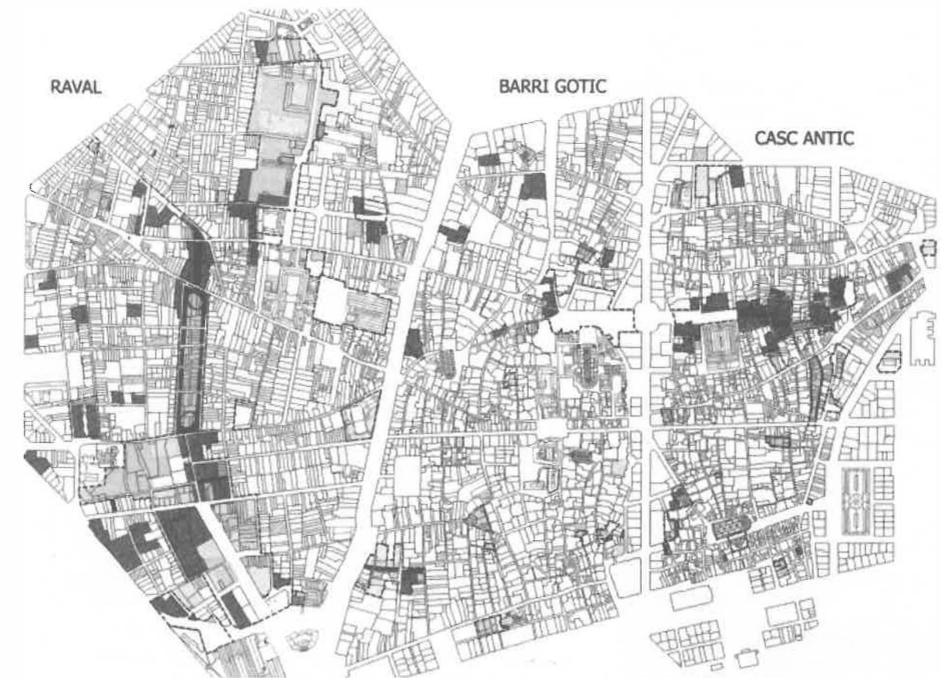


Abb. 3: Plan der Altstadt mit Kennzeichnung der Sanierungsgebiete. Vertikal verlaufend ist im Westen die neue Rambla del Raval zu erkennen. Die dunkleren Bereiche im östlichen Casc Antic zeigen den Umbau im Gebiet der Markthalle Santa Caterina (Quelle: *J. Busquets, The old town of Barcelona – a past with a future, Barcelona 2004, S. 97.*)

Altstadt zu verbessern, aber zugleich den Verbleib der Bewohner in ihrem Stadtteil zu sichern und zudem den historischen Kern als Zentrum für die gesamte Stadt zurückzugewinnen, also aufzuwerten. Jeweils ein Architektenbüro wurde einem Stadtteil zugeteilt, für die „Spezielle Erneuerungspläne“ (PERI) erstellt werden sollten.⁷ Diese Pläne sollten den Generalbebauungsplan konkretisieren und gegebenenfalls modifizieren und mussten von der Landesregierung genehmigt werden. Die Altstadt wurde jedoch weder vollständig noch teilweise als Denkmalsbereich ausgewiesen.

Die Bereiche, in denen Erneuerungsmaßnahmen am meisten zu spüren sind, sind der Stadtteil Raval und das Viertel Santa Caterina, im Stadtteil Casc Antic. Diese Stadtteile haben eine Fläche von 110 und 113 Hektar⁸ bei einer Gesamtfläche der Altstadt von 386 Hektar. In beiden Gebieten waren ein großflächiger Kahlschlag von

7 Nur für das Gotische Viertel war kein umfangreicher Plan notwendig.

8 Ca. ein Drittel der Fläche des östlichen Viertels umfasst den Parc de la Ciutadella.



Abb. 4: Luftbild der im Jahre 2000 eingeweihten Rambla del Raval. Dort und in den umliegenden Umgebungen wurden über zehn Baublöcke abgerissen. (Quelle: Focivesa, Memòria 2001-2002, Barcelona o.J., S. 16).

Altbauten und der Neubau von Wohnungen für die vom Abriss betroffenen Bewohner vorgesehen. Für das gesamte Management, insbesondere für die Enteignung, wurden 1988 Procivesa und ab 2002 Focivesa gegründet, Unternehmen mit 53 Prozent kommunalem und 47 Prozent privatem Kapitalanteil. Die Mehrzahl der Sozialwohnungen wurde von der Landesgesellschaft Incasol errichtet. Ab 1994 gelang es, Gelder des Europäischen Kohäsionsfonds⁹ anzuwerben, die mit über 3,5 Milliarden Euro 85 Prozent der Kosten der Erneuerung im südlichen Raval und mit 2,2 Milliarden Euro ca. 80 Prozent der Kosten in Santa Caterina deckten.¹⁰

Der Plan für den Stadtteil Raval wurde 1985 genehmigt. Der Vorschlag des ursprünglichen Konzepts „Del Liceu al Seminari“,¹¹ große Klöster und weitere

⁹ Zuschüsse der EU für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt der Regionen in Europa.

¹⁰ Vgl. den Überblick zur zeitlichen Entwicklung der Maßnahmen im Raval und in Santa Caterina: O. Alexandre, *Catàleg de la Destrucció del Patrimoni Històric-Artístic del Centre Històric de Barcelona*, Barcelona 2000, S. 6-18.

¹¹ Ein Plan von Oscar Tusquets und Lluís Clotet, fertiggestellt 1980. Der Name bezieht sich auf zwei Großkomplexe, das Opernhaus und das Priesterseminar, die Anfang und Ende einer Kette von Kulturstandorten bilden sollten.

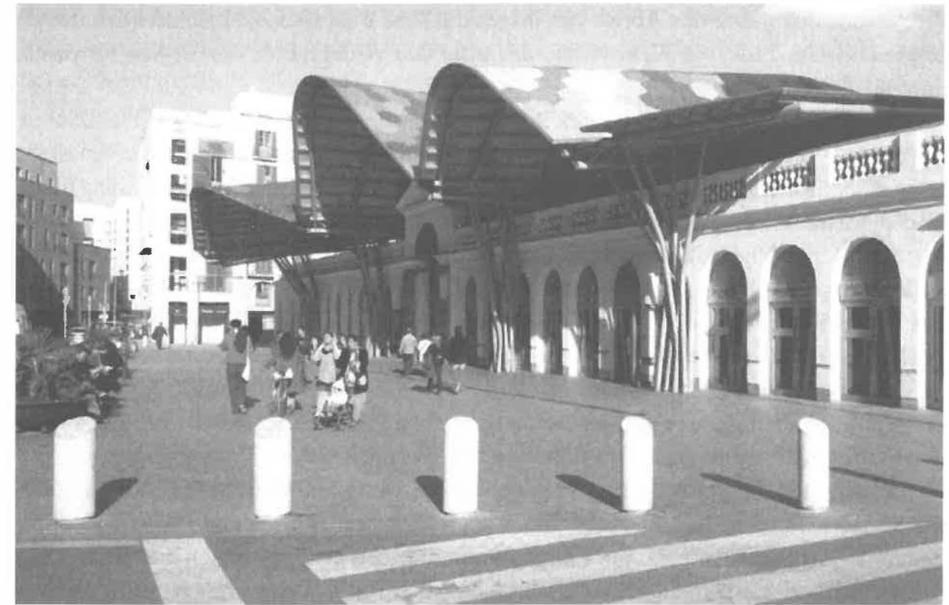


Abb. 5: Santa Caterina, geplant von Enric Miralles. Im Hintergrund sind Wohngebäude zu sehen, die nach dem städtebaulichen Entwurf desselben Architekten den abgerissenen mittelalterlichen Baubestand ersetzen (Quelle: P.G. Rowe, *Building Barcelona - A Second Renaissance*, Barcelona 2006, S. 152).

Großkomplexe im Norden des Stadtteils für kulturelle Zwecke umzunutzen, wurde mit einigen Veränderungen angenommen. Die 1990 bis 1994 umgebaute Casa de la Caritat, die das Centre de Cultura Contemporània de Barcelona (CCCB) beherbergt, und das 1995 eingeweihte Museum für zeitgenössische Kunst MACBA von Richard Meier folgten dieser Idee. Im Süden des Viertels war ein neuer zentraler Platz geplant, mehrere Baublöcke sollten abgerissen und durch eine neue Wohnbebauung ersetzt werden.

Ende der 1980er Jahre brach im südlichen Teil des Ravals ein Bandenkrieg aus, der mit Unterstützung der Bewohner eine harte Antwort seitens des Bezirks unter Joan Clos, dem späteren Bürgermeister Barcelonas, veranlasste. Drei bisher als zu erhalten deklarierte Baublöcke, darunter einige denkmalgeschützte Gebäude, wurden abgerissen. An ihrer Stelle wurden ein Studentenheim, eine Polizeiwache und Sozialwohnungen errichtet. 1995 wurde der „Spezielle Erneuerungsplan“ modifiziert. Statt des zentralen Platzes sollte nun eine stärker dem Autoverkehr dienende Promenade mit dem Namen Rambla del Raval geschaffen werden. Diese über 300 Meter lange

Promenade erforderte den Abriss von insgesamt fünf Baublöcken einschließlich dreier Jugendstil-Gebäude, ein Kahlschlag, der trotz des Widerstands der Bewohner rasch durchgesetzt wurde.

Die neu angelegte Rambla del Raval wurde 2000 eingeweiht. Die Neubauten im Umfeld zeigen schlichte Fassaden, keine Balkone und einen niedrigen Ausstattungsstandard. Sie bilden in der Regel einen viereckigen Baublock, der sich nicht in die Altstadtbebauung einfügte. Auf einem Baublock an der Promenade, der im ursprünglichen Plan erhalten werden sollte, wurde ab 1993 ein weiterer Plan für die Ansiedlung von Universitätsgebäuden erstellt. Ein Urteil des Obergerichtshofs stoppte das Projekt, was aber die Planer nicht daran hinderte, ein neues, wirtschaftlicheres Vorhaben für das mittlerweile freigeräumte Grundstück ins Auge zu fassen. Zur Zeit ist ein elliptisches, zehngeschossiges Hotel der NH-Kette projektiert, die dem ehemaligen Präsidenten des Fußballvereins Barcelona gehört. Das Hotel wurde von dem einflussreichen Architekten Oriol Bohigas entworfen.

Der Stadtteil Raval zeigt heute ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. In seinem nördlichen Bereich zieht er junge Bewohner an, und neben zahlreichen Cafés entstehen zunehmend kleine Designläden. Einige populäre Musikgruppen haben dort ihren Sitz. Solche Veränderungen sind im südlichen Teil nicht zu spüren. Hier ist die Zahl der Immigranten, vor allem Pakistanis und Philippiner, gestiegen.

Östlich des gotischen Viertels, im Stadtteil Casc Antic, begann die Erneuerungsplanung 1979 mit den Arbeiten am „Pla Popular“.¹² Dieser unterschied zwischen Gebieten, wo eine Sanierung von den Eigentümern vorgenommen werden kann, wie im südlichen La Ribera, und solchen, wo zahlreiche Gebäude abgerissen werden sollten, konzentriert auf den Stadtteil Santa Caterina. Dieser Stadtteil entstand bereits im frühen Mittelalter und hat eine ältere Bebauung als Raval. 1848 wurde die erste Markthalle der Stadt auf dem Gelände des ehemaligen Klosters von Santa Caterina errichtet. Vor dieser Markthalle verlief eine geplante Durchbruchachse, die den Markt mit der Kathedrale verbinden und eine Aufwertung des Stadtteils anstoßen sollte.

Der „Spezielle Erneuerungsplan“ wurde wie für Raval 1985 genehmigt. Obwohl Untersuchungen feststellten, dass eine größere Anzahl von historischen Gebäuden erhalten werden könnte, wurde die vorgesehene Abrissquote nur wenig verringert. Die geplanten Neubauten bildeten wiederum viereckige Baublöcke, die keinen Zusammenhang mit der alten Stadtstruktur hatten. Der Plan wurde 1995 modifiziert, um ähnlich wie in Raval dem Autoverkehr die direkte Durchfahrt zu erleichtern. Der Widerstand der Bewohner veranlasste Procivesa, den Plan wiederholt zu ändern. Der beauftragte Architekt Enric Miralles schlug eine großzügigere Erhaltung von historischen Gebäuden und die Reduktion der vorgesehenen öffentlichen Räume vor. Dies wurde von der Stadtverwaltung mit der Begründung abgelehnt, dass eine solche Modifikation

12 Der zusammen mit Bewohnern erarbeitete Plan wurde von den Architekten Ramon Fayos, Pere Giol u.a. eingereicht.

durch die Landesregierung neu genehmigt werden müsste, was den Prozess weiter hinausgezögert hätte. Angenommen wurde 1997 nur eine geschwungene Baulinie der neuen Wohngebäude, die eine bessere Anpassung an die Stadtstruktur ermöglichte.

Enric Miralles erhielt im Jahre 2000 den Auftrag für die Erneuerung der Markthalle. Bei Grabungsarbeiten kamen die zu erwartenden, aber bei der Planung nicht berücksichtigten Reste des alten Klosters zutage. Die archäologischen Untersuchungen und die neuen Herausforderungen hinsichtlich des Erhalts der Reste verschoben die Fertigstellung des Marktes. Die vorhandenen Marktstände waren schon vor Genehmigung des Projekts an den Rand der Altstadt in ein provisorisches Zelt versetzt worden, was wegen der langen Wartezeit zum Zusammenbruch der lokalen Betriebe führte. Die 2005 eingeweihte Markthalle erinnert kaum mehr an die historische Halle, lediglich ein Teil der Fassade ist noch erhalten. Ihr buntes, gewelltes Dach zieht Touristen und Architekturinteressenten an, und das Angebot der Marktstände orientiert sich auf diese möglichen Kunden. Ein 700 Quadratmeter großes Glas ermöglicht es, die archäologischen Befunde zu beobachten.

Weiter östlich davon war eine öffentliche Parkanlage vorgesehen, die wegen der Verzögerungen, aber auch, um eine Tiefgarage zu verhindern, von den Bewohnern besetzt und selbst bepflanzt wurde. Das so genannte „Loch der Schande“ wurde zum Symbol des Widerstands, der aber weder den Erhalt historischer Gebäude noch ein transparenteres Verfahren durchsetzen konnte.¹³

Im Zuge der Stadterneuerung wurden in der Altstadt bis zum Jahre 2000 ca. achtzig denkmalwerte Gebäuden abgerissen, davon 32 unter Denkmalschutz.¹⁴ Weitere 20 Gebäude waren zur Zeit der Untersuchung von Octavi Alexandre gefährdet. ICOMOS¹⁵ hat wiederholt auf den rabiatischen Umgang mit der historischen Bausubstanz in der Altstadt von Barcelona hingewiesen. Ein weiterer Kritikpunkt bezog sich auf den Umgang mit den Bewohnern. Diese werfen der Stadt vor, den Verfall der Gebäude zugelassen zu haben, um den Abriss leichter durchsetzen zu können. Der Verbleib der Bewohner im Stadtteil wurde ebenfalls nur teilweise verwirklicht. Voraussetzung dafür war, über fünf Jahre in derselben Wohnung gelebt zu haben oder keine andere Wohnung zu besitzen. Viele Bewohner mit unregelmäßigem Wohnverhältnis, häufig Immigranten, oder solche, die eine weitere Wohnung besaßen, erhielten keine Wohnung in der Altstadt. In diesem Fall betrug die Entschädigung nach Angaben des Vereins „Veïns en Defensa de la Barcelona Vella“ nur um die 4.000 Euro für die gesamte Wohnung. Im Ganzen wurden ca. 500 Gebäude mit 4.200 Wohnungen abgerissen. Neu gebaut wurden ca. 2.500 Wohnungen. Die Bewohner kritisierten ebenfalls, dass die Kriminalität durch die

13 Vgl. die ausführliche kritische Auswertung der Sanierung der Altstadt in S. von Heeren, *Altstadtsanierung in Europa – das Modell Barcelona*, Diplomarbeit an der Universität Hannover 2001. Weitere kritische Informationen finden sich in mehreren Ausgaben der Zeitschrift der Vereins „Veïns en Defensa de la Barcelona Vella“: PERILlem.

14 Vgl. die Untersuchung von O. Alexandre (s. A 10).

15 International Council on Monuments and Sites, Hauptberater der UNESCO in der Denkmalpflege.

Erneuerungsmaßnahmen gestiegen sei, als Folge der Besetzung geräumter Gebäude durch kriminelle Banden. Als Erfolge der Altstadterneuerung können dagegen die öffentliche Förderung der Gebäudemodernisierung, die ansprechende Gestaltung der öffentlichen Räume und die Beschränkung des Automobilverkehrs sowie kleinteilige Maßnahmen zur Schaffung neuer Plätze genannt werden. Der öffentliche Personennahverkehr wurde ebenfalls durch ein System von Minibussen verbessert, und für die Müllentsorgung wurde ein neues unterirdisches Absaugnetz angelegt, das recht effizient funktioniert. Das alles kann aber über die insgesamt negative, den flächenhaften Abrissen geschuldete Bilanz nicht hinwegtäuschen. Um die Lebensqualität in der Altstadt zu verbessern und um Sicherheit zu schaffen, hat die Stadt Barcelona einen nicht zu unterschätzenden Anteil ihrer historischen und touristischen Attraktivität geopfert.

3. Umbau des Industriestadtteils Poblenou zu 22@Barcelona

Poblenou ist der Stadtteil Barcelonas, der die besten Wachstumsperspektiven eröffnet. Er liegt unmittelbar östlich der Altstadt und umfasst die meisten Strände der Stadt. Auf diesem ehemals sumpfigen Gebiet, hinter der damaligen Zitadelle gelegen, entwickelte sich im 19. Jahrhundert das größte Industriegebiet Spaniens. Der wegen der Fabriklandschaft Manchesters Kataloniens genannte Stadtteil blieb selbst nach dem Abriss der Zitadelle und der Errichtung des Parks für die Weltausstellung von 1888 durch Eisenbahnlinien von der restlichen Stadt abgetrennt und versperrte den Zugang Barcelonas zum Meer. Trotz seiner Nähe zur Altstadt wuchs das Gebiet ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Plans von Cerdà und blieb bis in die 1960er Jahre ein bedeutender Produktionsstandort. Erst in dieser Zeit verließen viele Unternehmen Poblenou, um sich im Umland oder auf dem 1965 neu geschaffenen Industriegebiet am Hafen anzusiedeln. Der damit verbundene Niedergang des Stadtteils zeigte sich am Einzug von Fahrzeugwerkstätten und Speditionen. Am Rande des Poblenou entstanden zwei der größten Schlafstädte der Diktatur, die an mangelnder öffentlicher Infrastruktur und niedriger Bauqualität litten. Entlang der Strände breiteten sich Barackenviertel aus.

1966 initiierte eine Gruppe von Unternehmern den Pla de la Ribera.¹⁶ Damit beabsichtigten die Grundstücksbesitzer des Küstenstreifens, diesen zu einem Luxusquartier am Wasser zu entwickeln, abgeschirmt vom verarmten restlichen Bereich durch eine Autobahn. 15.000 Menschen sollten umgesiedelt werden. Das war der erste Versuch, den Poblenou umzubauen und von der Strandlage zu profitieren. Er scheiterte jedoch am Widerstand der Bürger und der Architektenkammer, die einen Gegenentwurf zugunsten der Bewohner vorstellte. Die aktuellen Projekte sind die

16 Plan des Küstenstreifens. Beteiligt war unter anderen die staatliche Eisenbahngesellschaft.

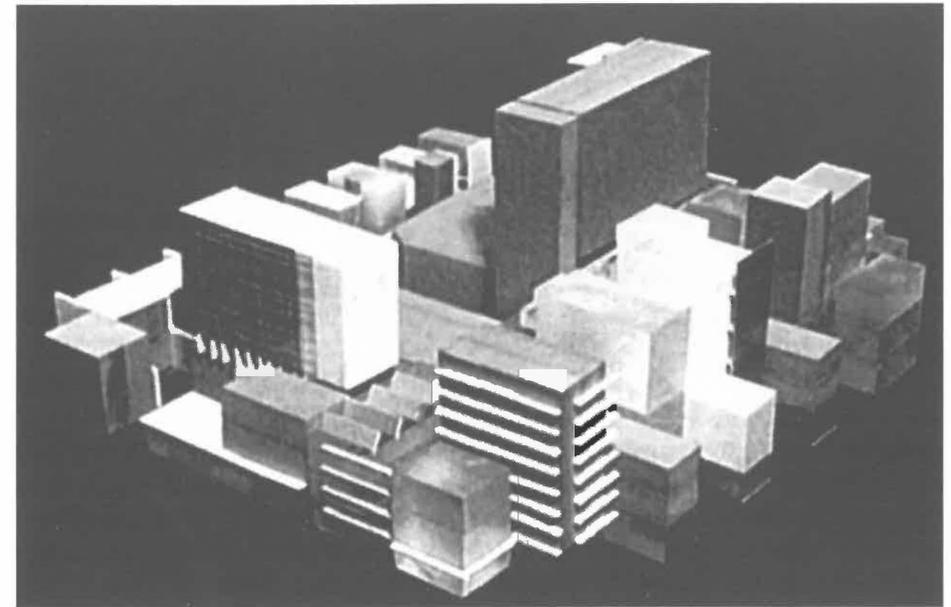


Abb. 6: Fabrikkomplex Can Ricart. Die gut erhaltene Anlage könnte nach einer behutsamen Sanierung ein geeignetes Eingangstor in das Innovationsgebiet 22@Barcelona darstellen. Der Komplex ist durch das 22@-Programm gefährdet und wurde im April 2006 wiederholt in Brand gesetzt (Quelle: M. Martorell, M. Ubiola und Grup de Patrimoni Industrial, Maqueta virtual de Can Ricart per a la Proposta de Conservació, Barcelona 2005, Fig. 1).

ersten, die den Umbau des gesamten Stadtteils anstreben. Ausgangspunkt war die Anlage des Olympischen Dorfes, die trotz aller berechtigten Kritik¹⁷ den wichtigsten Schritt einer Öffnung Barcelonas zum Meer darstellte.

Der gegenwärtige Umbau im Osten der Stadt umfasst ganz unterschiedliche Projekte.¹⁸ Im industriellen Kerngebiet des Poblenou soll das kommunale Programm 22@Barcelona aufgegebene bzw. untergenutzte Flächen in neue Produktionsstandorte verwandeln. Ungefähr 130.000 Arbeitsplätze sollen neu geschaffen werden. Durch dieses Kerngebiet verläuft die Avenida Diagonal, die längste Straße Barcelonas. Diese Hauptstraße wurde von Cerdà geplant, realisiert wurde sie jedoch nur bis zur Plaza de las Glorias, westlich des Poblenou. Der seit 1988 geplante Durchbruch und damit die Vollendung der Avenida Diagonal ist das stadtstrukturell wichtigste Projekt im

17 Kritikpunkte waren der vollständige Abriss der überkommenen industriellen Bausubstanz, die mangelhafte Vernetzung mit der übrigen Stadt und die Aufgabe der ursprünglichen Absicht, nach den Spielen Sozialwohnungen anzubieten.

18 T. Marshall, Transforming Barcelona, London 2004.



Abb. 7: Bebauungsmodell für einen 22@-Block. Die zulässige Geschossfläche kann frei auf die gesamte Blockfläche verteilt werden. Die Blockstruktur ist kaum mehr zu erkennen (Quelle: *Ajuntament de Barcelona, 22@bcn - La renovació urbana al Poblenou - Districte d'activitats, Barcelona o.J.*).

Osten der Stadt. 1999 wurde der letzte Abschnitt der Straße durchgebrochen, und die den Straßenraum begleitende neue Bebauung ist inzwischen weit fortgeschritten. Die nachträgliche Umsetzung der Planung von Cerdà erfolgte diesmal mit weniger Phantasie und mehr Geschossfläche als im Olympischen Dorf. Interessant ist, dass mehrheitlich Wohnungen die Front der Hauptstraße bilden. Diese wurden sofort die teuersten Neubauwohnungen in Barcelona. Auch hier wurde die Gelegenheit verpasst, eine soziale Mischung zu erreichen. Die Bürogebäude und Hotels gelten als Schmuck der Straße und wurden von internationalen Architekten entworfen. Am Plaza de las Glorias erhebt sich der Agbar Turm, ein Hochhaus von Jean Nouvel, der auch den Parc Central im mittleren Bereich der der neuen Avenida Diagonal entworfen hat. Gegenüber dem Parc Central entsteht ein Hotel- und Bürokomplex von Dominique Perrault. Am östlichen Ende, ganz in der Nähe des Meeres, wurde bereits 1997 Diagonal-Mar errichtet. Hier handelt es sich um einen Park, der von Enric Miralles gestaltet wurde und an dessen Rand sich fünf Wohnkomplexe erstrecken. Diese bestehen jeweils aus zwei Hochhäusern, deren Architektur und Ausstattung mit Zäunen und Überwachungskameras als Gated Community kritisiert wurde.

Dort, wo die Avenida Diagonal auf das Meer trifft, wurde das Fórum de las Culturas gebaut. Unter diesem Namen fand 2004 ein Event statt, das den Themen Frieden, Multikulturalität und Ökologie unter der Schirmherrschaft der UNESCO gewidmet war. Der Fórum de las Culturas sollte den Erfolg der Olympischen Spiele wiederholen und ein neues Weltereignis werden. Der Öffentlichkeit blieb aber weitgehend verborgen, dass die eigentliche Herausforderung des Projektes die Nachbarschaft des dort neu errichteten Kongresszentrums mit der am Meer befindlichen stadttechnischen Infrastruktur, der Kläranlage, der Müllverbrennungsanlage und des Kraftwerks, darstellt. Diese Infrastruktur sollte am Standort erhalten bleiben und erneuert werden. Während Naturschützer die unzureichende Nachhaltigkeit der Anlagen kritisieren, muss in gestalterischer Perspektive der riesige Freiraum als völlig überproportioniert gelten. Jahrmärkte und Feste wurden hierher verlagert, Nutzungen, die den betonierten Mega-

platz dennoch nur partiell und temporär füllen können. Die Barceloneser blieben dem Großereignis Fórum de las Culturas gegenüber misstrauisch und haben das Gebiet am Rande der Stadt bisher auch nicht angenommen. Nördlich des Poblenou entsteht zur Zeit La Sagrera, der neue Bahnhof für die zukünftigen Hochgeschwindigkeitszüge zwischen Madrid und Frankreich.

Stadtplanerisch ist das Umbauprogramm 22@Barcelona eigentlich kein Plan, sondern hauptsächlich eine Revision des Generalbebauungsplans hinsichtlich der Industrieflächen dieses Stadtteils.¹⁹ Der Generalbebauungsplan von 1976 sah hier Industrie vor und ignorierte, dass die Fabriken schon längst den Poblenou verlassen hatten. Dies hatte auch ungünstige Wirkungen für die bestehenden Wohnungen: Die im Jahre 2000 verabschiedete Planänderung beinhaltete vor allem eine Umwidmung der Industrieflächen (Kennzeichen 22a) in innovationsorientierte Gewerbeflächen (neues Kennzeichen 22@). Insbesondere @-Aktivitäten wurden durch eine mögliche höhere Geschossflächenzahl (Erhöhung um bis zu 0,5) gefördert. Als @-Aktivitäten galten solche, „die sich auf den neuen Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologien beziehen, sowie solche, die unabhängig von ihrer genauen Zugehörigkeit zu einem ökonomischen Sektor in Zusammenhang mit Forschung, Design, Druck, Kultur, Multimedia sowie Datenbasis- und Wissensverarbeitung stehen.“²⁰ Weiterhin wurde das Wohnen in bestehenden Gebäuden, die bereits ein Minimum an Wohneinheiten haben und nicht isoliert stehen, zugelassen und der Bau neuer sozialer Wohnungen und Einrichtungen eingeleitet.

Insgesamt sind 3,2 Mio. Quadratmeter neue Geschossfläche geplant. Städtebaulich soll das von Cerdà 1859 vorgesehene Straßennetz vollendet werden. Die Baublöcke bestehen jedoch nicht wie gewöhnlich aus einer Randbebauung mit großem Innenhof: Die neuen Gebäude können frei auf die gesamte Blockfläche verteilt werden. Diese für singuläre Standorte vertretbare Lösung wirkt sehr unruhig, wenn sie auf den gesamten Stadtteil ausgedehnt wird. Die stadttechnische Infrastruktur wird vollständig neu angelegt und enthält neueste Telekommunikationsnetze und eine zentrale Klimaanlage.

Auf der in zwei große Bereiche aufgeteilten, 200 Hektar umfassenden Fläche des 22@Barcelona-Gebietes werden sechs Leitprojekte von der öffentlichen Hand durchgeführt. Gemeinsam betreffen sie ein Drittel des Umbaugebietes, sind aber im Stadtteil verstreut, um die Entwicklung der umgebenden Flächen voranzutreiben. Zwei wichtige Leitprojekte sind die „Llacuna-Achse“ und der „Parc Central“.

Die Llacuna-Achse, die parallel zur Rambla del Poblenou verläuft, provozierte 2002 den Widerstand der Bewohner, die die Zerstörung des Charakters des Viertels durch die neun geplanten, bis zu 72 Meter hohen Türme stoppten und breitere Be-

19 *Ajuntament de Barcelona, Modificació del PGM per a la renovació de les àrees industrial del Poblenou - Districte d'activitats 22@BCN, Barcelona 2000.*

20 *Ajuntament de Barcelona, 22@bcn - La renovació urbana al Poblenou - Districte d'activitats, Barcelona o.J.*

teiligungsmöglichkeiten durchsetzen. Der Bewohnerverein unterstützte jedoch die Grundsätze des Umbauprogramms, wengleich er für einen behutsamen Umgang mit dem baulichen, sozialen und wirtschaftlichen Bestand plädierte. Die alten Bewohner hofften, den Wandel des Gebietes möglichst sozial gestalten und die funktionierenden alten industriellen Unternehmen in das 22@-Gebiet integrieren zu können.

Für die Durchführung des Projektes wurde im Jahr 2000 die Gesellschaft 22@bcn gegründet. Diese erarbeitet die Bebauungspläne der Leitprojekte, führt die Verlegung und Entschädigung der direkt betroffenen Eigentümer durch und sucht Investoren für das Gebiet. Zusammen mit der Gesellschaft Barcelona Activa betreibt sie eine spezifische Wirtschaftsförderung für @-Aktivitäten. Die Ansiedlung von Unternehmen hat sich jedoch als schwierig erwiesen. Der Umbau der Flächen geht wegen der fehlenden Nachfrage nur langsam voran. Bis Ende 2005 hatten sich achtzig Unternehmen für 22@Barcelona entschieden, weit weniger als geplant. Ein erheblicher Teil der Ansiedlungen bestand aus dem Umzug von Unternehmen aus der übrigen Innenstadt Barcelonas, wo diese mit den frei werdenden Grundstücken erfolgreich spekulieren konnten. Während mittlere und kleine Unternehmen wegen ihrer „falschen“ Branchenzugehörigkeit oder des Immobiliendrucks verdrängt werden, breiten sich Büros, Geschäfte oder Hotels anstelle von @-Aktivitäten aus und schwächen das angestrebte Ziel. Um die gewünschten Unternehmen anzusprechen, wurden ab 2004 sieben Wirtschaftsbereiche, auf die 22@Barcelona sich konzentrieren soll, festgelegt. Diese beinhalten Medien, Technologie, Bildung und Biotechnologie.

Seit 2005 sorgte ein weiteres Leitprojekt für Proteste. An der Parc Central, die im mittleren Bereich der neuen Avenida Diagonal entstehen soll, erstreckt sich die Fabrikanlage Can Ricart.²¹ Diese ist eine von nur noch drei existierenden großen Industriekomplexen aus der Frühzeit der Industrialisierung Barcelonas. Die Textildruckfabrik wurde seit 1852 nach Plänen des angesehenen Architekten Josep Oriol errichtet und war eine der ersten Fabriken, die nicht von Baumeistern geplant wurde. Bis 1880 wurde die Anlage nach seinem Konzept erweitert, zum Teil in Zusammenarbeit mit dem bekannten Architekten Josep Fontseré, der einige Meisterwerke der Gusseisenarchitektur entwarf. Die Fabrikanlage ist gut erhalten, und aufgrund ihrer einzigartigen Lage bietet sie sich als prächtiges Eingangstor zum neuen Technologiegebiet der Stadt an.

Das 22@Barcelona-Programm übersah jedoch die Potenziale von Can Ricart und schlug zunächst einen nahezu kompletten Abriss der Anlage vor. Das Gebiet sollte durch Neubauten ersetzt, und die von Cerdà geplante Straßenstruktur sollte durchgebrochen werden. Nach heftigen Protesten wurde um eine bessere Lösung gerungen. Die hohe Bodenausnutzung, die der Plan zulässt, erschwert aber die Erhaltung des Bestands und die Einfügung von Neubauten auf dem Fabrikgelände. In Can Ricart war

21 Zu Can Ricart vgl. *M. Tatjer, M. Urbiola i Grup de Patrimoni Industrial, Can Ricart – Estudi Patrimonial (Síntesi)*, Barcelona 2005.

die Geschossfläche so hoch festgesetzt worden, dass selbst die vom Bewohnerverein zusammen mit anerkannten Architekten und Institutionen vorgestellte Alternative das Gleichgewicht zwischen Erhalt und Neubau verfehlt. Can Ricart hat eine Diskussion in Barcelona eingeleitet, die einen Richtungswechsel in diesem Sinne bedeuten könnte. Immerhin hat die Gesellschaft 22@bcn Verhandlungen mit den Projektentwicklern eingeleitet und schlägt ein behutsameres bauliches Konzept vor. Nichtsdestotrotz ist seit April 2006 die Fabrikanlage zweimal in Brand gesetzt worden, und obwohl der Schaden gering war, ist ungewiss, ob Can Ricart die Diskussion um das industrielle Kulturerbe der Stadt überleben wird.

In vielen Städten bildet der Reiz alter Fabriken ein Lockmittel für die Ansiedlung neuer Technologieunternehmen. Im Stadtteil Poblenou befinden sich über hundert erhaltenswerte Fabrikgebäude, die teilweise in den Leitprojekten umgenutzt werden sollen. Industriebauten werden jedoch im Denkmalschutzkatalog der Stadt generell nicht berücksichtigt, weswegen für die Erhaltung weiterer interessanter Gebäude deren Umbau zu Lofts, die sehr gewinnversprechend sind, gefördert wird. Insgesamt ist das Projekt 22@Barcelona eine ambitionierte Antwort auf die Herausforderungen des sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandels der Stadt. Hervorzuheben ist der Versuch, neue Unternehmen in einem innerstädtischen Bereich zu binden. Das Projekt thematisiert Kernfragen des Stadtumbaus wie Produktion, Nutzungsmischung und soziale Wohnversorgung, wodurch die Unterstützung der Bewohner gewonnen wurde. Diese setzen sich für eine behutsame Umsetzung des Projektes ein.

4. Fazit

Die Auseinandersetzung mit dem sozialen und wirtschaftlichen Wandel beschäftigt alle europäischen Städte. Barcelona spielt eine herausragende Rolle bei der Gestaltung dieses Wandels mit Hilfe städtebaulicher Projekte. Die gegenwärtige Planungspolitik lockt Investitionen, wie in 22@Barcelona, und Touristen, insbesondere in der Altstadt, an. Diese Politik wird durch Großprojekte unterstützt, welche die Innenstadt als Wohn-, Arbeits- und Freizeitort stärken. Doch der Wandel wird von fragwürdigen Maßnahmen begleitet, die infolge einer sehr effizienten Öffentlichkeitsarbeit der Stadt kaum bekannt werden. Im Zuge der manchmal übereilten und wenig behutsamen Durchsetzung der notwendigen Altstadterneuerung und des Umbaus im Stadtteil Poblenou wird ein wichtiger Teil des historischen baulichen Erbes geopfert. Dadurch verliert die Stadt an Potenzialen, die anderswo zunehmend geschätzt werden. Insgesamt hat sich Barcelona mittlerweile eine hervorragende Ausgangsposition im Wettbewerb unter den europäischen Großstädten erarbeitet. Die entschlossene Förderung des wirtschaftlichen Strukturwandels, die stärker als anderswo gezielt durch eine Städtebaupolitik unterstützt wird, bestätigt auch heute noch den Vorbildcharakter der Stadtentwicklung von Barcelona.

Dieter Martin

Neuerscheinungen zu den Themen Städtebaurecht, Stadt- und Dorferneuerung und Denkmalschutz in der kommunalen Praxis

HORST KÖHLER, *Stadt und Dorferneuerung in der kommunalen Praxis*, Berlin: Erich Schmidt Verlag, 3. überarb. u. erw. Aufl., 2005, 496 S., 86,- Euro.

GERD SCHMIDT-EICHSTAEDT, *Städtebaurecht*, Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, 4. überarb. u. erw. Aufl., 2005, 561 S., 42,- Euro.

WALTER OLLENIK / JÖRG HEIMESHOF, *Denkmalschutz und Denkmalpflege in der kommunalen Praxis*, Berlin: Erich Schmidt Verlag 2005, 240 S., 36,80 Euro.

Bekannt und bewährt – dies gilt für die beiden zuerst genannten Werke, die nun bereits in dritter und sogar vierter Auflage erschienen sind. Neu auf dem Markt befindet sich die spezieller ausgerichtete Darstellung zu Denkmalschutz und Denkmalpflege vornehmlich in Nordrhein-Westfalen. Gemeinsam ist den drei Werken der hohe Anspruch, jeweils aus ihrem Blickwinkel heraus ihr Thema unter den fachlichen (so Ollenik / Heimeshoff) oder öffentlich-rechtlichen Gesichtspunkten (so Schmidt-Eichstaedt) sowie unter fachlichen wie rechtlichen und administrativen Aspekten (so Köhler) darzustellen.

1. Die breitesten Ansätze für die Praktiker in den Verwaltungen von Städten und Gemeinden bietet eindeutig Köhler. Sein Schwerpunkt ist der Bereich des früheren Städtebauförderungsgesetzes, das sich längst vom zunächst stark umstrittenen Sonderrecht (man denke an die Preislimitierung des Vorkaufsrechts und die Abschöpfung sanierungsbedingter

Bodenwertgewinne) zum allgemeinen Städtebaurecht des Baugesetzbuches entwickelt hat. Der Begriff der Städtebauförderung taucht im BauGB nicht mehr auf. Geläufig ist er trotzdem jedem Kommunalpolitiker, jedem Planer und sogar den sanierungswilligen Eigentümern als der „Sack mit den Dukaten“. Eingängiger und übersichtlicher als jeder Kommentar zum Städtebaurecht stellt Köhler die Rechtsgrundlagen, die Motive des Gesetzgebers, den Werdegang der Gesetze und die Praxis dar. Dies reicht bis in die neuerdings in das BauGB eingefügten Bestimmungen zu „Stadtumbau“ und „Sozialer Stadt“. Beide sind über die Rechtsgrundlagen hinaus eminent wichtig wegen der parallel laufenden Förderprogramme des Bundes, welche nach den Koalitionsvereinbarungen vom Herbst 2005 weitergeführt und sogar aufgestockt werden sollen. Offensichtlich wird aus der Darstellung weiterhin der Primat des Bundes in der Stadtsanierung, den die Länder wegen der doch sehr großzügigen Dotierung seitens des Bundes nicht missen wollen. Den Ausstieg aus der Mischfinanzierung können sich insbesondere die Destinatäre in den neuen Ländern mit ihren alten Problemen nicht leisten. Das sehr übersichtliche Inhaltsverzeichnis führt in kleinen Schritten zu allen Stationen von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen und berücksichtigt neben den selbstverständlichen Grundbegriffen und Vorgängen vor allem auch die scheinbar unwichtigen Nebenthemen wie Sozialplan oder Mitwirkung der Betroffenen. Früher gering geachtete Themen wie Abschöp-

fung von Werterhöhungen und Abschluss von Maßnahmen werden in zahlreichen Facetten gespiegelt.

Köhler bringt als schwergewichtige Ergänzung zur Darstellung der Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen eine über 50 Seiten reichende Übersicht, die den Einsatz der Finanzhilfen, also die eigentliche Städtebauförderung darstellt. Dies wird in vergleichbarer Übersichtlichkeit an keiner anderen Stelle geboten. Zur Perfektionierung hätte man hier die (nicht grenzenlosen) Förderungen und die Fundstellen der Richtlinien der Länder bzw. Adressen geeigneter Ansprechpartner (auch im Internet) nachweisen können. Ergänzt wird der Abschnitt zu den Finanzen um Hinweise zum Steuerrecht. Spätestens hier wären wohl auch weiterführende Hinweise auf andere Darstellungen zum Steuerrecht notwendig gewesen.

Mehr rechtlich ausgerichtet sind die Abschnitte zu der in den städtebaulichen Zusammenhang gestellten Baugestaltung. Gleiches gilt für das Bauplanungsrecht und für die städtebaulichen Gebote des BauGB. Erfreulich ist die Auseinandersetzung mit dem Thema Denkmalschutz und Denkmalpflege im 9. Abschnitt. Insgesamt bietet Köhler damit einen guten ersten Überblick zum Denkmalrecht, der im Zusammenhang mit dem Sanierungsrecht einen ganz besonderen Stellenwert gewinnt. Ein Vergleich mit anderen Darstellungen beweist, wie stimmig die gemeinsame Behandlung von Stadtsanierung und Denkmalschutz gelungen ist. Was bleibt offen? Es fehlt eine Auseinandersetzung mit der mittlerweile kaum mehr übersehbaren Literatur zu den Einzelproblemen. Die Literatur wird reichlich selektiv und nicht immer nach dem neuesten Stand in einem Anhang genannt. Allerdings gingen eine Einarbeitung der Literatur und die Nennung von noch mehr Rechtsprechung sicher auf Kosten der Lesbarkeit und Übersichtlichkeit des Werkes. Insgesamt: Für den erfahrenen Praktiker und für den Neuling bietet das Werk eine hervorragende Einführung in die Probleme der Organisation der Stadtsanierung.

2. Der „Renner“ der drei besprochenen Werke ist der in vierter Auflage erschienene „Schmidt-Eichstaedt“. Als einziger im Kreis der Autoren der hier besprochenen Werke ist der Verfasser Jurist. Er ist Professor für Bau- und Planungsrecht an der TU Berlin. Allerdings war er wohl nie in der Praxis der Kommunalverwaltung tätig. Der Erfolg des Buches erklärt sich aus seinen unbezweifelbaren Qualitäten. Es führt nämlich in einer auch für nicht juristisch vorgebildete Personen verständlichen Weise in die Geschichte und in die Systematik des Städtebaurechts ein. Den Rechtslehrer findet man vor allem in der 80-seitigen und damit zu ausführlich geratenen „Annäherung an das Bau- und Planungsrecht“. Man würde sich diese Einführung in die gesamte Rechtsordnung – und die folgenden 30 Seiten zu den Wurzeln des Bau- und Planungsrechts – allzu gerne mindestens ein Semester lang im Kreise der Studenten „reinziehen“. Mitten in die Probleme führen dann die ausführlichen und ausgesprochen verständlichen Kapitel zum eigentlichen Städtebaurecht. Es geht hier also um Bauleitplanung, ihre Sicherung, um städtebauliche Verträge und um die baurechtliche Zulässigkeit bzw. um die Baugenehmigung. Straffer angelegt sind die ergänzenden Darstellungen, die z.B. Bodenordnung, Entschädigung oder Planungsschäden behandeln. Und im Vergleich zu Köhler sind die Ausführungen zu Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sehr kurz ausgefallen. Bemerkenswert dagegen ist die hier ausführlich dargelegte Prozesshilfe im Abschnitt Bauleitplanung. Sehr instruktiv sind die Übersichten zur Fehlerlehre der Bebauungspläne. Dass für Entschädigungsstreitigkeiten die Zivilgerichte zuständig sein müssten (S. 514), kann heute so nicht mehr ohne nähere Erläuterung stehen bleiben.

Bedauern mag man bei Schmidt-Eichstaedt die im Vergleich zu Köhler stiefmütterliche Behandlung des Denkmalrechts auf nur einer drittel Seite (S. 97). Dies ist dem aktuellen und beherrschenden Anliegen des Bauens im Bestand unangemessen. Dementsprechend

werden nur zwei längst überholte Entscheidungen zum Denkmalrecht zitiert. Auch die Literaturnachweise sind recht selektiv. Einige wichtige Standardveröffentlichungen wie die Entscheidungssammlung mit ihren mehr als 600 kommentierten Urteilen aller Gerichtszweige werden nicht genannt. Entsprechend dem baurechtlichen Ansatz des Werkes fehlen vor allem nennenswerte Darstellungen zum Finanz-, Förder- und Steuerwesen. Bemerkenswert ist die sorgfältige Einarbeitung der Auswirkungen der neueren Entwicklungen des Europarechts z.B. auf das Sanierungsrecht und auf die „Europäisierung des Städtebaurechts“. Unschätzbar ist die Fähigkeit des Autors, seine Themen nicht nur mit Paragraphen und Worten, sondern vor allem auch mit Übersichten deutlich zu machen. Diese schmücken sicher bundesweit viele Vorlesungen und Vorträge, auch wenn ihr Autor nicht genannt wird. Drei Seiten nimmt allein das Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen ein. Herauszuheben aus der Fülle sind z.B. die Darstellungen zum Verfahren der Bauleitplanung, die 100 alten und neuen Belange, die Umweltprüfung bei Bauleitplänen, Schema § 34 BauGB und die Synopse der Vorschriften zum Stadtumbau und zur „Sozialen Stadt“. Allein die Übersichten machen das Werk für viele Zwecke unentbehrlich. Klassisch zu nennen ist der Literaturnachweis. Die Standardliteratur, die bis zum letzten Tag vor Erscheinen der 4. Auflage erschienen ist, wurde eingearbeitet. Es folgt eine Übersicht zur Literatur der einzelnen Abschnitte. Anhand derer können schnellstmöglich entscheidende, aber offensichtlich in sich ungeordnete und teilweise überfrachtete bibliographische Nachweise gefunden werden. Dies entwertet das Werk etwas. Trotzdem ist damit die vermutlich ausführlichste – wenn auch nicht zuverlässigste – Literatursammlung zu den Gegenständen des Werkes geboten. Insgesamt handelt es sich um eine hervorragende Einführung und Darstellung speziell des Städtebaurechts. Nicht erwarten darf man dagegen ein Handbuch zum Thema Stadtansanierung oder Denkmalschutz.

3. Speziell an den Interessenten für Denkmalschutz und Denkmalpflege in der kommunalen Praxis wenden sich Ollenik / Heimeshoff. Sie sind Leiter von großstädtischen Denkmalschutzbehörden in Nordrhein-Westfalen und damit mit den Problemen der Praxis bestens vertraut. Dies zeigt ihre Darstellung, welche leider auch an „Blumen am Wegesrand“ nicht vorbei gehen mag: Die entbehrlichen Exkurse zu den Denkmalschutzgesetzen der anderen 15 Bundesländer und die selektive Übersicht auf S. 96 müssen aus verständlichen Gründen ebenso an der Oberfläche bleiben wie die Hinweise auf die steuerlichen Vorteile (S. 45) und die wenigen und damit verwirrenden Zeilen zur Zumutbarkeit (S. 98).

Den besonderen Wert des Werkes machen die Einführung in den Denkmalschutz und die Ausführungen zur kommunalen Praxis Nordrhein-Westfalens aus. Diese richten sich an Laien, Eigentümer, Ratsherren, Planer und an die Verantwortlichen in den Verwaltungen. Höchst wichtig für den Praktiker sind z.B. die Ausführungen zu den Beratungsgesprächen und die Bemerkungen zur Vorbereitung von Maßnahmen und zum Zusammenspiel der verschiedenen Behörden innerhalb des Landes. Auch die Bodendenkmalpflege ist einbezogen. Teilweise sehr bemerkenswert sind die wiedergegebenen reichen Erfahrungen der Autoren im „Denkmalschutz in der Baupraxis“, die bis hin zum Temperiersystem reichen. Sehr interessant sind auch die erläuterten Fälle (S. 171 ff.) und das breite Spektrum von Stichworten zur kommunalen Planung (S. 179 ff.). Bemängelt werden könnten die Unwissenschaftlichkeit der Darstellung und die fehlende Auseinandersetzung mit der Literatur. Dies wird auch nicht durch die „Auswertung von Grundsatzurteilen in Nordrhein-Westfalen“ (für die eher auf die Anmerkungen von Kapteina in der Entscheidungssammlung zum Denkmalrecht – EzD – zurück zu greifen sein wird) aufgewogen. Die Darstellung ist infolge der erwähnten „Blumen am Wegesrand“ auch etwas unübersichtlich. Für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Belangen des

Denkmalschutzes und der Denkmalpflege ist das Buch daher nicht recht geeignet. Diesen Eindruck bestätigt leider auch das sehr unübersichtliche und rein alphabetisch geordnete Literaturverzeichnis. Dessen Titel werden in der Darstellung eines im Text behandelten Themas schmerzlich vermisst. Man kann nicht jedes Mal das gesamte Verzeichnis von 10 Seiten auf einen Begriff hin durchchecken. Insgesamt: Vor allem Studenten, welche in die Aufgaben der Denkmalpflege eingeführt werden sollen, werden ihre Freude an dem Buch haben, desgleichen junge Architekten und Ingenieure, welche sich die Neugierde bewahrt haben, sich selber in die angesprochenen Themen zu vertiefen.

Welches ist der „best buy“? Trotz ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Gemein-

Franziska Puhan-Schulz

Tagungsbericht: „Kultur als Motor der Stadtentwicklung“ Hamburg 16./17 Juni 2006

Anlässlich dreier Jubiläen – 30 Jahre Kulturpolitische Gesellschaft e.V., 35 Jahre Kulturzentrum FABRIK und 30 Jahre Motte Stadtteil- & Kulturzentrum – fand in der Hamburger FABRIK am 16. und 17. Juni 2006 die zweitägige öffentliche Fachtagung „Kultur als Motor der Stadtentwicklung“ statt. Das Thema Stadtansanierung und der Umgang mit dem gebauten kulturellen Erbe gehörte ja von Beginn an mit zu den Themen der Kulturpolitischen Gesellschaft.

Die soziokulturelle Bewegung, aus der heraus auch die FABRIK und die Motte entstanden sind, war eng verbunden mit dem Anliegen vieler Bürgerinitiativen, innenstadtnahe (Sanierungs-)Areale zu schützen und durch kulturelle Aktivitäten und Einrichtungen zu beleben. Der Ort der Fachtagung war bewusst gewählt, denn die FABRIK galt zu Anfang der 1970er Jahre als erstes „Kommunikationszent-

rum“ decken die drei Bücher sehr unterschiedliche Bedarfslagen ab. Wer sich beruflich z.B. in der Stadtplanung, Stadtansanierung oder in der Denkmalpflege mit Aufgaben der Denkmalpflege und Stadtansanierung und ihren Zusammenhängen befasst, braucht im Grunde sämtliche drei Werke. An Studenten wenden sich insbesondere Schmidt-Eichstaedt (in gleichgewichtiger Weise an Lehrende und an Praktiker des Baurechts) und Ollenik / Heimeshoff (Schwerpunkt Nordrhein-Westfalen). Für Praktiker der Stadtansanierung (weniger der Dorferneuerung) insbesondere in Kommunalverwaltungen, aber auch für Eigentümer und Planer fast unentbehrlich erscheint „der Köhler“.

rum“ neuen Typs in der Republik, mit dem die junge Kulturpolitische Gesellschaft viele ihrer programmatischen Erwartungen an eine „Neue Kulturpolitik“ verband: niedrigschwellige Angebote, aufbauende Kulturvermittlung, ein erweiterter Kulturbegriff, die Verbindung von Kultur- und Sozialarbeit, Kinder und Jugendliche als Zielgruppen und viele Ideen mehr, die heute selbstverständlich scheinen.

In seinem Eröffnungsvortrag „Dreißig Jahre Kulturpolitische Gesellschaft. Blick zurück nach vorn“ versuchte Dr. Oliver Scheytt, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, sein neues Leitbild einer „Aktivierenden Kulturpolitik“ zu formulieren: „Eine Aktivierende Kulturpolitik zielt auf Wechselwirkungen in der Kulturgesellschaft und auf Allianzen im Kulturstaat. Eine Aktivierende Kulturpolitik braucht dafür eine eigene gut begründete Position, aus der heraus agiert wird. Eine Akti-

vierende Kulturpolitik setzt Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik aber nicht nur als kollektives Projekt um, sondern aktiviert die Kulturbürger“. Schließlich formulierte er die These: „Die stärksten gesellschaftlichen Wirkungen lassen sich durch Ansprache der einzelnen Individuen erreichen. Beim Individuum liegen die kreativen Potentiale für unsere Kulturgesellschaft“ (vgl.: www.kupoge.de; Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 113, S. 29-37). Die Wahl, ein Jubiläum mit einer Fachtagung zu kombinieren, ist nicht ganz unproblematisch, denn häufig – wie auch in diesem Falle – überwiegt das Jubilieren (siehe dazu z.B. den Festvortrag von Wolfgang Thierse in: www.kupoge.de; Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 113, S. 39-47).

Inhaltlich diskutiert wurde vor allem auf den vier Foren: (1) Quartiersentwicklung durch Kultur, (2) Stadtentwicklung durch kulturelle Leuchtturmprojekte, (3) Wachstum und Schrumpfung – Konsequenzen für die Kulturpolitik und (4) Neue Partnerschaften in der Stadt(teil)-Entwicklung. Während in den Foren (1) und (4) jedoch eher Altbekanntes wiederholt wurde und in (3) die demographische Entwicklung in Zahlenreihungen im Vordergrund der Präsentation stand, versammelte sich ein großer Teil des Fachpublikums in Forum (2). Hatte Hamburg doch gerade erst mit der Elbphilharmonie den Willen erklärt, sich ein kulturelles Leuchtturmprojekt zu leisten. Hervorzuheben ist, dass sich seit der öffentlichen Präsentation des Schweizer Architektenteams Herzog & de Meuron die Hamburger Bevölkerung fast geschlossen hinter das Projekt gestellt hatte und innerhalb weniger Monate 57 Mio. Euro an privaten Sponsorengeldern eingeworben werden konnten. Ein weiteres kulturelles Highlight der Hafenumnutzung ist der historische „Kaispeicher B“, der das Internationale Maritime Museum Hamburg beherbergen wird. Im Rahmen der Diskussionen über den Sinn und Zweck, die Größe und die Inhalte architektonischer Projekte wurde nochmals herausgestellt, dass es einen Trend in Europa gebe, „kulturelle Leuchttürme“ zu

produzieren. Gleichzeitig gebe es einen Widerspruch, denn Stadtentwicklung sei ein nie anhaltender Prozess, der Bau solcher Leuchttürme dagegen eine schnelle Zeichensetzung verbunden mit medialer Vermarktung.

Am zweiten Tag ließ sich bei Exkursionen der Anteil der „Kultur“ an der Stadtentwicklung nochmals vor Ort überprüfen. Die Exkursion führte in die „HafenCity mit Elbphilharmonie“. Alternativ zu besichtigen gab es das Gelände des Stadtteilfestes „altonale“, die Gebäude der Industriekultur im Stadtteil Ottensen mit neuen Nutzungen, bzw. kommerziell genutzte Häuser in Ottensen und angrenzenden Stadtteilen. Eine Vertreterin der HafenCity Hamburg GmbH führte eine Gruppe von 45 Personen zunächst zum imposanten Modell der HafenCity im InfoCenter. Wir erfuhren, dass auf einer Fläche von 155 Hektar ein neues städtisches Quartier mit einer gemischten Nutzung aus Wohnen, Gewerbe, Freizeit, Einzelhandel und Kultur im Entstehen ist. Dann wurde die Gruppe entlang des fertig gestellten Sandtorkais, an dem sich ausschließlich Eigentumswohnungen befinden, durch den im Bau befindlichen Dalmannkai mit Blick auf das Bauareal und das Banner „Die Elbphilharmonie kommt“ zu dem neu gestalteten öffentlichen Stadtraum der Magellan-Terrassen geführt. Bei der Bebauung des Gesamtgeländes, welches auch einen Traditionsschiffhafen und einen Sportboothafen ebenso wie das Internationale Maritime Museum Hamburg umfasst, wurde auf Durchblicke zum Wasser geachtet.

Ob Kultur bei dieser Entwicklung der Motor und/oder wichtiges, medial vermarktbare Schmuckwerk ist, blieb angesichts der Eile mit der die Veranstaltung beendet wurde, jedoch ebenso offen wie der Blick von der Stadt aufs Wasser.

Heike Delitz

Tagungsbericht: „Die Architektur der Gesellschaft. Architektur der Moderne im Blick soziologischer Theorien“ Dresden 28./29. April 2006

Architektur erweist sich bis heute als zuweilen erbittert umstritten und ist Kristallisationspunkt lokaler Öffentlichkeit. Das Gebaute in Funktion, Dimension, Material und Gestalt ist – neben anderen kulturellen Objektivationen – nutzbar als kultursoziologisches „Senkblei“, das gesellschaftstheoretische Einblicke in die Struktur der Gesellschaft und ihrer Architektur erlaubt.

Eine die Relation von Architektur und Gesellschaft thematisierende Architektursoziologie wird momentan von zwei Seiten verfolgt: einerseits von der Stadt- und Regionalsoziologie in einer Umakzentuierung ihres Gegenstandes, andererseits von der Kultursoziologie in einer Erweiterung ihres Gegenstandsreichs. Einen ersten (nicht programmatisch architekturzentrierten) Schritt zu einer kultursoziologischen, theorieinteressierten Soziologie der Architektur unternahm 2001 eine Tagung der Sektion Kultursoziologie, indem sie den Potsdamer Platz in Berlin als „Kristallisationsort“ im Wandel der Vergesellschaftungsweisen thematisierte (Michael Makropoulos und Joachim Fischer).¹ Zeitgleich mit der Publikation der Beiträge erschien die erste Monographie zur Architektursoziologie aus den Zusammenhängen der Stadt- und Regionalsoziologie (Bernhard Schäfers).² Aus den beiden Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Stadt- und Regionalsoziologie, Kultursoziologie) bildete sich anschließend die Ad-hoc-Gruppe „Architektursoziologie“ zum 32. Kongress der DGS (koordiniert von B. Schäfers).³ Bei der als „2. Tagung zur Architektursoziologie“ angekündigten Dresdner Tagung handelt es sich nun um die erste eigenständige Tagung zur Architektursoziologie (konzipiert von Joachim Fischer, Lehrstuhl für

Soziologische Theorie, Theoriegeschichte und Kultursoziologie, und Hans-Georg Lippert, Lehrstuhlinhaber für Baugeschichte der TU Dresden.

Gemeinsam ist den skizzierten Initiativen der Vorschlag, in der Neubegründung der Architektursoziologie heuristisch zwischen Stadt- und Architektursoziologie zu trennen. Architektursoziologie analysiert anders als Stadt- und Regionalsoziologie, die sich auf die Dynamik städtischer Sozialstrukturen konzentriert, auf konkrete architektonische Phänomene in ihrer Gestalt (in der Stadt, in „Bau und Gegenbau“), um die daran sich anlagernden Prozesse, Interessen, Trägerschichten, Ideologien zu erschließen. Die Dresdner Tagung schlug zusätzlich vor, von vornherein die faktische Theorienvielfalt der Soziologie

- 1 J. Fischer / M. Makropoulos, Potsdamer Platz. Soziologische Theorien zu einem Ort der Moderne, München 2004.
- 2 B. Schäfers, Architektursoziologie. Grundlagen – Epochen – Themen, 2. Aufl. Wiesbaden 2006, ders., Zur Begründung einer Architektursoziologie, in: Soziologie, Heft 2/2004, S. 35-48.
- 3 Die Beiträge von B. Schäfers, Zur Begründung einer Architektursoziologie, J. Fischer, Die Bedeutung der Philosophischen Anthropologie für die Architektursoziologie, H. Schubert, Architektursoziologie als Empirie, K. Weresch, Der Prozess der Wohnzivilisierung – architektursoziologisch betrachtet und G. Christmann, Architektur als Element der Stadtkultur in: K.-S. Rehberg (Hrsg.), Soziale Ungleichheit – Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Dt. Gesellschaft für Soziologie in München 2004, Frankfurt/M. 2006 (CD-Rom).

systematisch fruchtbar zu machen und Architektursoziologie nicht vorschnell auf ein Paradigma einzuengen, in der Voraussetzung, dass verschiedene Theorieperspektiven verschiedenes sichtbar machen. Das sollte je an einem konkreten architektonischen Phänomen demonstriert werden. Architektur ist ein komplexes Phänomen, das weder in seiner Funktionalität noch in seiner Expressivität aufgeht. Auch ist Architektur nicht allein aus einer ideologiekritischen Perspektive zu klären, nicht allein mit Blick auf die Verkörperung sozialer Ungleichheiten, nicht allein aus einer zivilisationstheoretischen oder geschlechterbezogenen Perspektive. Die „Architektur der Gesellschaft“ stand dabei doppelt in Frage: Was kann einerseits die soziologische Theorie von ihrem nicht-sichtbaren Gegenstand (Gesellschaft) am sichtbaren Phänomen (Architektur) erschließen; welche sozialen Bedingungen und Effekte kann Soziologie andererseits für das Phänomen Architektur sichtbar machen. Soziologisch ist Architektur nicht nur über ihre gesellschaftlichen Hintergründe, Interessen, Trägerstrukturen aufzuklären (als „Dienstleistung“ auch für die Disziplin Architektur), sondern kann als ausgezeichnetes Phänomen dienen, dessen Analyse über die Eigenart der gegenwärtigen Gesellschaft aufklärt. Dabei ist der vorausgesetzte Ausgang vom „multiparadigmatischen“ Zustand der Soziologie durchaus umstritten, gibt es doch stets erneut eliminierende Theorienvergleiche oder eine habitualisierte Abwehr gegenüber theoretisch zentrierten Perspektiven zugunsten der Empirie. Das ist sicher ein Reibungspunkt zwischen der Stadt- und Regionalsoziologie und dem kultursoziologischen Theorieansatz.

Die Geschichte der (Kultur-)Soziologie beinhaltet implizite architektursoziologische Studien, Perlen des soziologischen Blicks auf die Architektur (Simmel, Elias, Benjamin, Foucault, Bourdieu). Auf diese Fallstudien können sich Begründungsversuche einer systematischen architektursoziologischen Perspektive beziehen. In Anknüpfung an die von Durkheim, Mauss und Halbwachs konzipierte

„soziale Morphologie“⁴ analysierte Markus Schroer (Darmstadt/München) im soziologischen Blick auf die FIFA-WM Fußballstadien, um an deren unterschiedlicher Grenzziehung der Publikumssphäre zur Außen- und Innenwelt die Struktur einer individualisierten Erlebnisgesellschaft zu beobachten. An der aktuellen Versammlungsarchitektur zeige sich im historischen Vergleich zu Stadien aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der stärkeren baulichen Einkapselung die Suche nach punktuellen Vergemeinschaftungen; zudem zeigten die Stadien eine Betonung der Statusdifferenz. Auch dem Ansatz der „Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen“ geht es um die Verkörperung des Sozialen in einer an Arnold Gehlen (und damit indirekt an Durkheim) anknüpfenden Perspektive.⁵ In historischen Fallstudien werden institutionelle Ordnungen auf ihre symbolische Selbstdarstellung hin befragt sowie auf deren Machtchancen, Subjektivierungsprozesse und Geltungsbehauptungen. Karl-Siegbert Rehberg und Markus Dauss (Dresden und Gießen) spürten für die Institution der katholischen Kirche am Fall von Sacre Coeur in Paris (als „Musterbeispiel“ eines räumlich-zeitlichen Symbols) die komplexen Sinnschichten und verkörperten Geltungsansprüche auf. Sacre Coeur repräsentiert als „archaisierendes Superzeichen“ (in Standortwahl, Grundriss, Gestalt) einen nationalen und universalen Machtanspruch

4 M. Halbwachs, Soziale Morphologie. Ausgewählte Schriften, hrsg. v. Stephan Egger, Konstanz 2002 (darin insb.: Morphologie der Großstadt, S. 58-67).

5 K.-S. Rehberg, Weltrepräsentanz und Verkörperung. Institutionelle Analyse und Symboltheorien – Eine Einführung in systematischer Absicht, in: G. Melville (Hrsg.), Institutionalisierung und Symbolisierung: Verstetigungen kultureller Ordnungsmuster in Vergangenheit und Gegenwart, Köln 2001, S. 3-52; M. Dauss, Identitäts-Architekturen: Öffentliche Bauten des Historismus in Paris und Berlin (1871-1918), Dresden (im Druck).

und verkörpert zugleich die „Naturwüchsigkeit“ der Institution. Diese Architektur soll gegenüber dem laizistischen Staat die Leitideen der katholischen Kirche stabilisieren und diese gegen den „Sündenpfehl der Moderne“ mobilisieren. Dabei macht die Analyse auch die internen institutionellen Spannungen sowie die an der architektonischen Gestalt der Institution ansetzenden Gegeninterpretationen sichtbar.

Im Anschluss an die Figurations- und Zivilisierungstheorie von Norbert Elias, der selbst bereits die höfische Wohnstruktur im Ancien Régime als „Anzeiger“ ihrer Gesellschaftsstruktur verstand,⁶ hat Herbert Schubert (Köln) den Vorschlag seiner „empirischen Architektursoziologie“ am Beispiel eines gegenwärtigen Gefängnisbaus in Hannover vertieft.⁷ Architektur wird mit Elias zum einen als „Anzeiger“ der Sozio- und Psychogenese und als „Spiegel“ gesellschaftlicher Figurationen begriffen, wobei analytisch die räumlich-personalen Interdependenzen interessieren. Zum anderen knüpft Schubert an die Symboltheorie Elias' an, die verschiedene Symbolebenen differenziert. Gezeigt wurde, wie sich in der zur Wohnarchitektur veränderten Gestalt des Gefängnisses (in Dimension, Grundriss, Details, Anordnung) der Übergang von der disziplinierenden Zivilisierung zur normalisierenden „Kollektivierung“ als dominantem Vergesellschaftungsprozess spiegele. Diese Gefängnisarchitektur in ihrer Wohngestalt sei eine „Etablierten-Außenseiter-Architektur“, die soziale Konditionierungen indiziere und verstärke. Die Diskurstheorie Michel Foucaults hat eine methodische Perspektive entwickelt, die sich für die kontingenten Brüche in den Diskurs- und den Praxisformen interessiert und in einer distanzierenden Wendung des Blicks die „Geschichte der Gegenwart“ rekonstruiert.

Ausgehend von den Gemeinsamkeiten soziologischen und architektonischen Denkens (Komplexität des Gegenstandes, Vielfalt der möglichen Zugriffe) beobachtete Stefan Meißner (Dresden) in einer „diskursanaly-

tisch geschulten Architektursoziologie“ das Aufkommen der Luftbilder im 20. Jahrhundert und die damit eintretende Veränderung des Weltverhältnisses: In der Erschütterung der vertrauten Perspektive seien die neuen architektonischen Entwicklungen quer über Stil- und politische Grenzen hinweg zu erklären. Die aus dem Flugzeug aufgenommenen Luftbilder seien sowohl „Bedingung der Wirklichkeit“ (Foucault) der vom Suprematismus faszinierten konstruktivistischen Architektur des Neuen Bauens als auch ihrer ordnungsbezogenen Siedlungen.

Achim Hahn (Dresden) arbeitet an einer grundlegenden „Architekturwissenschaft“ als Wohnforschung.⁸ In Anknüpfung an Heidegger sowie an die Hermeneutiker Wilhelm Schapp und Hans Lipps wird Architektur hier in einer interpretativen Perspektive betrachtet und zum einen programmatisch in „architektonisches Verhalten“ aufgelöst, zum anderen in der als vorgängig behaupteten sprachlichen Interpretation erschlossen. Diesem Ansatz kommt es auf den Gebrauch der Architektur an, auf soziale Verhaltensweisen, die im Entwerfen und Bauen antizipiert sind. Insofern das Ziel des Bauens nicht die Architektur, sondern das Wohnen als Leben sei, und der Architekt immer vor dem Hintergrund eigener

6 N. Elias, Wohnstrukturen als Anzeiger gesellschaftlicher Strukturen, in: *ders.*, Die höfische Gesellschaft. Untersuchungen zur Soziologie des Königtums und der höfischen Aristokratie (zuerst 1969), Frankfurt/M. 1983, S. 68-101. Daran anschließend hat früh architektursoziologische Studien vorgelegt: P. Gleichmann, Die Verhäuslichung körperlicher Verrichtungen, in: *ders.* / J. Goudsblom / H. Korte (Hrsg.), Materialien zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie, Frankfurt/M. 1977, S. 254-278.

7 H. Schubert, Empirische Architektursoziologie, in: Die alte Stadt, Heft 1/2005, S. 1-28.

8 A. Hahn, Wohnen als Erfahrung. Reflexionen und empirisch-soziologische Untersuchungen zur Pragmatik des Wohnens, Münster u.a. 1997.

Wohnvorstellungen entwerfe, sei das Wohnen der eigentliche Gegenstand einer („sinnver-stehenden“, „erfahrungswissenschaftlichen“) Architektursoziologie.

Jens Dangschat (Wien) verfolgte mit Bourdieus Kapital- und Habitusbegriff die Verstärkung sozialer Ungleichheit durch die Distanzierungschancen im kosten- und bildungsintensiven Bereich der Architektur. In diesem Ansatz spiegelt Architektur soziale Ungleichheiten, indem sie Orte mittels symbolischen Kapitals gestaltet und den Raum differenziert organisiert. Die Architektur der Gegenwart erscheint dabei als vielschichtige Formensprache, die in den Dimensionen Funktionalität, Ästhetik, Diskurs und Identität die Ungleichheitsstruktur unserer Gesellschaft reproduziert, gibt es doch nach Bourdieu „in einer hierarchisierten Gesellschaft keinen Raum, der nicht hierarchisiert wäre und nicht Hierarchien und soziale Abstände zum Ausdruck brächte“.⁹ Die „Architektur der Gesellschaft“ besteht dann nach wie vor in der Ungleichheit sozialer Klassen, was sich auch architektursoziologisch zeigen lasse. Konsequenter beobachtet dieser Ansatz einer Architektursoziologie weniger einzelne Architekturen als vielmehr deren Differenz, die Konstellation von „Bau und Gegenbau“ (M. Warnke). Die expressive Gestalt einzelner Architekturen steht möglicherweise eher im Blick einer philosophisch-anthropologisch fundierten Architektursoziologie.

Kurzfristig entschloss sich Barbara Zibell (Hannover) für die erkrankte Susanne Frank (Berlin) einzuspringen und deren Vortragstitel zu „Suburbia als antifeministische Umgebung“ versuchsweise auszuführen. Dabei wurde zunächst der Architekturbegriff so erweitert, dass er alles Planen und Gestalten räumlicher Umwelt erfasst, um von hier aus sichtbar zu machen, wie Frauen nach wie vor und auch architektonisch an den Rand der Gesellschaft gedrängt würden. Das zeige sich im Trend zum Wohnen in den „anti-emanzipatorischen“ Vorstädten, in denen sich die Frau in tendenziell stärkerer Abhängigkeit befinde als

im Stadtzentrum; dies zeige sich aber auch in den Wohnungsgrundrissen. In diesem – ebenfalls mit Bourdieus Kapitalbegriff arbeitenden – Ansatz der Gender Studies erscheint der architektonische Raum insgesamt als Abbild und Herrschaftsmittel einer nach wie vor patriarchalisch geordneten Gesellschaft.

Udo Göttlich (Duisburg) untersuchte aus dem Blick der Cultural Studies die Mobilisierung von „Home Territories“. Der Ansatz interessiert sich für die individuelle Produktion der Alltagskultur bislang in der Analyse des massenkulturellen Mediengebrauchs. Architektur kommt zum einen in der Frage der Aneignung halbprivater Räume (Shopping Malls, Flughäfen) in den Blick, zum anderen im Fall der Wohnräume. In der These einer zunehmenden Mobilisierung von „Heimat“, der „privaten Mobilisierung und mobilen Privatisierung“ griff Göttlich auf Jaques Tatis Filme zurück, die einen Wandel der Privatsphäre zur „Fernnähe“ der „neuen“ Medien nahe legen. Dabei werde die Architektur virtualisiert. Privatheit entstünde demnach in der „Mediengesellschaft“ nicht länger an einem Ort, sondern im virtuellen Raum; die „Architektur der Gesellschaft“ sei als zunehmende Privatisierung zu kennzeichnen.

Innerhalb des Tagungsprogramms fand weiterhin eine Podiumsdiskussion zwischen den beteiligten Disziplinen statt: Hans-Georg Lippert, Architekt und Bauhistoriker, und Joachim Fischer, Soziologe, positionierten sich in der Frage, was die soziologische Theorie der Architektur, und was umgekehrt die Architektur der soziologischen Theorie zu

9 P. Bourdieu et al., Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz 1997, S. 160; vgl. zum Ansatz innerhalb einer Architektursoziologie: J. Dangschat, Lebensstile in der Stadt. Raumbezug und konkreter Ort von Lebensstilen und Lebensstilisierungen, in: ders. / J. Blasius (Hrsg.), Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden, Opladen 1994, S. 335-354.

bringen vermag. Bezogen auf die erste Frage war der Fokus gegenüber den Diskussionen der 1970er Jahre, in denen die Soziologie sich als „Hilfswissenschaft“ der Architektur, als Planungsberatung verstand, deutlich verschoben: Die Architektur könnte von einem soziologischen Blick profitieren, der Kontexte, Bedingungen und Effekte der Architektur sichtbar macht, zu einer methodischen und begrifflichen Schärfung führt, die soziale Wirkung architektonischer Utopien auslotet, ideologische Aufladungen in der Architektur entdeckt sowie die gesellschaftliche Funktion des Ästhetischen reflektiert und gegenüber dem Selbstverständnis der Architekten auch relativiert. Zudem ist eine auch die Architektur interessierende Kernfrage, inwiefern Architektur als Abbild oder Ausdruck einer Gesellschaft zu verstehen sein könnte (Lippert). Bezogen auf die zweite Frage könnte die Soziologie umgekehrt die Architektur als „Organon“ der Gesellschaftsanalyse entdecken. Architektur sei hier in ihrer Doppelfunktion von Funktionalität und Expressivität zunächst Instrument und Ausdruck der Gesellschaft; weiterhin ein „schweres“ Medium (gegenüber Schrift und Geld), das die Materialität und Körperlichkeit in die Soziologie einführe; drittens Stimulus und Organ der sozialen Differenzierung; viertens auf Konstruktion und Destruktion, auf Machtkämpfe hin zu beobachten; fünftens Medium der intergenerationalen Vergemeinschaftung. In einer Architektursoziologie, die die gleichzeitige Präsenz von Bauten verschiedener Epochen in jeder Stadt der Moderne beobachtet, könne sich die Soziologie vor ihrem Neuigkeitsdiskurs schützen, der ständigen Versuchung, die moderne Vergesellschaftung als absoluten Bruch mit bisherigen Vergesellschaftungsprinzipien zu verstehen. Architektur ist das Medium, das die „Unaufräubarkeit der Moderne“ bewusst macht (Fischer).

Die Debatten der Tagung zusammenfassend, galt ein zentraler Diskussionspunkt der Neubegründung einer Architektursoziologie in der Relation von Architektur und Gesellschaft.

Ob Architektur als Spiegel oder Ausdruck, als soziale Morphologie oder als Medium der Vergesellschaftung zu konzipieren sei, ist eine architektursoziologische Zentralfrage. Ebenfalls, ob sie in ideologiekritischer Absicht in erster Linie als Distinktionspraxis zu verstehen sei, ob Architektur in die Prozesse des Bauens und Gebrauchens aufzulösen sei oder ob die expressive Gestalt der Architektur selbst der aufschlussreiche Punkt sein könnte. Weiterhin bleibt eine Schlüsselfrage, wie innerhalb einer Architektursoziologie Gesellschafts- und Sozialtheorie ineinander greifen. Eine systematisch verfolgte Architektursoziologie revidiert die auf das soziale Handeln von Individuen konzentrierte oder die auf die Kommunikation mit „geflügelten“ Medien (Sprache, Schrift, Geld) konzentrierte Sozialtheorie. Gesellschaftstheoretisch bleibt auch zu klären, wie sich die Soziologie zur gegenwärtigen Architektur stellt: Ist Architektur in einer als Wissens- oder Mediengesellschaft „begriffenen“ Vergesellschaftung uninteressant, ist also etwa der Dekonstruktivismus allenfalls eine Spektakelarchitektur, ein pathologisches Phänomen, oder sagt gerade diese Architektur in ihrem spezifischen Gestus etwas über die konstitutiven Mechanismen der Gegenwarts-gesellschaft aus? Dabei ist auch ein Diskussionspunkt, welche Baufunktion und welche Architektur soziologisch aufschlussreich sein könnte (Wohn- oder Gefängnisarchitektur; Avantgarde- oder Alltagsarchitektur); und was Architektur „eigentlich“ sei (um den Gegenstand der Architektursoziologie zwischen Raum, Stadt und Architektur zu bestimmen). Zu thematisieren sind weiterhin das Erkenntnisinteresse und die Reichweite einer Architektursoziologie. Architektur ist das nonverbale, körperräumliche Medium, das nicht in ihrer Diskursivierung, aber auch nicht in der Logik des Bildes aufgeht. Demgegenüber ist die empirische Sozialforschung von ihrer Entstehung her auf Text und Zahl zugeschnitten. Welcher methodische Zugang der Eigenlogik der Architektur als körperbezogener Kultur-

technik gerecht zu werden vermag, wird eine nächste Veranstaltung zu klären versuchen.

Die systematische Neubegründung der Architektursoziologie wird in der neu gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Architektursoziologie“ von beiden Sektionen aus weiter verfolgt. Fortgeführt und verstärkt werden sollte dabei unbedingt auch der Kontakt zu und der Dialog mit den Architekten. Hervorzuheben bleibt für diese Tagung der Anfang einer interessanten Forschungsperspektive; die Beteiligung sowohl von Architekten als auch von Soziologen in Publikum und Veranstalterkreis; das Interesse, welches das Thema Architektur unter (Stadt-) Soziologen und Architekten und unter den Nachwuchswissenschaftlern beider Disziplinen evozierte; und nicht zuletzt die Offenheit und Vielfältigkeit der soziologischen Perspektiven auf die Architektur.

AUTOREN

GERD ALBERS (1919), Prof.em. Dr.-Ing. e.h. Nach Kriegsdienst Studium der Architektur in Hannover und der Stadtplanung in Chicago. 1952-1962 Kommunaldienst als Stadtplaner in Ulm, Trier und Darmstadt, dann bis 1988 Ordinarius für Städtebau und Regionalplanung an der TU München.

LAURA CALBET I ELIAS, geb. in Barcelona, ist Studentin der Architektur (Polytechnische Universität Kataloniens) und der Stadt- und Regionalplanung (TU Berlin). 2002 bis 2004 Tutorin am DFG-Forschungsprojekt „Postmoderner Städtebau seit den 1980er Jahren“ an der TU Berlin; seit 2004 Tutorin am Lehrstuhl für Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin.

MARTIN KLUMPP war von 1998 bis 2005 Prälat der Evangelischen Landeskirche in Stuttgart. 1979 übernahm er das Pfarramt in der Hospitalkirche Stuttgart und leitete das dortige Bildungszentrum Hospitalhof. Er ist u.a. Vorsitzender des Vereins Evangelische Ausbildungsstätten für Sozialpädagogik, der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenen- und Familienbildung und Vorstand der Stiftung Kirche und Kunst in der Evangelischen Landeskirche. Als Mitbegründer des Stuttgarter Hospiz engagiert er sich seit Jahren in der Begleitung sterbender Menschen.

RAINER PREWO (1945); Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Erlangen und Frankfurt am Main. Diplomsoziologe 1972; Promotion zum Dr. phil 1978. 1982 Professor an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Wiesbaden. Seit 1992 Oberbürgermeister der Stadt Nagold und seit 2006 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg.

FRANZISKA PUHAN-SCHULZ (1955), Kulturanthropologin, ist tätig als Projektmanagerin und Organisatorin von Kunst- und Architekturprojekten für verschiedene deutsche Museen und Firmen sowie für die Universität Frankfurt am Main. Promotion 2003 am Frankfurter Institut für Kulturanthropologie mit DAAD-Forschungsaufenthalt am Soziologischen Institut der Prager Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen zu den Themen: Stadtbaugeschichte, Kulturpolitik, Museen und Stadtimagebildung.

MARTIN RICHARD (1951); nach Bauzeichnerlehre Universitätsausbildung im Bereich Raum- und Umweltplanung; Abschluss als Dipl.-Ing. Bei der Stadt Limburg acht Jahre mit Öffentlichkeitsarbeit, Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung beschäftigt, danach 12 Jahre Leiter des Kreisbauamtes des Landkreises Limburg-Weilburg. Seit 1997 Bürgermeister der Kreisstadt Limburg an der Lahn.

BESPRECHUNGEN

EVAMARIA ENGEL / FRANK-DIETRICH JACOB, *Städtisches Leben im Mittelalter. Schriftquellen und Bildzeugnisse, Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2006, VIII, 465 S., 34,90 Euro.*

Mit seinem 1986 erstmals (ebenfalls im Beck-Verlag) erschienenen Buch über „Die Stadt im späten Mittelalter“ hat Hartmut Boockmann (†1998) vor allem im Hinblick auf breitenwirksame Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse und den Einsatz von Bildquellen und Realienabbildungen Maßstäbe gesetzt. An ihm werden sich spätere, ähnlich gelagerte Werke noch immer messen müssen, so auch der vorliegende Band. Auch dieses nicht weniger gewichtige Werk ist reich, wenn auch – ebenso wie bei Boockmann – durchweg in schwarz-weiß bebildert. Neben vielen oft gedruckten und oft besprochenen „Klassikern“ mittelalterlicher Bildquellen, wie den Chroniken Diebold Schillings oder dem Volkacher Salbuch finden sich dabei eine Reihe realienkundlich orientierter Abbildungen sowie einige Miniaturen aus weniger prominenten Handschriften. Vor allem aber – und das unterscheidet den vorliegenden Band von seinen Vorgängern – steht neben dem Bildzeugnis hier gleich berechtigt die Schriftquelle. Wie es der Untertitel verspricht, hält der Leser eine Quellensammlung in der Hand, freilich von besonderer Art. Die souveräne, bisweilen unterhaltsame Darstellung stellt sich dabei in den Dienst der Ein- und Überleitung, durch die die unterschiedlichen Zeitdokumente sinnstiftend miteinander verknüpft werden. Geschöpft wird aus der Breite der mittelalterlichen Überlieferung: Es finden sich Auszüge aus Stadtrechten neben Bürgertestamenten, Geschäftsaufzeichnungen, den verschiedensten Zeugnissen spätmittelalterlicher Fachprosa, Urkunden und Passagen aus Literatur und Chronistik. All diese höchst diversen Schriftquellen werden in neuhochdeutscher

Übertragung wiedergegeben, ein Hinweis auf die jeweilige Ausgabe der Originalfassung durchweg beigelegt. Der begrüßenswerte Komfort des ungeübten Lesers geht damit nicht auf Kosten desjenigen, der sich mit der Quelle ungekürzt und im Originalwortlaut weitergehend auseinandersetzen möchte. Die neuhochdeutschen Übertragungen dienen aber nicht nur dem bequemen Lesefluss, sondern machen die Arbeit in hohem Maße attraktiv als Fundus für den Schuleinsatz, wo einschlägige Quellensammlungen neuerer Datums bislang noch fehlen. Begleitet wird die quellennahe Darstellung von insgesamt 130 sorgsam kommentierten Bildzeugnissen. Allzu selten sind leider Hinweise auf die größere Einordnung des Bildes in seinen Überlieferungszusammenhang beigelegt, was gerade bei Handschriftenminiaturen bedauerlich ist. Beim Volkacher Salbuch (S. 278) oder dem älteren Zwickauer Stadtrechtsbuch (S. 48) beispielsweise ist dies noch der Fall; zum Schachzabelbuch Konrads von Ammenhausen (S. 58 und S. 267) oder dem *Speculum humanae salvatoris* (S. 234) hingegen wären im Hinblick auf die anvisierte Leserschaft einige knappe Erläuterungen zum Kontext sicherlich wünschenswert gewesen.

Vier Großkapitel strukturieren den Band. Beschäftigt sich der erste Teil (S. 13-132) mit den im weitesten Sinne öffentlich-genossenschaftlichen Strukturen städtischer Organisation und Verwaltung wie Gerichtswesen, öffentliche Hygiene oder Wasserversorgung, so wenden sich die anderen drei Kapitel der Lebenswelt einzelner sozialer Gruppen, der Kaufleute (S. 133-250), der Handwerker (S. 251-338) und der Randständigen der Erwerbsgesellschaft, den Knechten, Mägden, Lohnarbeitern und Prostituierten (S. 339-397) zu. Dass ein Band, der sich dezidiert dem „städtischen Leben“ und nicht der Verfassung mittelalterlicher Städte zuwendet, manche Strukturelemente ausblenden oder zumindest an die Seitenlinie verbannen wird, liegt auf

der Hand. Im Zentrum steht, was unter dem weiten Mantel der „Alltagsgeschichte“ firmieren mag. Damit haben sich die Autoren in der höchst lesenswerten Einführung ausführlich auseinandergesetzt. Positiv herauszuheben sind vor allem die erfolgreichen Bemühungen um geographische und – bei allen Diktaten der Quellenüberlieferung, die ja bekanntlich in breitem Ausmaß erst im 14. Jahrhundert einsetzt – chronologische Breite. Lediglich beim Blick auf die behandelten Themen wird der Leser Quellen zum städtischen Wehrwesen, beispielsweise zur bürgerlichen Reis- und Wachtspflicht, weitgehend vermissen. Das ist insofern bedauerlich, als es doch gerade die finanzielle Potenz der Städte war, die einen bedeutenden Anteil an der raschen Ausbreitung der neuen Militärtechniken hatte, die wiederum auch die alltägliche Lebenswelt der Bürger nicht unberührt ließen. Lediglich der städtische Wehrbau wird knapp behandelt (S. 31 ff.). Umso einsamer steht da die Abbildung einer Pavese aus dem späten 15. Jahrhundert (S. 33), deren gedankliche Rückbindung dem Leser ohne weitere Vorkenntnisse von den Umbrüchen der Militärtechnik in Laufe des 15. Jahrhunderts schwer fallen dürfte.

Solcherlei Kritik bleibt aber marginal. Die meisten Leser, ganz sicher aber jeder spitzfindige Rezensent, werden Aspekte finden, deren Behandlung man sich ausführlicher oder unter anderer Schwerpunktsetzung gewünscht hätte. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass den Autoren eine Darstellung städtischer Lebenswelten im deutschen Mittelalter gelungen ist, die nicht nur eine bislang kaum erreichte Nähe zu den Quellen herstellt, sondern zugleich auch für eine breite Leserschaft lesbar bleibt. Gerade in didaktischer Hinsicht hat diese Darstellungsform einen weiteren, nicht zu unterschätzenden Vorteil: Gegenüber den einschlägigen Handbüchern bleibt der Konstruktionscharakter solcher umgreifender Darstellungen stets präsent; die mit viel Mut zum Exemplarischen zusammengestellten Schlaglichter mittelalterlichen Lebens verlieren ihre Individualität nicht durch im Hand-

buch notwendige Abstraktion. So zeichnen Engels und Jacob nicht nur ein detailliertes und farbenfrohes Bild der mittelalterlichen deutschen Stadt, sondern vermitteln zugleich eine Idee davon, dass es „die“ mittelalterliche deutsche Stadt nicht gegeben hat.

Hiram Kümpfer, Bochum

MONIKA ESCHER-APSNER, *Stadt und Stift. Studien zur Geschichte Münstermaifelds im hohen und späteren Mittelalter, Trier: Kliomedien Verlag 2004 (Trierer Historische Forschungen 53), 640 S., 6 Kt., 11 Tab., 5 Tafeln, 75,- Euro.*

Die an der Universität Trier 2001 als Dissertation abgeschlossene Untersuchung ist Stadt und Stift Münstermaifeld gewidmet. Die Verf. stellt in einer knappen Einleitung Fragestellung, Forschungsstand, Vorgehensweise und Quellenlage ihrer Arbeit vor. Sie beschreibt dabei auch den geographischen Raum, in dem Münstermaifeld liegt. Nach einer Untersuchung der Herrschaftsverhältnisse auf dem Maifeld zu Beginn des 13. Jahrhunderts behandelt sie die Geschichte des Münstermaifelder Kollegiatstiftes St. Martin / St. Severus von den Anfängen der kirchlichen Entwicklungen im 7. bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts. Dabei werden neben dem Stiftpersonal die Reliquientranslation des 10. Jahrhunderts und der Besitz des Stifts bis 1300 sowie der Weinbesitz bis zur ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts untersucht. Die Verf. zeigt dabei die wirtschaftliche und kulturelle Zentralfunktion des Stifts. In einem weiteren Schritt wendet sie sich der Siedlung Münstermaifeld bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts zu. Dabei wird deutlich, dass die Grundherrschaft mit Markt und kurzfristiger Münze die wirtschaftliche Voraussetzung für die spätere Stadt war. Diese bildete bereits in der Mitte des 12. Jahrhunderts einen zentralen und „protourbanen“ Bezugsort in der mittelhessischen Städteland-

schaft. Am Ende des 12. oder zu Beginn des 13. Jahrhunderts sind die Einflusstänge des Erbstiftes als Ortsherrschaft und des Kollegiatstiftes auf die sich herausbildende künftige städtische Siedlung Münstermaifeld nicht mehr voneinander zu trennen.

Ein weiteres Kapitel behandelt den dritten Kirchenbau des Stiftes ab 1225 oder bald darauf, der durch den Propst Ingebrand in Konkurrenz zu zahlreichen Sakralbauten der Umgebung an ein Sakralkonzept gebunden wurde. Daraus ergab sich in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts eine Kooperation zwischen Trierer Erzbischof, dem Kollegiatstift und der Stadt. Die Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung von Stift und Stadt bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts lässt auch eine gegenseitige Durchdringung der stiftischen und städtischen Wirtschaftstätigkeit erkennen, deren Erfolg sich beispielhaft im Kirchbau zeigte. Die Stadt war also keineswegs nur agrarisch geprägt, sondern hatte zahlreiche Handwerke und ihre Vertreter in ihren Mauern. Dazu lässt sich auch eine zahlenmäßig bedeutsame Judensiedlung erschließen. Die fortifikatorischen, organisatorischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen der Stadtgemeinde waren für die Privilegien bedeutsam. Sie haben durch ihre transpersonale Bedeutung die Entwicklung der Gemeinschaft geprägt.

Die Untersuchung der Begegnungsräume von Stadtgemeinde und Stiftungsgemeinschaft beweisen die für die Gemeinschaft besonders wichtigen Bindungen des Kultes. Dazu kam das enge familiäre Beziehungsgeflecht, das immerwiedernachweisbar ist. Die Verf. zeigt Münstermaifeld im kurtrierischen Stadt- und Herrschaftsgefüge mit seinen Verbindungen zu Erzbischof, Domkapitel und Stadt Trier. Weiterhin wird das Verhältnis zu anderen Kollegiatstiften und zu den weltlichen Herrschaftsträgern unter dem Aspekt der Zentralität geschildert. Ein Bedeutungsverlust von Münstermaifeld gegenüber Mayen ist seit der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts nachweisbar. Eine Betrachtung Münstermaifelds als Teil der „mittelrheinischen Städtelandschaft“

rundet die Darstellung ab, die durch ein umfangreiches, beeindruckendes Quellen- und Literaturverzeichnis ergänzt wird.

Der Verf. gelang ein entscheidender Fortschritt in der Erforschung der Stellung von Münstermaifeld. Darüber hinaus ist die Arbeit für die Rolle von Stadt und Stift in ihren gegenseitigen Bedingtheiten von Bedeutung. Sie trägt zur Kenntnis der hoch- und spätmittelalterlichen Entwicklung des Herrschaftsraumes des Trierer Erbstiftes Gewichtiges bei. Die Arbeit ist nicht nur für die Stadtgeschichte, sondern auch für die Kirchengeschichte des Rheinlandes bedeutsam. Ein seit langer Zeit bestehendes Desiderat der landesgeschichtlichen Forschung des Rheinlandes ist damit aufgearbeitet worden.

Immo Eberl, Ellwangen / Tübingen

ROLF HAMMEL-KIESOW / MICHAEL HUNDT (Hrsg.), *Das Gedächtnis der Hansestadt Lübeck. Festschrift für Antjekathrin Graßmann zum 65. Geburtstag, in Verbindung mit dem Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde und dem Hansischen Geschichtsverein, Lübeck: Schmidt-Römhild 2005, 638 S., ill., Kt. + 1 CD-ROM, 36,- Euro.*

Den Titel der Festschrift für die langjährige Direktorin des Lübecker Stadtarchivs verstehen die Herausgeber doppelsinnig. Ein kommunales Archiv als Institution wird landläufig gerne als Gedächtnis seiner Stadt bezeichnet – jedoch benötigt eine Institution den leitenden Kopf, in diesem Falle die zu ehrende Antjekathrin Graßmann, die auch für sich selbst den Anspruch erheben kann, so etwas wie das Gedächtnis der Stadt zu sein. Ihre in zahlreichen Publikationen zu Themen aus nahezu allen Epochen und Gebieten der lübischen Geschichte (dokumentiert S. 619 – 634) zeigen dies deutlich auf. Dabei bestand ihre Arbeit nicht allein im unermüdlichen Pu-

blizieren, wie man angesichts der Fülle ihrer Arbeiten vermuten könnte. Als Archivarin musste sie sich darüber hinaus vielen fachlichen Aufgaben stellen, nicht zuletzt derer, die seit 1987 aus der Rückführung der im Zweiten Weltkrieg erst ausgelagerten und später in der DDR und der UdSSR verbliebenen lübischen Archivalien resultierten. Der Beitrag von Meike Kruse über die dabei zu leistenden Ordnungs- und Erschließungsarbeiten zeigt deutlich auf, welche hohe Anforderungen nicht nur an die Historikerin, sondern auch an die Archivmanagerin Graßmann gestellt – und gemeistert – wurden.

Es gibt also Gründe genug, anlässlich ihres 65. Geburtstages eine im doppelten Sinne gewichtige Festschrift vorzulegen. Die Herausgeber haben sich dabei sinnvoller Weise darum bemüht, die insgesamt 47 Beiträge in vier großen Themenblöcken zusammenzufassen (nämlich „Geschichte Lübecks“, „Geschichte der Territorien um Lübeck“, „Geschichte der Hanse“, „Archivwissenschaft und Archivgeschichte“), so dass sich nicht das bei manch anderer Festschrift zu beobachtende Bild nahezu völliger Beliebigkeit ohne innere Verbindung der Einzelbeiträge ergibt.

Die Fülle der Beiträge, macht es unmöglich, an dieser Stelle jeden einzelnen zu würdigen. Der Festschrift für eine Archivarin angemessen ist das Bemühen der meisten Autoren, direkt aus den Quellen zu schöpfen und so tatsächlich Neues zu Tage zu befördern. Dabei kommt auch die in der neueren universitären Geschichtswissenschaft gern achtlos beiseite gedrängte Quellenkunde im hilfswissenschaftlichen Sinne wieder zum Tragen. So zeigt Joachim Deeters mit seiner quellenkundlichen Untersuchung zur Überlieferung der Hanse-Rezesse im Stadtarchiv Köln vorbildlich, wie die Grundlagenforschung des wissenschaftlichen Archivars – des geborenen Fachmanns auf diesem Gebiet – Wege zur Interpretation und Einordnung dieser Quellen erst eröffnet, die bei einer bloßen inhaltlichen Nutzen unberücksichtigt geblieben wären. Hier zeigt sich, wie unverzichtbar historisch forschende

Archivare nach wie vor sind. Auch die verschiedenen Beiträgen angeschlossenen Quellen-Editionen kleineren Umfangs bieten der Forschung langfristigen Gewinn durch eine fortan bequeme Zugänglichkeit.

Wie man über das Ziel hinausschießt, zeigt dann jedoch der Beitrag von Stuart Jenks, der auf einer beiliegenden CD-Rom die Nowgoroder Schraen, d.h. die Kontorsordnungen der dortigen Hanseniederlassung, auf der Basis der Edition von Wolfgang Schlüter aus dem Jahr 1911 als digitale Fassung vorlegt. Dabei geht es ihm fast weniger darum, diese wichtigen Quellen der Forschung erneut zugänglich zu machen, als um eine Demonstration der Vorteile einer digitalen vor einer klassischen gedruckten Edition. Erstere hat manches für sich, insbesondere kann die Gegenüberstellung zahlreicher sich unterscheidender Fassungen übersichtlicher gestaltet werden, und die Kosten für eine Verbreitung einer digitalen Edition scheinen zunächst einmal wesentlich geringer zu sein als die eines gedruckten Buchs. Dennoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Jenks in übertriebener Fortschrittsgläubigkeit das Potential der Vorteile bei weitem überschätzt. Jede wissenschaftliche Bibliothek weiß ein Lied davon zu singen, dass entgegen aller Vorhersagen die Einführung digitaler Medien die Preise gegenüber den gedruckten keineswegs reduziert, sondern in vielen Bereichen eher noch gesteigert hat. Doch selbst wenn für eine kostengünstige Distribution gesorgt wird: Jenks hat seine Edition in HTML realisiert und damit auf einen Standard gesetzt, dessen Lebensdauer nach einhelliger Meinung aller, die sich mit der Langzeitarchivierung digitaler Daten befassen, durchaus begrenzt ist. Schon in wenigen Jahren, spätestens in Jahrzehnten kann daher seine Edition nur noch von wenigen, speziell ausgerüsteten Experten genutzt werden, während Schlüters Bände von 1911 auch in 100 Jahren noch verfügbar sein werden. Angesichts dieser geringen Halbwertszeit bzw. der hohen Kosten, die Halbwertszeit immer wieder zu verlängern, stellt sich schon

die Frage, ob der Aufwand für solche digitalen Angebote überhaupt lohnt. Jeder, der eine Edition selbst aus den Quellen erarbeitet, tut jedenfalls gut daran, auf die klassische Publikation in Buchform zu setzen, die noch immer allein Dauerhaftigkeit garantiert.

Doch auch die nicht-digitalen Archivalien selbst zu erhalten, erfordert viel Aufwand und Know-How, wie die abschließenden Beiträge zu Restaurierungsmaßnahmen im Stadtarchiv Lübeck zeigen. Dort bewegt man sich auch Dank der Umsicht Antjekathrin Graßmanns auf der Höhe der Zeit, was erneut belegt, wie wichtig technisch-praktische Kenntnisse auch für eine Archivleitung sind, wenn sie rechten Gebrauch von einer Restaurierungswerkstatt oder von eingeworbenen Drittmitteln für Restaurierungsmaßnahmen machen will.

Insgesamt bleibt der Eindruck einer rundherum gelungenen Festschrift, die nicht allein der verdienten Ehrung der Jubilarin dient, sondern mit vielfältigen neuen oder neu akzentuierten Forschungsergebnissen zur Geschichte Lübecks und der Hanse aufwarten kann und daher in keiner gut sortierten stadthistorischen Bibliothek fehlen sollte – der Preis von nur 36,- € rechtfertigt die Anschaffung allemal.

Max Plassmann, Düsseldorf

CAROLIN WIRTZ, *Köln und Venedig. Wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen im 15. und 16. Jahrhundert, Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2006 (Beihefte zum Archiv für Kulturgeschichte 37), 398 S., 44,99 Euro.*

Dass die Handelsbeziehungen Kölns zu Venedig im 15. und 16. Jahrhundert eng waren, wird zwar immer wieder in der einschlägigen wirtschafts- und stadtgeschichtlichen Literatur erwähnt, aber bislang gab es dazu keine grundlegende Studie. Das Verdienst einer von Bernd Roeck (Zürich) angeregten Dissertation ist es, diese Lücke gefüllt zu haben. Besonde-

re Beachtung verdienen vor allem die Quellenfunde, die die Autorin im venezianischen Staatsarchiv gemacht hat und von denen eine Auswahl im Anhang zu ihrer jetzt im Druck vorliegenden Doktorarbeit abgedruckt ist.

Als Quellen hat die Autorin vor allem die venezianischen Notariatsakten herangezogen, aber auch die Kölner Briefbücher wurden konsultiert. Im Historischen Archiv der Stadt Köln hätte man sicherlich noch den einen oder anderen Quellenfund machen können, wenn man die einschlägigen Aktenbestände zur Wirtschaftsgeschichte noch einmal systematisch durchgearbeitet hätte, doch dazu fehlte offenbar die Zeit. So stützt sich die Arbeit für die Kölner Seite vor allem auf die vierbändige Quellensammlung von Bruno Kuske aus den Jahren 1917 bis 1934.

Den zeitlichen Schwerpunkt auf das 15. und 16. Jahrhundert zu legen, ist sinnvoll, da für die frühere Zeit so gut wie kaum Quellen existieren, wenngleich man weiß, dass bereits im 12. Jahrhundert Handelskontakte zwischen Venedig und Köln existierten. Die Studie ist chronologisch gegliedert. Der Überblick über das 15. Jahrhundert beginnt mit den Auswirkungen der Handelsblockade König Sigismunds auf den Handel mit Venedig. Es folgt ein Kapitel über die „Venedisch Gesellschaft“, die von 1407 bis 1416 aktiv war und an der auch Kölner Kaufleute beteiligt waren. Weiterhin wird die besondere Rolle Frankfurts als Zwischenhandelsplatz herausgearbeitet. Neben kölnischen Kaufleuten, deren Namen – wenngleich wir sonst kaum etwas über sie wissen – sich in den venezianischen Notariatsakten erhalten haben, gab es in Venedig auch eine kleine deutsche Kolonie von Handwerkern (vor allem Schuhmacher, Bäcker und Ballenbinder) in der ebenfalls Kölner präsent waren. Der zweite Teil der Untersuchung beginnt mit einem allgemeinen Überblick über die Auswirkungen der Veränderung der Handelsströme im 16. Jahrhundert auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Städten. Es folgen biographische Vignetten, die z.T. wieder ins 15. Jahrhundert

zurückreichen und wechselseitige kulturelle Einflüsse belegen sollen. Hier ist insbesondere auf das Kölner Goldschmiedehandwerk zu verweisen, das am „gusto tedesco“ einen großen Anteil hatte. Aber auch im Buchdruck lassen sich solche Einflüsse aufzeigen, wie das Kapitel über den in Venedig tätigen Kölner Johannes von Köln und seine Nachfolger zeigt.

Die Ausführungen über die Waren und die Reisenden, die von Köln den Weg nach Venedig nahmen (aber auch in umgekehrter Richtung) sind im Wesentlichen aus der Sekundärliteratur erarbeitet worden und lassen oft den engeren Bezug zu Köln vermissen. Das gilt ebenfalls für Teile des Kapitels über die Pilger. Immerhin erfahren wir einige interessante Einzelheiten zum venezianischen Herbergswesen aus den Notariatsakten, die die Verfasserin auf der Suche nach Kölner Kaufleuten und anderen Reisen systematisch durchforstet hat. Abgerundet wird diese insgesamt gelungene Arbeit durch einen Exkurs über Sprache und Kommunikation. Kleinere Fehler (so war Hermann Weinsberg sicherlich kein Patrizier) verzeiht man daher eher und man regt sich auch nicht besonders darüber auf, dass hier Fronleichnam mit „h“ geschrieben wird.

Robert Jütte, Stuttgart

HARALD BODENSCHATZ / JOHANNES GEISENHOF, *Eine Vergangenheit für unsere Zukunft. Planen und Bauen – historisch begründet, 25 Jahre Planungsbüro Gruppe DASS, Bad Windsheim: Delp-Verlag 2005, 104 S., 234 Abb., 29,80.*

Es gibt Sachbücher, die man zusätzlich gerne in die Hand nimmt, weil sie über den fachlichen Erfahrungsschatz hinaus auch die Qualität des Persönlichen vermitteln, – Persönliches vor allem im spürbaren Verwachsensein mit dem

Arbeitsfeld einer Kulturlandschaft, das sich aus jahrelanger, vielfältig praktischer Zuwendung heraus so ergeben konnte. Die Publikation von Harald Bodenschatz und Johannes Geisenhof ist so ein Buch. Mit ihm wird in auswählender Rückschau aus einer nunmehr 25jährigen Stadterneuerungspraxis berichtet, die das „Planungsbüro Gruppe DASS“ im ländlich geprägten Geschichtsraum mittelfränkischer Städte und Dörfer geleistet hat.

In der Aufgliederung nach Maßnahmen zur Stadt- und Dorferneuerung, zur Altbausanierung und zum landschaftsgebundenen Bauen werden an die 40 Arbeitsbeispiele vorgestellt. Sachlich-instruktive Photoabbildungen und Planzeichnungen begleiten die in einfach anschaulicher Sprache gehaltenen Texte zur jeweiligen Stadtbauanalyse, Stadtgeschichte und Baugeschichte bzw. zur Maßnahmeerläuterung.

Hauptsitz des Planungsbüros ist seit 1987 das mittelfränkische Weißenburg in Bayern. Die Gründung 1980 im Zusammenhang mit der Technischen Universität Berlin muss allerdings erwähnt werden, denn im Rahmen des Bodenschatz-Lehrstuhles für Planungs- und Architektursoziologie haben jene – auch internationalen – Erfahrungen und Nachdenklichkeiten zum Großthema „Städtebau“ ihren Ursprung, die im Buch einleitend vorangestellt sind. Aus subtilen Beobachtungen werden die Positionen zur heutigen Stadterneuerungsaufgabe begründet und vertiefend schließlich hingeführt auf das besondere Aufgabenfeld eines sozial und geschichtlich bewussten Umganges mit dem Zerschneiden historischer Klein- und Mittelstädte.

Dabei wird gleichermaßen einleitend auch das Grundsätzliche, die „Philosophie“ im Aufgabenverständnis offen gelegt, das die Arbeitsweise des Planungsbüros über 25 Jahre hinweg beharrlich und auszeichnend begleitet, nämlich das Verständnis der Stadterneuerung als Gesamtaufgabe: die Bestandsaufnahme und die konkrete Planung sozusagen aus einer Hand. Nun könnten so manche Sanierungspraktiker dieser Feststellung das Besondere

bestreiten. Sie können sich schließlich für ihre Planungsarbeit immer nachweisbar auf die Ableistung des sattsam bekannten Kapitels „Vorbereitende Untersuchungen“ berufen, auch wenn dies nicht selten nur in der faktisch trockenen Erhebung von Bestandschäden oder von städtebaulichen Mängeln als eingelöst gilt oder – was die geschichtliche Seite angeht – im kurzhandigen Zugriff auf verfügbare Denkmaldaten.

Für die Planungsgruppe DASS hingegen bedeutet im Altort oder im Altbau „Bestandsaufnahme“, und das ist nun der eigentliche Vorzug im Ganzen, eine umfassende Erkundung des Geschichtlichen und seiner sozialen Bedingungen. Erkundung in diesem Sinne ist im Planungsauftrag weder inhaltlich zu umreißen noch detailliert zu formulieren; sie wurde vielmehr stets in persönlicher Eigeninitiative geleistet. Wie diese Art geschichtlicher Bestandsaufnahme konkret aussieht, dazu können einleitend verständlicherweise nur wenige Hilfs Worte eine vage Vorstellung geben, – angefangen von der quellenkundlichen Nachschau in Archiven und Publikationen, über auffrischendes Nachfragen im zumeist schon stillgelegten Wissen der Eigentümer, über Gespräche vor Ort mit Bewohnern, Politikern usw., bis hin zum rekonstruierenden „Nachzeichnen“ der jeweiligen Bau-, Stadtbau- und Planungsgeschichte. Im Text zu den einzelnen Arbeitsbeispielen konnte dazu natürlich nur ein Extrakt der umfassenden Erhebungen mitgeteilt werden.

Nur aus dem Persönlichen dieser Erkundungen erwächst dann im Sinne der Gesamtaufgabe jene „Nähe zum Patienten“, jenes auch emotionale Aufgabenverständnis, das noch vor dem (kreativ planenden) Interpretieren des überkommenen Alten zu allererst das Verstehen sucht.

Staatliche Fachdenkmalpflege oder Bau-forschung kann – schon aus personellen Gründen – in ihrem Alltag diese Art komplexer Forschungsarbeit nicht bewältigen. Vor diesem Hintergrund wurde daher vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg schon 1986 mit

dem Arbeitsheft „Ortsanalyse“ für die Praktiker der Stadt- und Dorfkernerneuerung eine hilfreich anschauliche Anregung gegeben zur selbständigen Nachschau und zur konstruktiven Auseinandersetzung mit geschichtlichen Altorten. Das Echo war gering, – es hätte dazu ja auch einigen Willen zum Lesen und zum Nachdenken gebraucht.

Der vorliegende Band ist allerdings nicht nur eine vorbildliche Einlösung dieses Arbeitsheftes; er greift inhaltlich weit darüber hinaus. Die geschichtliche Bestandsaufnahme geschieht nicht nur projekt- oder planungsbezogen, sondern erarbeitet vielfach eine Art „Überschuss“ an Erkenntnissen, der auch von dieser Ebene her die Stadterneuerung als Prozess und als Anreiz zum Weiterdenken begreift. In jedem Fall aber wurde für die unterschiedlichsten Aufgabenfelder die geschichtliche Begründung vertiefend so erarbeitet dass dem jeweiligen Erhaltungs- und Handlungsanspruch Rechnung getragen werden konnte, – seien es die rettenden Erneuerungsansätze im Barockstädtchen Ellingen, sei es (ganz ohne künstliches Hinterfragen des Rekonstruktionsthemas) beim Wiederaufbau des städtebaulich wichtigen kleinen Torhauses in Wettelsheim oder beim heimisch-baustoffgerechten Sanieren des kulturlandschaftlich so unverzichtbaren Jura-Hauses.

Ein Schwerpunkt, ein „Markenzeichen“ des Planungsbüros liegt in der stadtgeschichtlichen Untersuchung und Analyse des historischen Ortsgrundrisses. Erst aus dieser Grundlagenarbeit heraus werden Ansätze gewonnen, um den vielfach autogerecht zerschnittenen Straßen- und Platzräumen wieder ihr ortstypisches Geländeprofil oder ihre Ausstattung, ihre Markierung etwa durch einen Brunnen, und den Hausparzellen wieder ihre straßenräumliche Einordnung zurück zu gewinnen. Und nicht zuletzt liegt in diesen „historisch begründeten“ Kenntnissen die Voraussetzung, um erweiternde Neuquartiere über die Bedeutung von Sichtbeziehungen, über bauliche Proportionen und räumliches Gefüge dem Stadtkern so anzubinden, dass

das erkennbar Neue bruchlos Teil des Ganzen werden kann.

Ländliche, eigengeprägte Altgemeinden sind nun einmal kein Ort für den gestalterisch demonstrativen Auftritt des Neuen. Wenn anderwärts bei „Neuarchitektur im historischen Zusammenhang“ ideologisch immer noch das „Recht auf Gegenwart“ behauptet und gebaut wird, – im mittelfränkischen Planungsbüro jedenfalls werden neue Lückengebäude oder funktionsnotwendige Erweiterungen in einer Art Weiterbauen und sicherer Dialogfähigkeit so gestaltet, dass ihr künftiges Mitspracherecht im alten Kontext keine Fragen aufwerfen sollte. Eines der sympathischsten Beispiele für „historisch begründete“ und gleichermaßen landschaftsgebundene Neuarchitektur ist wohl die eigen geformte St. Gunthildis-Kapelle im Schambachtal: Der Standort neben den Grundmauern einer gleichnamigen und längst abgegangenen mittelalterlichen Kapelle stiftet den geschichtlichen Bezug zur Tradition dieses Andachtsortes, die aus der Bevölkerung heraus aufgegriffen und in fortwirkender, ökumenischer Zuwendung nun weiter gelebt wird.

In den zurückliegenden Resultaten der Einzelbausanierung erschöpfte sich die Intensität der Maßnahmeberatung offenbar nicht nur in der Planung und in gelegentlicher Baustellen-Nachschau. Sie war vielmehr ständig präsente Begleitung bis hin zu handwerklichen Detailfragen um die Erhaltung ausgetretener Eingangsstufen, eines problematischen Fachwerkbalkens oder bis hin zur Türgriffgestaltung. Die Ergebnisse wurden von der betroffenen Bevölkerung nicht nur als Ortsbildbereicherung angenommen. Sie haben sich vielmehr – gerade auch in behutsam neu geschaffenen Nutzungsmöglichkeiten – als Einlösung heutiger sozialer Lebens- und Identitätsbedürfnisse offenbar bewährt. Freilich, die breite Maßnahmeakzeptanz bei den politisch Verantwortlichen und bei den Altortbewohnern wurde zumeist erst erreicht durch eine Art Öffentlichkeitsarbeit, die in wie vielen Vortragsveranstaltungen, Sonderausstellungen

oder auch Druckschriften für den Briefkasten sowohl den geschichtlich verpflichtenden Bestand als auch den zukunftsgerichteten Sinn des Geplanten in verständlich-anschaulicher Sprache vermitteln konnte.

Und nicht nur dies. Gerade die beiden Autoren wissen aus ihren wissenschaftlich gestützten Beobachtungen um die Veränderungen, die aus demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen über kurz oder lang auch diesen ländlichen Altorten drohen können. Sie haben zumindest versucht, diesen Trends beispielsweise durch Einbeziehung der Altorte in den Kontext künftiger Entwicklungen der Gesamtregion Rechnung zu tragen. Auch solche Überlegungen zählen zu den vorbildhaften Erfahrungen, die das Planungsbüro vermittelt.

Nicht wenige der Arbeitsresultate wurden rechtens prämiert, sei es durch die Bezirksregierung von Mittelfranken, durch den noblen Denkmalpreis der Hypo-Kulturstiftung oder durch den Jura-Verein. An wen auch immer der Preis ausgehändigt wurde, – diejenigen, die die Maßnahme geduldig-konkret auf den Weg gebracht haben, wissen, dass bei Preisfeierlichkeiten – ins Bild gebracht – in der Regel diejenigen in der ersten Reihe sitzen, die vorher dagegen waren. Sie wissen, dass es für kulturelle Arbeit, wie sie nun einmal in der zeitaufwendigen Erkundung und Vermittlung materieller, sozial unverzichtbarer Geschichtsspuren und deren planende Überführung in eine gesicherte Zukunft geleistet wird, wohl auch weiterhin keine Honorarordnung gibt. Im Gegenteil.

Die Verfasser haben im Titel ihres Buches das Motto des Europäischen Denkmalschutzjahres 1975 „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ gedreht und dies begründet mit dem knappen Verweis auf die „veränderten Verhältnisse“. Im Vordergrund steht jetzt nicht mehr die Vergangenheit, nicht mehr jenes „historische Erbe“, das damals vor ungesteuerter Demolierung gerettet werden musste, – gerettet auch, wie wir wissen, um vielfach dann zur sehenswerten Stadtbildbe-

reicherung instrumentalisiert zu werden. Der Akzent liegt jetzt beim Stichwort Zukunft. Im absehbar tiefgreifenden Wandel unserer Stadtkerne bedarf es einer rechtzeitig planenden Entwicklungssteuerung, in der auch dem baugeschichtlichen, Stadtbindung stiftenden Potential in der jeweiligen Stadtpersönlichkeit angemessen Rechnung getragen wird. Dies, nicht mehr, aber auch nicht weniger, ist wohl der Grundansatz im Ganzen dieser persönlichen, auf Mittelfranken zugeschnittenen Arbeitsbilanz, von der man sicher erwarten darf: es ist nur eine Zwischenbilanz.

August Gebeßler, Stuttgart



33. Jahrgang · 2006

Franz Steiner Verlag



Vierteljahresschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst